

H 8040 F
ISSN 1619-1404
23. Jahrgang
Nummer 136
Mai | Juni 2012
3,00 Euro

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen

UNGARN
Rückkehr der Geister

Liebe Leserinnen und Leser,

im dreiundzwanzigsten Jahrgang der Informationen von und für AntifaschistInnen – der rechte rand haben wir mal wieder einige Veränderungen vorgenommen. Zum einen haben wir die Gestaltung des Heftes nach sechs Jahren erneut verändert. Neben dem übersichtlicheren und moderneren Layout haben wir nun zusätzliche vier Seiten für Hintergrundberichte, Einschätzungen und Analysen der extremen Rechten. Unser Magazin hat damit nicht nur ein anderes Format, sondern ist auch dicker geworden. Die gedruckte Ausgabe von der rechte rand soll noch attraktiver und informativer für unsere Leserinnen und Leser werden. Auch unsere Homepage haben wir überarbeitet, unser digitales Angebot werden wir erheblich erweitern. So wird es in Zukunft möglich sein, alte Ausgaben digital in vollem Umfang zu durchsuchen, um die zahlreichen Informationen für aktive AntifaschistInnen und die Öffentlichkeit besser zugänglich zu machen. Dennoch bleibt die Printausgabe das Zentrum unserer Arbeit: Ersteinmal gibt es also das aktuelle Heft im Abo per Post nach Hause oder im gut sortieren Buch- und Infoladen zu kaufen, später dann ergänzend auch als hochwertiges Recherchewerkzeug im Internet. Die Steigerung der Seitenzahl sowie der Ausbau unseres digitalen Angebots hat leider zur Folge, dass der Preis pro Ausgabe leicht steigt. Wir hoffen, unsere ehrenamtliche Arbeit ist es euch und Ihnen wert.

In der vorliegenden Ausgabe haben wir den thematischen Schwerpunkt auf die politische Entwicklung in Ungarn gelegt. Die dortige Regierung ist seit Jahren dabei, einen straffen Rechtskurs durchzusetzen. Ist ihre antidemokratische, rassistische und völkische Politik ein Modell für die extreme Rechte in Europa? Auch andere internationale Themen beleuchten wir: unter anderem die Erfolge des »Front National« unter Marine Le Pen im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen in Frankreich, den Aufmarsch von tausenden Deutschnationalen im italienischen Bolzano und den Prozessauftakt gegen den rechtsradikalen Massenmörder Anders Behring Breivik in Norwegen.

Der »Nationalsozialistische Untergrund« (NSU) und das Agieren der Sicherheitsbehörden gegen Neonazis sind wieder wichtige Themen. Besonders die Razzien der letzten Wochen und Monate müssen in diesem Zusammenhang auch kritisch betrachtet werden. Offenbar völlig unberührt von der öffentlichen und politischen Diskussion um den NSU festigen derweil militante Neonazigruppen ihre Strukturen und treten zunehmend selbstbewusst auf. Nach dem zufälligen Auffliegen der neonazistischen Terrorstruktur im November 2011 zeigt sich mit den Razzien ein veränderter Umgang der Behörden mit militanten Neonazis – ein besserer? Die Rolle der Sicherheitsbehörden beim Entstehen des NSU, bei dessen unerkanntem Leben »im Untergrund« mitten in der Gesellschaft sowie bei dessen Morden, Attentaten und Banküberfällen ist bis heute ungeklärt. Sie ist mindestens dubios. Wegschauen und Augen zu bei der Fahndung nach militanten und bewaffneten Neonazis, das war über Jahre die Strategie des Staates. Unterdessen ist die Aufklärung in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen der Landtage in Sachsen und Thüringen sowie im Bundestag zu Nazi-Terror und zum Agieren des Staates ins Stocken geraten, bevor sie überhaupt richtig in Gang kam. Gänzliche Aufklärung und umfassenden, öffentlichen Einblick in die Unterlagen gibt es nicht. Bleibt der NSU eine Verschlusssache der Geheimdienste?

Seite 3

Nazis

Kurz und Bündig

Schwerpunkt

International

Musik

Rezensionen

Starker Staat gegen erstarkte Szene?

In den vergangenen Wochen ging die Staatsmacht verstärkt gegen die Neonaziszene vor. Ein starker Staat stellt sich einer erstarkten Szene, das sollte wohl die Botschaft sein.

von Andreas Speit

Am 2. März 2012 klopften PolizistInnen um sechs Uhr morgens bei 17 Neonazis in Hamburg und Niedersachsen an. Der Grund: Am 17. Dezember 2011 gehörten sie zu etwa 30 Neonazis des »Hamburger Nationalkollektiv / Weisse Wölfe Terrorcrew Sektion Hamburg«, die als »Unsterbliche« in Harburg mit weißen Masken und brennenden Fackeln aufliefen. Der Vorwurf: Beteiligung an einer nicht angemeldeten Kundgebung.
Über 300 Einsatzkräfte durchsuchten am 23. März die Wohnungen von 33 Männern und Frauen des »Aktionsbüro Mittelrhein«, über 20 kamen wegen des Verdachts der »Bildung einer kriminellen Vereinigung« in Untersuchungshaft. Eine Durchsuchung beim Berliner NPD-Landesvorsitzenden Sebastian Schmidtke am gleichen Tag war der Auftakt für weitere Razzien in der Bundeshauptstadt.
Am 28. März stand die Polizei vor dem Treffpunkt der Dortmunder Neonazis, weitere BeamtInnen durchsuchten Wohnungen. Offizieller Grund: nächtliches Plakatieren für einen Marsch. Am 25. April fanden beim »Freundeskreis Rade« Durchsuchungen statt. Die Nordrhein-Westfälischen ErmittlerInnen werfen den »Autonomen Nationalisten« auch vor, eine »kriminelle Vereinigung« zu bilden. Schon am 12. Januar 2012 hatten BeamtInnen 41 Neonazis in Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt aufgesucht. Sie sollen an Aufmärschen als »Unsterbliche« beteiligt gewesen sein.



Geht doch, darf vielleicht gedacht werden. Die zuständigen Organe einer »wehrhaften Demokratie«, hieß es in Medien und Politik, seien eben doch wehrhaft gegen die »rechten Extremisten«. Was aber ging da und wohin geht das? Die massive Repressionswelle, jetzt, nach der zufälligen Entdeckung des »Nationalsozialistischen Untergrund« und dessen Mordserie, befeuert verschiedenste Spekulationen. Mussten erst wieder Menschen von Neonazis ermordet werden, damit die Sicherheitsorgane handelten? Wollten Verfassungsschutzämter und Polizeibehörden die Kritik entkräften, keine Erkenntnisse über die Szene zu haben, Ermittlungen wegen Straf- und Gewalttaten nicht nachdrücklich zu verfolgen und falsche Einschätzungen zu Waffen- und Sprengstofffunden getroffen zu haben? Konnten sich nun vielleicht auch in den Apparaten Kräfte durchsetzen, die schon vorher energischer gegen die Szene vorgehen wollten? Vielleicht erschien, nach all der Kritik am Versagen und den Verstrickungen der Ämter und Behörden, Aktionismus opportun – Repression als PR-Aktion?
Die Intentionen sind nicht erkennbar, aber der Diskurs-Effekt: In den Medien werden die Sicherheitsorgane schon weniger zu ihrem Nichthandeln und zur Verharmlosung des »Rechtsextremismus« hinterfragt. »In Interviews zu dem Thema wurde nach dem Ja zu den Durchsuchungen der nachfolgende Satz mit dem Aber nicht mehr gesendet«, sagten PolitikerInnen von »Bündnis 90/Die Grünen« und »Die Linke«. Ein großes »Aber« hätten sie jedoch gern in der Öffentlichkeit gesagt. Denn so sehr die Behörden nun in der Öffentlichkeit handelten, so sehr würden sie in den NSU-Ausschüssen mauern. Ein Rechtsstreit über die Veröffentlichung des »Gasser-Berichts«, der auch die Arbeit des Thüringer »Landesamts für Verfassungsschutz« während der Anfänge des NSU überprüfte, scheint exemplarisch.
Nach viel Hin und Her darf dieser Bericht, der längst Medien zugespielt wurde, jetzt auch im Parlament allen zugänglich sein. Martina Renner, Innenpolitikerin der Partei »Die Linke« im Thüringer Landtag, warnte zuvor, die Aufklärung werde zur Farce, wenn solch wichtige Dokumente nicht öffentlich seien. Von einer rückhaltlosen Aufklärung durch die Landesregierung könne nicht gesprochen werden. Dirk Adams, Sprecher für Innenpolitik der Landtagsfraktion von »Bündnis 90/Die Grünen«, sagte: »Die Mordserie des NSU bedingt, dass die betroffenen Stellen nichts mehr geheim halten dürfen«. Nicht nur bei dem Bericht würde das Ministerium die Aufarbeitung erschweren. »Die stehen voll auf der Bremse«, betonte Peter Metz, Sprecher für »Strategien gegen Rechtsextremismus« bei der SPD-Fraktion. Mit der wachsenden Zeitdistanz zur Entdeckung des NSU scheint bei Verfassungs- und Polizeistellen die angekündigte Bereitschaft zur Aufklärung zu sinken. Eine hierarchisch-autoritäre Struktur steht ja auch kritisch-demokratischen Intentionen selten aufgeschlossen gegenüber.
Die Bundesregierung hat bei der Aufarbeitung der NSU-Morde und VS-Pannen den Druck auf die Bundesstellen nicht merklich erhöht. Selbst im NSU-Ausschuss des Bundestags fassen jene ParteivertreterInnen wenig nach. Auch dass ihre Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) gerade mit ihrer »Extremismusklausel« vor Gericht gescheitert ist, führte bisher zu keiner Intervention der Bundesregierung. Das Dresdener Verwaltungsgericht hatte am 25. April die Klausel, mit der sich staatlich geförderte Initiativen für Demokratie und gegen Rechtesextremismus verpflichten, ihre PartnerInnen einem »Gesinnungs-TÜV« zu unterziehen, für nichtig erklärt. Jedoch nicht aus Grundrechtserwägungen, sondern wegen handwerklicher Mängel: Die Aufforderung zur Kontrolle sei viel zu unbestimmt. Mit der Rückendeckung der Bundesregierung für ihre Ministerien ist eine Überarbeitung der Klausel denkbar – wenn nicht gar zu erwarten.
In Hamburg hatten Polizei und Verfassungsschutz nach den Razzien zu einer großen Pressekonferenz geladen, ausführlich die Maßnahmen dargestellt und Beschlagnahmtes ausgelegt. Etwas kleinlaut klang da die Ankündigung von Oberstaatsanwalt Wilhelm Möllers, was den Betroffenen strafrechtlich droht: nicht viel. Eine nachhaltige Verunsicherung der Szene scheinen die Maßnahmen nicht ausgelöst zu haben. Der Aktionismus hat nicht abgenommen.

»Bewaffneter Kampf« verharmlost

Ein nun bekannt gewordener interner Bericht des »Bundesamtes für Verfassungsschutz« listet detailliert rechten Terror zwischen 1997 und 2004 auf. Doch feste Strukturen und eine Gefahr wollte der Geheimdienst nicht erkennen.

von Andreas Speit



Einträge wurden gelöscht, Akten vernichtet und Ermittlungen eingestellt. Seit dem zufälligen Auffliegen des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) reißt die Liste der verheerenden Verfehlungen der Ermittlungsbehörden nicht ab. In Talkshows, Fernsehberichten und Artikeln werden die Fehler verhandelt. »Wie konnte es sein, dass ...?«, so lauten die Fragen. Doch das grundlegende Problem wird kaum thematisiert: Die staatliche Verharmlosung des Neonazi-Terrors.

Fatale Analysen

Die fatale Analyse des »Bundesamtes für Verfassungsschutz« (BfV) steht auf der vorletzten Seite eines internen Berichts mit dem Titel »Gefahr eines bewaffneten Kampfes deutscher Rechtsextremisten – Entwicklungen von 1997 bis 2004«. Dort heißt es: »Derzeit sind in Deutschland keine rechtsterroristischen Organisationen und Strukturen erkennbar.« Im Juni 2004 war der Bericht mit dem Vermerk »VS – nur für den Dienstgebrauch« fertiggestellt worden. Zu der Zeit hatte das NSU-Kerntrio Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe bereits fünf Menschen aus politischer Überzeugung getötet, offenbar bereits Sprengstoffanschläge verübt und Banken überfallen, um das Leben im Untergrund zu finanzieren. Fünf weitere Menschen ermordeten sie später. In der 47-seitigen Analyse, die verschiedenen Redaktionen zugespielt wurde, wird auch das NSU-Trio erwähnt. Auf knapp einer Seite legt das BfV einen Teil der Geschichte des Trios dar. Nach dem Untertauchen 1998 und dem vorherigen Fund von Rohrbomben in einer von Zschäpe angemieteten Garage in Jena hätten sich »keine Anhaltspunkte für weitere militante Aktivitäten der Flüchtlinge« ergeben. Einige Seiten weiter führt das Amt aus: »Ungeachtet der Tatsache, dass es den ›Bombenbastlern von Jena‹ jahrelang gelungen war, sich ihrer Verhaftung zu entziehen, gibt es keine wirkungsvolle Unterstützerszene, um einen nachhaltigen Kampf aus dem Untergrund heraus führen zu können.« Diese falsche Erkenntnis des Geheimdienstes überrascht kaum. Denn heute wird überdeutlich, was damals unterblieb. Die drei Untergetauchten aus Jena wurden bloß als »Bombenbastler« gesucht. Keine Behörde wollte gegen sie als angehende kriminelle Vereinigung oder gar als terroristische Gruppe ermitteln. Denn es konnte nicht sein, was nicht sein durfte. Die Folge: Die Ermittlungen erfolgten nur aufgrund des Verdachts von Sprengstoffvergehen. Fristgerecht löschten deswegen die Ermittlungsstellen Einträge, vernichteten Akten und stellten schließlich die Fahndung wegen Verjährung ein. Das Umfeld wurde auch nicht nachhaltig ausgeleuchtet. Die »wirkungsvolle Unterstützerszene«, die das BfV nicht sehen wollte, konnte so nicht erkannt werden – trotz mehrerer V-Leute im Umfeld des NSU.

Radikalisierung

Dem BfV war allerdings nicht entgangen, dass sich die Szene um die Jahrtausendwende radikalisierte. Die Ermittlungsbehörden stellten damals immer wieder Pistolen und Gewehre, Rohrbomben und Strategiepapiere für den bewaffneten Kampf im Untergrund sicher. Zudem beobachtete der Geheimdienst, dass sich mehrere Neonazis in Schützenvereinen ausbilden ließen und sich über den Verein legal Waffen besorgten, »um für den ›Tag X‹ ausgebildet und gerüstet zu sein«. Das Fazit des Geheimdienstes: ein »nicht zu unterschätzendes Arsenal an Waffen, Sprengstoff und Munition«. Doch auch diese detaillierte Auflistung in der internen Analyse von knapp 30 Fällen von Anschlägen und militanten Aktionen führte nicht zu einem Umdenken beim BfV.

Viele Fälle sind der Öffentlichkeit bekannt, wie der von Kay Diesner, der 1997 auf einen Buchhändler schoss und auf der Flucht einen Polizisten ermordete oder die Anschläge auf die Wehrmachtsausstellung in Saarbrücken im März 1999. Eine bis heute nicht aufgeklärte Serie von Brandanschlägen einer »Nationalen Bewegung« in Brandenburg im Jahr 2000 auf Imbissbuden türkischer Migranten wird angeführt, die freilich fast schon vergessen ist. Die Gruppe führe einen »Kampf gegen unarische Überbevölkerung und Kanackenfraß«, hieß es in einem Bekennerschreiben.

Keine Gefahr

In den Jahren 1999 und 2000 stellte das BfV mehrere »Verdachtsfälle für einen bewaffneten Kampf« fest. Damals begann auch das NSU-Trio, das zuerst in Chemnitz und später in Zwickau untergetaucht war, seine rassistische Mordserie. Doch solch einen Untergrundterror konnte sich der BfV nicht vorstellen: »Für einen planmäßigen Kampf aus der Illegalität heraus, wie ihn auf linksextremistischer Seite die ›Rote Armee Fraktion‹ (RAF) führte, fehlt es derzeit bei Rechtsextremisten nicht nur an einer Strategie«, heißt es, »sondern auch an geeigneten Führungspersonen, Logistik, finanziellen Mitteln sowie einer wirkungsvollen Unterstützerszene.« Der Geheimdienst konnte sich rechten Terror nur in Form eines »Feierabendterrorismus« vorstellen, wobei eher »mit Anschlägen auf Objekte [...] als mit solchen auf Personen« zu rechnen sei.

In einem anderen Papier wirft mittlerweile das BfV dem »Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz« (TLfV) vor, Wissen verschwiegen zu haben. Hier heißt es, dass eine »deutliche Zurückhaltung des TLfV Thüringen bei der Übersendung von Erkenntnissen im Zusammenhang mit den drei Flüchtigen« zwischen 1998 und 2001 zu erkennen sei. Dem BfV seien erst heute Akten bekannt geworden, »die Detailerkenntnisse über die drei Flüchtigen oder über Kontaktpersonen beinhalten«.

Eine Chronik des NSU – III

von Sören Frerks und Ernst Kovahl

29. Februar: Der Bundesgerichtshof lehnt eine Haftbeschwerde von Beate Zschäpe wegen Fluchtgefahr ab. Die Richter sehen in ihr ein »vollwertiges Mitglied« des NSU. Zudem habe sie versucht, Beweismittel zu vernichten.

11. März: Der mutmaßliche NSU-Unterstützer André K. könnte einer Verurteilung entgehen. Nach einem Bericht der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« (FAS) würde bei ihm Verjährung eintreten, sollten keine Beweise für eine Unterstützung der Terrorgruppe nach 2001 gefunden werden.

15. März: Gegen den früheren Chef des »Thüringer Heimatschutz« (THS) und Spitzel des »Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz« (TLfV) Tino Brandt wurden zwischen 1994 und 1997 insgesamt 35 Ermittlungsverfahren geführt, die alle eingestellt wurden. Das geht aus der Antwort des Thüringer Innenministeriums vom 15. März auf eine Anfrage hervor.

20. März: Das Fernsehmagazin »Fakt« berichtet von zwei weiteren mutmaßlichen Unterstützern des NSU, den Brüdern Gunther und Armin F. aus Chemnitz. Sie sollen dem Trio 1998 Unterschlupf geboten und einen gefälschten Reisepass besorgt haben.

25. März: Generalbundesanwalt Harald Range sagt der FAS, dass 13 von ihm bei Amtsantritt im November 2011 überprüfte Fälle seit 1995 in seiner Zuständigkeit »aus heutiger Sicht einen Bezug zum ›NSU‹-Verfahren« aufwiesen. Allerdings hätte er noch im November »in allen Fällen […] die Auskunft bekommen, ein rechtsterroristischer Zusammenhang sei nicht anzunehmen. Wir konnten also die Verfahren nicht übernehmen.«

28. März: Die Polizei durchsucht unter anderem das Wohnhaus von Brandt in Rudolstadt und die Wohnung des früheren Thüringer NPD-Funktionärs und V-Mannes des TLfV Thomas Dienelt in Leipzig-Gohlis. Es wird wegen gewerbsmäßigen Bandenbetrugs gegen 13 Beschuldigte, mehrere mit Bezug zu »rechter Klientel«, ermittelt. Auch Waffen wurden beschlagnahmt. Was mit dem Geld des Versicherungsbetrugs geschah, ist unbekannt.

28. März: Das »Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum« macht auf ein öffentliches Bekenntnis zur rechten Terrorzelle NSU aus dem Jahr 2002 aufmerksam. Damals war im Fanzine »Der Weisse Wolf« die Parole »Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen ;-) Der Kampf geht weiter…« zu lesen.

30. März: Die Eltern des NSU-Mitglieds Uwe Böhnhardt standen nach dem Abtauchen des Trios jahrelang in Kontakt zu der Gruppe. Der »Focus« berichtet, sie hätten von 1998 bis 2002 enge Verbindungen zu den Untergetauchten gehalten. Neben Telefonaten gab es Treffen, zumeist in einem Park in Chemnitz. Am 19. April strahlt die ARD ein ausführliches Interview mit den Eltern aus, in dem sie das bestätigen.

31. März: Vor dem Verwaltungsgericht Weimar wollte Helmut Roewer, der frühere Präsident des TLfV, mit einer Klage erzwingen, dass der sogenannte »Gasser-Bericht« über die katastrophalen Zustände in seinem Amt nicht von den Untersuchungsausschüssen eingesehen werden darf. Es wird eine Einigung zwischen Thüringer Innenministerium und Roewer angestrebt.

3. April: Sieben Städte erklären, mit Mahnmalen an die Mordopfer des NSU erinnern zu wollen.



^ *Grundstück in Kahla*

5. April: Die Thüringer Landesregierung hatte mehr Kenntnisse über Schießübungen von Neonazis in den 1990er Jahren als bisher bekannt. Auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz in Milbitz / Teichel schossen im September 1995 Neonazis mit scharfer Munition. 1995 und 1996 seien zudem laut Presseberichten Ermittlungen gegen Neonazis aus dem Umfeld des THS-Chefs Brandt wegen Schießübungen geführt worden, unter anderem auf einem Gartengrundstück in Kahla, das bis heute im Besitz des Neonazi-Verlegers Peter Dehoust ist und von Brandt gepachtet wurde. Auch an einem Stausee nahe Möckern im Saale-Holzland-Kreis sei damals von Neonazis geschossen worden.

17. April: Der NSU-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag kommt erstmals zusammen.

23. April: In einer Anhörung des Untersuchungsausschusses des Thüringer Landtags zum NSU attestieren fast alle geladenen WissenschaftlerInnen, ExpertInnen und AntifaschistInnen den Thüringer Behörden und der Landesregierung Versagen beim Kampf gegen Rechts in den 1990er Jahren. Die Thüringer Neonazis seien hoch aktiv, militant und gut organisiert gewesen. Warnungen hätten die Behörden oft ignoriert. Die CDU hatte als Experten die Verfechter der Extremismus-Theorie Rudolf van Hüllen, früher Referatsleiter beim »Bundesamt für Verfassungsschutz«, und Eckhard Jesse, Professor an der Technischen Universität Chemnitz, geladen. Jesse sagte seine Teilnahme ab.

26. April: Bayerische Ermittler sagen vor dem Bundestags-Untersuchungsausschuss aus. Man habe wegen der Mordserie damals rund 112.000 Personen überprüft, 16 Millionen Funkzellen-, 13 Millionen Kreditkarten- und 60.000 Verkehrsdaten, 27.000 Hotelbuchungen, 90.000 Haftzeitdaten sowie eine Million Mietwagenrechnungen geprüft. Auch der Verbleib hunderter Waffen sei geprüft worden. Das FBI vermutete 2007 einen rassistischen Hintergrund der Morde. Auch deutsche ErmittlerInnen gingen rassistischen Motiven nach und stellten Fahrräder als Tatmerkmale fest. Auch die Verknüpfung der Morde mit dem Bombenanschlag 2001 in Köln sei in Betracht gezogen worden. Dennoch war es angeblich nicht möglich, die TäterInnen zu finden.

26. April: Das BKA durchsucht Wohnungen und Garagen in Hessen, Sachsen und Thüringen. Unter anderem soll damit die Herkunft der Waffen des NSU geklärt werden. Es gebe aber bisher keine Anhaltspunkte dafür, dass die beiden Personen aus Hessen und Thüringen den NSU wissentlich unterstützt hätten. Eine Frau aus Sachsen, bei der die Polizei durchsuchte, wird dagegen verdächtigt, mögliche Unterstützerin des NSU zu sein.



Aufgelaufen

An die 2.000 Neonazis waren am 1. Mai auf den Straßen. Ihr Tag wurde es nicht.

von Andreas Speit

Ein Tag, zwölf Orte: Am 1. Mai versuchten Neonazis, den internationalen »Tag der Arbeit« zu ihrem »Nationalen Tag der Arbeit« zu machen. Der Tag wurde aber wegen der Proteste nicht zu »ihrem Tag«. »Ein Fiasko«, hieß es gar auf dem Szeneportal »MupInfo« zu dem gescheiterten Marsch in Neumünster.

An dem Dienstag waren bundesweit rund 2.000 Neonazis von NPD, »Freien Kameradschaften« (FK) und »Autonomen Nationalisten« (AN) auf der Straße. In Neumünster setzten sich sogar 120 Neonazis aus Protest auf die Straße. Ohne Erfolg. In der schleswig-holsteinischen Stadt scheiterte der 1.-Mai-Marsch der NPD unter dem Motto »Wir arbeiten – Brüssel kassiert – Raus aus dem Euro«, der ihre zentrale Veranstaltung zur Landtagswahl 2012 sein sollte, an dem breiten Protest und den konsequenten Polizeimaßnahmen gänzlich. Um 13.30 Uhr erfolgte eine Durchsage der Polizei: »Diese Veranstaltung ist aufgelöst«. Nach mehreren Gesprächen mit dem NPD-Bundesvize und Landtagsfraktionschef in Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, beendete die Einsatzleitung den Marsch. Pastörs hatte der Polizei gedroht: »Wir können die Situation eskalieren lassen«. Eine Drohung mit Folgen: 105 Neonazis nahm die Polizei in Gewahrsam. »Die Rechtsextremen nahmen an einer nicht genehmigten Kundgebung teil«, erklärte ein Polizeipressesprecher.

Verbittert ließ sich Pastörs als Erster von der Polizei zu einem Gefängnisbus führen. »Nazis fahren Knasti-Bus – schalalalala« skandierten GegendemonstrantInnen. Äußerst bereitwillig waren sie zuvor der Anweisung der Polizei nachgekommen, die Sitzblockade so nach hinten zu verlegen, dass der Weg zum Bus frei werde. Unter Applaus der DemonstrantInnen führten BeamtInnen auch die NPD-Spitzenkandidaten zur Landtagswahl, Jens Lütke und Ingo Stawitz, zum Bus. Mit dem Sitzprotest wollten die Neonazis ihrer Forderung, beim Rückmarsch zum Bahnhof Süd eine Kundgebung abzuhalten, Nachdruck verleihen. Von dem Bahnhof waren die Neonazis zuvor ohne Genehmigung zu ihrem Versammlungsauftakt beim Hauptbahnhof marschiert. Hier warteten 15 weitere Neonazis – beschallt vom lauten Sound einer Punkband, die hinter der Absperrung auf einem Laster spielte. Eine von vielen Gegenaktionen in der Stadt mitten in Schleswig-Holstein. Bei strahlendem Sonnenschein nahmen über 2.000 DemonstrantInnen an Aktionen eines breiten Bündnisses teil.

Unter ähnlich klingenden Mottos gegen Europa und für ein »Deutschland der Deutschen« versuchten Neonazis auch in Wittstock aufzumarschieren. Rund 200 Neonazis waren einem Aufruf der »Freien Kräfte Neuruppin / Osthavelland« gefolgt. Nach knapp hundert Metern hieß es in der brandenburgischen Stadt wegen einer Blockade: »Kehrt marsch!«.

Breiter Widerstand erzwang mehrfach auch in einer mecklenburg-vorpommerschen Kleinstadt Routenänderungen. An die 350 Neonazis mussten in Neubrandenburg öfter ausweichen. Auf den Kundgebungen beklagten der NPD-Landtagsabgeordnete Tino Müller und der Landesvorsitzende Stefan Köster die »miserablen Zustände auf dem Arbeitsmarkt in Mecklenburg und Pommern«. Nur AnwohnerInnen konnten das Geschimpfe über die vermeintliche »Fremdarbeiterinvasion« und den »drohenden Volkstod« hören. In Weimar fanden die Neonazis gar kein Gehör: An die 100 Personen, vorwiegend aus dem Spektrum der AN, waren zu der zugelassenen Kundgebung in der thüringischen Stadt angereist. Da die Veranstalter aber keine Ordner ohne Vorstrafen stellen konnten, fiel die Veranstaltung aus. Im nahen Erfurt versuchten später einige von ihnen ohne Erfolg, spontan aufzumarschieren. In Leinefeld störten die »Freie Kräfte Eichsfeld« eine 1.-Mai-Veranstaltung der Partei Die Linke.

»Raus aus dem Euro: Wir arbeiten – Brüssel kassiert – Deutsche Interessen wahren« war auf dem Fronttransparent der NPD in Bautzen zu lesen.







Große Reden, wie die des NPD-Bundesvorsitzenden Holger Apfel, waren aber in der sächsischen Stadt auch nicht zu hören. Der Lautsprecherwagen war defekt. Die rund 250 Neonazis skandierten allerdings »Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen«.

In Mannheim scheiterte der NPD-Marsch zum 1. Mai auch an den Gegenaktionen. Kurz nach dem Auftakt standen etwa 250 Neonazis um 16.30 Uhr vor der ersten Blockade. Von hier gab es bis 19.22 Uhr für sie nur eins: zurück zum Bahnhof. Bis zu 5.000 Menschen sollen in der baden-württembergischen Stadt gegen die Neonazis »unterwegs« gewesen sein. In Speyer, knapp 30 Autominuten entfernt, räumte die Polizei den Neonazis die Straße frei. Knapp 270 Neonazis von der NPD und den »Freien Kräften Rhein-Neckar« marschierten durch die rheinland-pfälzische Stadt. In Bonn konnten ca. 200 Neonazis auflaufen.

Unter dem Motto »Zeitarbeit abschaffen« kamen in Hof rund 450 Neonazis zusammen. In diesem Jahr fand in der bayerischen Stadt der größte Aufmarsch der Szene statt. Norman Kempken, ein Führungskader des bayerischen Neonazinetzwerks »Freies Netz Süd« (FNS), hatte den Marsch angemeldet. Das FNS war auch allein für die Durchführung der Veranstaltung verantwortlich. Neben den bayerischen Kameradschaften und einigen NPD-FunktionärInnen fanden noch Gruppen aus Thüringen, Sachsen und Österreich sowie Einzelpersonen aus Baden-Württemberg, Hessen und der Tschechischen Republik in die Saalestadt. Trotz des guten Wetters wollte aber nicht so recht Stimmung aufkommen, was nicht zuletzt am fehlenden Publikum entlang der größtenteils unattraktiven Route durch Industriegebiete und verlassene Wohnblöcke lag. Die Polizei hatte den Marschweg so weiträumig abgesperrt, dass auch der Protest in Sicht- und Rufweite größtenteils verhindert war. Die wenigen GegendemonstrantInnen, die es zur Strecke der Neonazis geschafft hatten, wurden wiederholt aus dem Aufzug heraus angegriffen – die Polizei schritt hierbei nicht ernsthaft ein. So konnten die Neonazis auch unliebsame JournalistInnen ungehindert umherschubsen. Auch bei mehrmaligen Rufen der rechtswidrigen antisemitischen Parole »Deutsche macht euch frei, von der Juden-Tyrannei« griff die Polizei nicht ein. Nicht nur auf einzelne Transparente hatten die Neonazis Zeitarbeit angeprangert. Zwei von ihnen waren als Esel beziehungsweise Schaf verkleidet und hatten Schilder mit der Aufschrift »Ich Esel/Schaf glaube Zeitarbeit ist sozial« umgehängt. Lautstark skandierten sie »Deutschland den Deutschen – Fremde heim« und »Schlagt den Linken die Schädeldecke ein«. Der FNS-Vordenker Jürgen Schwab und Lucie Slegrovas von der »Tschechischen Arbeiterpartei« (DSSS) wetterten über die Zeitarbeit. Auffällig: Die Marschierenden hörten kaum zu. Bei der Abschlusskundgebung sprachen Uwe Meenen, Vorsitzender des »Bund Frankenland« und stellvertretender NPD-Landesvorsitzender von Berlin, sowie Matthias Fischer, FNS-Führungskader.

Die DSSS erhielt indes auch Unterstützung. In Prag hatten die DSSS unter dem Motto »Für soziale Sicherheit – gegen Reformen« mobilisiert. 150 Neonazis, auch aus Deutschland, waren zum Auftakt gekommen. Nicht von der Polizei abgeschirmt, bauten Neonazis die Bühne auf, dazwischen liefen TouristInnen. Später gerieten Rechte und GegendemonstrantInnen aneinander – Flaschen flogen. Tomas Vandar, Vorsitzender der DSSS, hetzte gegen Roma. Karl Richter wurde als NPD-Vize mit tschechischen Vorfahren vorgestellt. In Tschechisch hielt er seine Rede. Später beim Marschieren grölten sie »Tschechien den Tschechen« und »Zigeuner geht arbeiten«.

Viele Parolen skandierten die Neonazis in Neumünster nicht. Das Scheitern der NPD hatte sich schnell abgezeichnet. Nach dem Frust folgte der Trotz: Keine vier Tage später wollte die NPD wieder in der schleswig-holsteinischen Stadt aufmarschieren. Die Stadt untersagte einen Marsch, musste aber eine Kundgebung zulassen, da es sich um eine Wahlveranstaltung handelte. In der Nacht davor sagte aber die NPD ab: Unter dieser Einschränkung, sagt Lütke, wollten sie nicht erscheinen. Ein vorgeschobener Grund darf vermutet werden: Im hohen Norden sind die Führungskader der NPD zerstritten, die FK haben sich teilweise abgewendet. Dem Landespressesprecher Jörn Lemke wird vorgehalten, ein V-Mann zu sein.

Danke für die Zuarbeit der AutorInnen von vor Ort.

^ *oben: »Freies Netz Süd« in Hof*
Warten auf Polizeigewahrsam in Neumünster
unten v. l. n. r.: Richtung in Bonn
RNF in Bautzen
Angst vor »Volkstod« in Neubrandenburg
Drohungen in Wittstock



»... konnte bislang nicht festgestellt werden«

Die bayerische Neonaziszene hat seit Jahrzehnten eine hohe Affinität zu Waffen und Sprengstoff. Von Terrorismus sprachen die Behörden in diesem Zusammenhang nur selten.

von Robert Andreasch



^ *Stefan Reiche (links) und Dominik Baumann*

28. Februar 2012: Am frühen Dienstagmorgen starteten über 1.500 PolizeibeamtInnen eine große Razzia: Sie durchsuchten 56 Gebäude in Niederbayern und der Oberpfalz, auch vier Clubhäuser kleinerer Motorradclubs sollen darunter gewesen sein. In mindestens 38 Fällen wurden die PolizistInnen fündig und beschlagnahmten über 200 Schusswaffen. Fünf Männer und eine Frau im Alter von 24-45 Jahren wurden wegen Verstößen gegen das Waffengesetz in Untersuchungshaft genommen.

Das bayerische Innenministerium begann einen seltsamen Schlingerkurs: Minister Joachim Herrmann (CSU) sprach in einer Pressemitteilung zunächst von einem »empfindlichen Schlag gegen Waffenbesitz auch im rechtsextremen Milieu« und einem angeblich »bekannten Neonazi« aus Regensburg als Hauptinformanten. »Das zeigt«, ergänzte Herrmann, »dass wir Rechtsextreme in Bayern ganz genau im Visier haben«. »Rechtsextremisten horteten Waffen« und »Razzia führt zu Neonazis« hieß es prompt in den Medien. Einen Tag später ruderte Herrmann zurück: Bei dem geständigen Waffenhändler handle es sich, anders als zunächst angenommen, doch nicht um ein Mitglied der rechten Szene. Und die Regensburger Staatsanwaltschaft betonte in einem Gespräch mit »Regensburg-Digital«: »Ob sich unter den Festgenommenen tatsächlich – wie ebenfalls vom Innenminister verkündet – vier Neonazis befinden sollen, müsse sich im weiteren Verlauf der Ermittlungen erst noch herausstellen.«.

Drei Monate nach der Aufdeckung der Mordserie des rechtsterorristischen »Nationalsozialistischen Untergrunds«, dessen AktivistInnen mindestens fünf Morde in Bayern begangen haben, versuchte sich der bayerische Innenminister offensichtlich als Kämpfer gegen bewaffnete Neonazistrukturen zu inszenieren. Dabei haben gerade die bayerischen Behörden Waffen- und Bombenfunde verharmlost. In den Verfassungsschutzberichten fand sich in den letzten Jahren nur wenig über rechten Terror und die Hochrüstung am rechten Rand. So etwas darf es offensichtlich nicht geben in einem Bundesland, in dem Punks und »Linksextremisten« die Staatsgefährdung schlechthin darstellen sollen und der Verfassungsschutz vor den Buttons warnt, auf denen eine Faust ein Hakenkreuz zerschlägt.

Umgesetzter Terror

Die bayerische Neonaziszene hat seit Jahrzehnten eine hohe Affinität zu Waffen und Sprengstoff. Nicht zuletzt die Aktivisten der »Wehrsportgruppe Hoffmann« (WSG Hoffmann) konnten für ihre furchtbaren Attentate auf Kriegsmaterial zugreifen: Die Bombe, die das WSG-Mitglied Gundolf Köhler am 26. September 1980 am Eingang des Münchner Oktoberfests zündete, war aus einer britischen Werferhandgranate gebaut. Und Shlomo Levin, Rabbi und antifaschistischer Autor aus Erlangen sowie seine Partnerin Elfriede Poeschke wurden am 19. Dezember 1980 von mindestens einem WSG-Aktivisten mit einer Pistole Karl-Heinz Hoffmanns erschossen. Gegen Hoffmann, der zuletzt im März 2012 durch eine gemeinsame Veranstaltung mit dem ehemaligen Rechtsterroristen Odfried Hepp im fränkischen Ermreuth für Schlagzeilen sorgte, ermittelt aktuell die Staatsanwaltschaft Gera wegen eines nicht näher bekannten Sprengstoffdeliktes.

Auch ehemalige Mitglieder der WSG wie der »Offizier« Anton Pfahler horteten Jahrzehnte nach dem Verbot der WSG Waffen. Im Juni 1998 durchsuchten PolizeibeamtInnen das Gelände Anton Pfahlers in Sinning bei Neuburg an der Donau, wo sich zu dieser Zeit auch der Sitz des »Deutsche-Stimme«-Verlags der NPD befand. Die BeamtInnen entdeckten Sturmgewehre, Maschinenpistolen und Tellerminen. Pfahler musste für drei Jahre und acht Monate in Haft, die NPD verlegte den Sitz ihrer Druckerei nach Riesa.

Im August 2011 versuchten Anton Pfahler und sein Sohn Florian, sich gemeinsam das Leben zu nehmen. Pfahler setzte dafür – wie selbstverständlich – eine Pistole ein: Eine Ceska Kaliber 7.65, die ihr Besitzer 1991 in der tschechischen Republik als gestohlen gemeldet hatte. Pfahler junior starb, Anton Pfahler überlebte schwerverletzt und wurde im April 2012 zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr verurteilt.

Geplanter Terror

Die durch politische Aktionen und Organisierung bekannte Naziszene Bayerns ist gleichermaßen darauf bedacht, sich in paramilitärischen Übungen und Schießtrainings auszubilden.

Man gehe »militant ins neue Jahrtausend«, konstatierte im Jahr 2000 das von Matthias Fischer (Fürth) herausgegebene Heft »Der Landser«. Auf dem Cover des Fanzines »Der Angriff« (Schwabach) blickte man zur gleichen Zeit in einen Pistolenlauf. »Der Kampf wird härter«, hieß es dazu. Doch es blieb nicht bei der Ästhetisierung von Gewalt: In den Jahren 2002 und 2003 setzten Martin Wiese und der »Schutzgruppe« (SG) genannte innere Kern seiner »Kameradschaft Süd« (heute: Kameradschaft München) auf eine Kampfausbildung. In den Wäldern von Lohhof und Mühltal nahe München übten die Neonazis in Tarnanzügen

Nahkampftechniken und schossen mit Soft-Air-Pistolen. Wieses Truppe fuhr nach Brandenburg und erwarb beim Neonazi-Waffenhändler Peter Böttcher im April 2003 sechs Pistolen der Firmen Walther (PP/PPK) und Mauser und je 50 Schuss Munition. Im Mai sägten die Neonazis einen auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz von Ramin (Mecklenburg-Vorpommern) aufgefundenen Panzerfaustkopf auf, um an Sprengstoff zu kommen. Aus bis heute unbekannter Quelle verfügten die Münchner Neonazis auch über weiteres TNT und mindestens eine Handgranate. Sie diskutierten über Angriffe auf bekannte AntifaschistInnen und auf die Grundsteinlegung für das neue jüdische Gemeindezentrum am 9. November 2003.

Dominik Baumann verlieh an Wiese ein scharfes Sturmgewehr aus seiner Waffensammlung. Vor Gericht stellte er sich später als Aussteiger dar und kam mit einer Bewährungsstrafe davon. Heute führt Baumann die dem neonazistischen »Freien Netz Süd« (FNS) zugerechnete Kameradschaft »Jagdstaffel Deutsch Stolz Treu« im Raum München/Geretsried/Bad Tölz an. In einer Online-Community präsentierte sich Baumann zwischenzeitlich mit Pistole und im Sommer 2011 fuhren, organisiert von Baumanns »Jagdstaffel«, führende Vertreter der Münchner und bayerisch-schwäbischen Neonaziszene zu einem paramilitärischen Paintballschießen auf einem Gelände bei Bor-Vysocany im Süden der tschechischen Republik. Im Oktober 2011 trainierten »Jagdstaffel«-Aktivisten in Tschechien offenbar auch mit scharfen Waffen, denn als sie bei der Wiedereinreise in eine Polizeikontrolle gerieten, hatten sie durchschossene Zielscheiben dabei.



^ Münchner Nazis beim Paintballschießen in Tschechien 2011

Die »Jagdstaffel«-Führungskader Baumann und Stefan Reiche gründeten im letzten Jahr die Firma »DoBa-Tec« und behaupteten auf der Internetseite allen Ernstes, Kriegswaffen zu vertreiben. Wahrscheinlicher als ein Waffenhandel über diese Plattform ist, dass sie auf diese Weise Zutritt zu Waffenmessen erlangen wollten, die ansonsten Händlern vorbehalten sind.

Waffenfunde am laufenden Band

Im April 2005 flog die »Wehrsportgruppe Süd« im Raum Augsburg auf. Unter Anleitung der ehemaligen Elite-Soldaten Jürgen V. und Markus B. hatten mindestens 44 Mitglieder, darunter auch Justizbeamte, 1kg TNT sowie Maschinenpistolen, Sturmgewehre und Munition angehäuft; der Staatsanwaltschaft zufolge handelte es sich um den »größten Fund von illegalen Waffen in Bayern nach dem Krieg«. Jürgen V. hatte 1997 den »Altenstadt«-Skandal bei der Bundeswehr mit verursacht: In der oberbayerischen Luftlandeschule präsentierten sich damals Unteroffiziere mit Hakenkreuzfahne und Hitlerbildern. V. und B. wurden in einem zügigen Verfahren zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, gegen die anderen Mitglieder wurden lediglich Strafbefehle versandt.

Ein Jahr später, am 7. März 2006, durchsuchten PolizistInnen im Rahmen einer bundesweiten Razzia auch in Bayern die Wohnungen mutmaßlicher »Blood & Honour«-AktivistInnen und beschlagnahmten dabei mehrere Schusswaffen und eine Handgranate.

Die neonazistische »Wehrsportgruppe Wendelstein« im Raum Rosenheim, Samerberg und Miesbach stand im November 2006 im Fokus der Ermittlungen: Die Aktivisten verfügten über ein riesiges Waffenlager, verteilt auf 26 zumeist landwirtschaftliche Anwesen. LKA-BeamtInnen beschlagnahmten bei Razzien über 100 scharfe Waffen und Kriegswaffen. Die Tatorte waren überfüllt mit NS-Devotionalien, einige der Beteiligten von NPD-Aufmärschen her bekannt. Der Bürgermeister von Samerberg, Georg Huber, sprach dennoch von »harmlosen, jungen Handwerkern«. Und der bayerische Verfassungsschutz verharmloste im Jahresbericht die Wehrsportgruppe, die er nicht namentlich aufführte: »Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen haben die Tatverdächtigen keine extremistischen Straftaten geplant, vielmehr sind die Waffen als ›Statussymbole‹ der rechtsextremistischen Szene zu betrachten«.

2008 schoss Michael Krause in Bayreuth auf zwei Polizeibeamte, die ihn kontrollieren wollten, danach brachte er sich selbst um. Krause war wegen »Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen« vorbestraft. In seinem Rucksack fanden sich hochprofessionell verschlüsselte Pläne, die die ErmittlerInnen – was nicht groß öffentlich thematisiert wurde – in den nächsten Jahren zu mindestens 38 Erddepots in Thüringen, Sachsen, Bayern und Österreich führten. Diese Depots enthielten 10-kg-Bomben, Handgranaten, Zünder und Schusswaffen. Unter anderem wurde in einem Lager auch eine Nagelbombe gefunden, die mit Hilfe einer Gasflasche gebaut worden war. Solche Sprengsätze hatte das internationale Netzwerk von »Combat 18« mehrfach für seine tödlichen Anschläge verwandt. Auch die Bombe, die der »Nationalsozialistische Untergrund« am 9. Juni 2004 in der Kölner Keuppstraße zündete, soll diesem Modell ähnlich gewesen sein.



^ Waffen der WSG Wendelstein 2006

Kenntnisse über Bombenbau und Attentatsdurchführung ließen sich auch die Neonazis des »Freien Netz Süd« bei zwei Veranstaltungsreihen in den Jahren 2010 und 2011 in Amberg, Fürth und Schwandorf von dem ehemaligen Rechtsterroristen Peter Naumann beibringen. Naumann verharmloste seine Anschläge auf Strommasten und Denkmale für die Opfer des NS dabei als »Kommandounternehmen der 70er Jahre«. Und Peter Kienesberger, ein wegen tödlicher Sprengstoffattentate in Italien zu lebenslanger Haft verurteilter Rechtsterrorist, bietet aktuell in seinem Nürnberger »Buchdienst Südtirol« unter den wenigen Büchern im Verkauf auch eines zur Waffenausbildung an, mit dem Titel »Radikale Combatschießtechniken«.

In der deutsch-tschechischen Doppelstadt Asch/Selb warfen Neonazis im Februar 2012 Molotowcocktails in Fenster und Eingangstür der Wohnung einer Roma-Familie. Bei Razzien in der regionalen Neonaziszene fanden die tschechischen Behörden Hinweise auf Verbindungen der neun TäterInnen zum internationalen »Blood & Honour«-Netzwerk – sowie Schusswaffen und Zubehör für Sprengsätze.

Am 24. Oktober 2011 sprengte sich der mit der extremen Rechten in Verbindung stehende 23-jährige Christopher Sch. im oberfränkischen Rugendorf-Losau beim Bombenbau selbst in die Luft. Kein Wort dazu im aktuellen bayerischen Verfassungsschutzbericht. Vielmehr wird ein ganz anderes Fazit gezogen: »Innerhalb der rechtsextremistischen Szene in Bayern konnte ein [...] politisch motivierter Terrorismus bislang nicht festgestellt werden.«.

Vom Zerfall der NPD in Sachsen

Parteiinterne Querelen schwächen den sächsischen NPD-Landesverband. Mit dem neuen Parteikurs von Holger Apfel als neuer Bundesvorsitzender der Partei entbrennen Kritik und Streitigkeiten mit den ehemaligen UnterstützerInnen der Freien Kräfte.

von Volkmar Wölk

Das sächsische Kleinstädtchen Wurzen galt als das Urbild einer »national befreiten Zone«. Seit Februar 1997 war dort Marcus Müller Kreisvorsitzender der NPD. Im Jahr 1998, die NPD hatte mit rund 1.400 Mitgliedern im Freistaat Sachsen den größten Landesverband im Bundesgebiet, gehörte Müller dem Landesvorstand der NPD als Jugendbeauftragter an. 1999 wurde er für die NPD in den Stadtrat von Wurzen gewählt. Er war damit einer der ersten Kommunalpolitiker der Neonazi-Partei im gesamten Bundesland.

Steigbügelhalter Leipziger Land

Unter Müller feierte die NPD eine Blütezeit in Wurzen und im gesamten Kreisgebiet. Im Juni 1990 zog er mit Gesinnungsfreunden nach Wermelskirchen, machte sozusagen eine politische Lehre im Westen. Er wurde dort bald Anführer der örtlichen Skinszene, schnupperte auch in ein Wehrsportlager der »Nationalistischen Front« (NF). Es zog ihn zurück nach Sachsen, wo er in Wurzen Chef der örtlichen Kameradschaft wurde. Mit Vortragsveranstaltungen und Konzerten verstand er es, junge Leute an die NPD zu binden. Doch auch Ältere, wie der spätere Stadtrat Wolfgang Schroth, stießen dazu. Mit dem lokalen Ableger der »Deutschen Sozialen Union« (DSU) gab es eine rege Zusammenarbeit.
Die NPD im Muldentalkreis galt seit dieser Zeit als Vorzeigekreisverband. Seit 2004 sitzt die NPD auch im Kreistag, neben Wurzen kamen etliche weitere Orte mit NPD-MandatsträgerInnen hinzu. Auch wenn es nach der »Leasing-Affäre« der NPD-Landtagsfraktion, als diese sich Nobelkarossen zugelegt hatte, zu einigen Abbrüchen vor allem im Jugendbereich kam, blieb die Zahl der Sympathisierenden in diesem ländlichen Gebiet hoch. Personelle Verstärkung gab es aus der DSU, etwa durch deren ehemaliges Landesvorstandsmitglied Peter Köppe oder durch parteilose Kandidaten wie den Borsdorfer Gerd Fritzsche, ehedem stellvertretender Vorsitzender des Altherrenverbandes der »Leipziger Burschenschaft Germania«.
Selbst die Kreisreform, die den Zusammenschluss der NPD-Hochburg Muldentalkreis mit dem Leipziger Land brachte, vermochte den positiven Trend nicht zu brechen. Bei der folgenden Kommunalwahl wurden auch NPD-Räte in der neuen Kreisstadt Borna und in Geithain gewählt. Beide waren Kader des neonazistischen »Freien Netzes«, das kurz vorher eine enge Kooperation mit dem Landesverband der NPD vereinbart hatte. Stolz verkündete damals dessen faktischer Chef Maik Scheffler (Delitzsch), man habe »auf Augenhöhe« verhandelt. Er selbst trat am 3. Dezember 2008 in die NPD ein und wurde sofort Organisationsbeauftragter für den Regierungsbezirk Leipzig. Etliche seiner AnhängerInnen folgten ihm, erhielten teilweise Lohn und Brot bei der NPD beziehungsweise ihrer Landtagsfraktion.

Fahnenflucht

Eine Erfolgsgeschichte. Eine, die inzwischen der Vergangenheit angehört. Gerd Fritzsche beispielsweise gilt der Parteiführung inzwischen als »politischer Quartals-Irrer«, sein Verhalten sei »fast psycho-pathologisch«. Der so Gescholtene hatte immerhin noch im August 2009 für die NPD in Sachsen auf Listenplatz 17 für den Landtag kandidieren dürfen. Anfang des Jahres trat NPD-Kreisrat Sven Tautermann aus der Partei aus. Er spreche ebenso wie Gerd Fritzsche künftig nicht mehr für die NPD, teilte der Landesvorstand mit. Über Marcus Müller und den Vorstand des Vorzeige-Kreisverbandes Landkreis Leipzig heißt es inzwischen: »Nach langwährender Sabotage der Parteiarbeit sowie Kooperations- und Informationsverweigerung gegenüber dem NPD-Landesvorstand haben die Mitglieder des Kreisvorstandes im Landkreis Leipzig endlich ihre Ämter niedergelegt.« Der Landesvorstand begrüße diesen Schritt, denn es habe sich zuletzt um einen »privaten Klüngelverein mit lausiger Verwaltung, ohne aktive Mitgliederwerbung und Interessentenbetreuung« gehandelt. Der Vorstand habe »in den letzten zwei Jahren schon mehrmals über die Verhängung des organisatorischen Notstandes gemäß der NPD-Satzung beraten. Dabei hat der Landesvorstand viele Male das Gespräch mit dem Kreisvorstand gesucht und zahlreiche Zugeständnisse und finanzielle Hilfsangebote gemacht. Zuletzt war die Situation unerträglich geworden.« Ausgerechnet über das NPD-kritische Webportal »Altermedia« hatten die NPD-Dissidenten ihren Entschluss geäußert, »die Gefolgschaft zur Apfelmusfraktion auf[zu]kündigen«. Weiter hieß es, man wolle »auf jeden Fall als Freie Kräfte weiterarbeiten, ohne dem Betonklotz der NPD am Fuß«. Einen NPD-Kreisverband werde es in der betroffenen Region »auf absehbare Zeit nicht mehr geben«.
Besonders sauer stieß dem NPD-Pressesprecher Jürgen Gansel auf, dass der Vorstand erst von der Fahnenflucht im Landkreis Leipzig erfahren hatte, »nachdem die Presse und die Linken-Abgeordnete Kerstin Köditz über diesen Schritt bereits […] zu berichten wussten«.
Da hatten offenbar die Dinge schon längere Zeit im Argen gelegen. Man hatte den Dreck nur unter den Teppich gekehrt. Meldungen wie diese hätten sich schlecht gemacht in einer Phase, in der NPD-Fraktionschef Holger Apfel mit Vehemenz nach der Macht in der Gesamtpartei strebte. Dabei hätte jedeR sehen können, dass die Mitgliedszahlen in der sächsischen NPD seit Jahren rückläufig waren. Insbesondere, wenn man berücksichtigt, dass eine umfangreiche Karteibereinigung notwendig geworden war, da der langjährige Landesvorsitzende Jürgen Schön die Mitgliedszahlen geschönt hatte, um mehr Delegierte beim Bundesparteitag zu erhalten. Ohne den Zuwachs aus dem »Freien Netz« und die Unterstützung durch diese Struktur seit Ende 2008, so die Analyse von SzenekennerInnen, wäre schon der Landtagswahlkampf 2009 nur mit Mühe von der NPD zu schultern gewesen.

Flächenbrand

Die vorher mühsam zugekleisterten Risse werden jetzt sichtbar. Und es ist deutlich zu sehen, dass diese größer werden. Vordergründig macht sich die Kritik am im Januar gewählten neuen Landesvorsitzenden Mario Löffler fest. Löffler, zugleich Nachrücker im Landtag für den Ende 2011 verstorbenen Winfried Petzold, ist von der CDU zur NPD gewechselt und hat den maroden Kreisverband Erzgebirge zu einem organisatorischen Schwerpunkt für die Partei gemacht. Seine Wahl, so die NPD, habe »ganz im Zeichen der harmonischen Stabübergabe und der Bekräftigung des Kurses der ›seriösen Radikalität‹« gestanden. Beeindruckende 93 Prozent habe er auf sich vereinigt. Die Zahl relativiert sich angesichts des Fakts, dass fast ein Drittel der Delegierten gar nicht erst ins ostsächsische Ostritz angereist war. Mario Löffler bemüht sich sichtbar zu kitten, was nicht mehr zu kitten ist. Mitte Februar fand in der Nähe von Annaberg-Buchholz der Versuch eines Versöhnungstreffens unter dem Motto »Frei



und Partei« statt. Das Ergebnis darf als mager bezeichnet werden. Einziges Resultat: Man will sich erneut treffen. Das Tischtuch ist scheinbar noch nicht endgültig zerschnitten. Der neue Landesvorsitzende gilt als getreuer Gefolgsmann Apfels. Und dieser ist offenkundig die eigentliche Zielscheibe der Kritik.

In einer ordentlichen neonazistischen Partei ist der Parteiführer ein Führer. Da gibt es kein Zagen und kein Zaudern. Apfel ist kein solcher Führer. Er hat zwar die Strategie der »seriösen Radikalität« ausgegeben, weiß aber nicht, ob er besser »radikal« oder lieber »seriös« sein soll, und er kann sich nicht entscheiden, wann er was sein will. Und so hagelt es Kritik von beiden Seiten. Tommy Naumann, Vorsitzender des NPD-Nachwuchses im Freistaat und einer der Exponenten des militanten »Freien Netzes«, ist als Mitarbeiter der Landtagsfraktion »aus betrieblichen Gründen« gefeuert worden. Er hat Kündigungsschutzklage eingereicht. Die unbedarfte Freiberger Stadträtin Heidelore Karsten hat den deutlich jüngeren Kreisrat Wilko Winkler abgelöst. Winkler hat in Chemnitz Neuere Geschichte studiert, gilt als dem »Freien Netz« nahe stehend und war zeitweilig sogar im Landesvorstand. Interne Mails der NPD lassen darauf schließen, dass er mit den ausgetretenen Funktionären im Landkreis Leipzig in engem Kontakt steht und deren Kritik an der Führung um Apfel teilt.

Bisweilen macht es den Eindruck, der Rechtsanwalt der Fraktion, der ehemalige DVU-Funktionär Ingmar Knop, sei der meist beschäftigte Mitarbeiter dort. Es prasselt strafbewehrte Unterlassungserklärungen: Mal darf nicht behauptet werden, der »Freie Netz«-Kader Thomas Gerlach (»Ace«) sei NPD-Mitglied gewesen, mal soll nicht behauptet werden dürfen, der ehemalige NPD-Kreisvorsitzende Sven Willhardt, ebenfalls von den Freien Kräften stammend, sei bereits im Januar aus der NPD ausgetreten. Er habe dies auch nicht vor, erklärt Jürgen Gansel. Unbestrittener Fakt ist jedenfalls, dass auch über den Kreisverband Chemnitz inzwischen der organisatorische Notstand verhängt worden ist. Als Kreisbeauftragter fungiert jetzt der stellvertretende Landesvorsitzende Jens Baur (Dresden), ein Gefolgsmann von Apfel.

Maik Scheffler, ebenfalls stellvertretender Landesvorsitzender, wiederum verwaltet kommissarisch den Landkreis Leipzig. Scheffler sitzt zwischen Baum und Borke. Er verdient sein Geld als technischer Mitarbeiter der Landtagsfraktion. Zugleich fordern seine radikalen Kameraden »Front gegen Michi!« und kommentieren »Jeder, der sich mit Maik Scheffler zusammen tut, verbrennt sich die Pfoten!« und beschimpfen ihn als »Scheffel-Scheffler«. Die Kritik an seiner Person dürfte kaum durch Äußerungen wie in einem Brandbrief im März, dass »gerade unter der Führung von Holger Apfel […] sich in den letzten Jahren eine konstruktiv-kameradschaftliche Basis der Zusammenarbeit entwickelt« habe, geringer werden.

Stattdessen geht der Zerfall weiter. Das diesjährige Desaster des einstmals größten Nazi-Aufmarsches in Europa im Februar in Dresden dürfte zusätzlich die Stimmung angeheizt haben. Am 1. Mai 2012 führte der NPD-Landesverband seine Demonstration in Bautzen durch. Verstärkung aus Süddeutschland von der Division Franken war angesagt. Die Reihen wird dies nicht spürbar auffüllen. Die »Freien Kräfte« aus Zwickau, Chemnitz und dem Erzgebirge kündigten bereits im April an, zur Demonstration des »Freien Netz Süd« nach Hof fahren zu wollen. Von »seriöser Radikalität« wird dort niemand sprechen, von Radikalität umso mehr.

Holger Apfel steht vor einem Scherbenhaufen, den er selbst produziert hat. Sein Programm war die Ablösung von Udo Voigt. Dahinter herrscht inhaltliche und strategische Leere. Sekundiert von Jürgen Gansel benimmt er sich wie der Chef einer insolventen Abrissfirma. Sein Vorstand: die Gruppe Demontage. Die nüchternen Zahlen nach der »Fusion« mit der DVU: statt einem Zuwachs an Mitgliedern ein Verlust von mehr als 1.000. Aber vielleicht steckt ja doch eine Strategie hinter der Entwicklung, eine besonders raffinierte sogar: Ist die NPD klein und unbedeutend genug, dann wird sie der »Europäische Gerichtshof« (EuG) für Menschenrechte nicht verbieten. Nur: Wenn sie so klein und unbedeutend ist, woher bekommt Holger Apfel dann seine Diäten?

^ *NPD-Chef Holger Apfel*

»Kriminelle Vereinigung«

Am 13. März 2012 berichtete die Tagesschau zur besten Sendezeit über eine Razzia gegen Neonazis: »Großrazzia heute gegen das sogenannte Braune Haus im rheinland-pfälzischen Bad Neuenahr-Ahrweiler, die Zentrale der neonazistischen Gruppierung ›Aktionsbüro Mittelrhein‹«. Viele dürften sich daraufhin gefragt haben, wo Bad Neuenahr eigentlich liegt und um wen es sich dabei handelt.

von Tobias Hoff und Andreas Stein

Das »Aktionsbüro Mittelrhein« (AMR) ist eine neonazistische Kameradschaft, die im Hinterland zwischen Bonn und Koblenz seit 2004 aktiv ist, anfangs noch unter dem Namen »Aktionsfront Mittelrhein«. Im Vorfeld der rheinland-pfälzischen Landtagswahl 2006 schlossen sich die Neonazis der NPD an. Sven Lobeck aus Koblenz wurde Kreisvorsitzender der NPD, kandidierte und bezeichnete sich öffentlich als »Betreiber des Aktionsbüros Mittelrhein« – »Aktionsfront« war gegen »Aktionsbüro« ausgetauscht worden. Mit einer Kampagne zu den »Rheinwiesenlagern« – Kriegsgefangenenlager der Alliierten, die nach dem Zusammenbruch der Westfront entlang des Rheins eingerichtet worden waren – machte sich das AMR einen Namen in der Naziszene und etablierte einen ab 2009 jährlich stattfindenden Aufmarsch in Remagen.

Ende 2009 mieteten die Neonazis in Bad Neuenahr-Ahrweiler ein Wohnhaus an. Das »Braune Haus«, wie es die Neonazis nannten, diente fortan als Zentrale. Damit hatte sich die neonazistische Gruppierung im Landkreis Ahrweiler festgesetzt.



^ *Nazis des »Aktionsbüro Mittelrhein-Mitte«: Sven Skoda*

Razzia

Der Schwerpunkt der Razzia am 13. März 2012 lag im nördlichen Rheinland-Pfalz, aber auch Köln und Düsseldorf waren Ziele der 300 Einsatzkräfte. Nachdem die Neonazis vom AMR jahrelang, ungestört von Ermittlungen, agieren konnten, waren sie in der letzten Zeit ins Visier der Staatsanwaltschaft Koblenz gerückt. Gegen 33 Männer und Frauen im Alter zwischen 17 und 54 Jahren wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, über 20 Neonazis befinden sich noch in Untersuchungshaft. Die ermittelnden Behörden verweisen darauf, dass sich ab Mitte des Jahres 2010 Hinweise verdichtet haben, dass es sich bei dem Aktionsbüro um eine kriminelle Vereinigung handle, der 28 Neonazis zugerechnet werden. Weitere Vorwürfe sind »gefährliche Körperverletzung, schwerer Landfriedensbruch« und »Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen«. Insbesondere die so genannte Anti-Antifa-Arbeit der Neonazis, die Angsträume geschaffen habe, wurde von Seiten der Ermittlungsbehörden betont. Den Neonazis werden schwere Übergriffe auf Linke in mehreren Städten angelastet, unter anderem im Landkreis Ahrweiler und in Wuppertal. Gegen 15 Neonazis wird im Zusammenhang mit Angriffen auf das alternative Wohnprojekt »Praxis« in Dresden und auf Busse antifaschistischer DemonstrantInnen im Zuge des Neonazigroßaufmarsches 2011 ermittelt. Auch die führenden Kräfte der »Kameradschaft Köln«, Axel Reitz, Paul Breuer und Sebastian Ziesemann wurden festgenommen. Sie werden der Unterstützung der kriminellen Vereinigung beschuldigt. Inhaftiert ist auch der langjährig bekannte Düsseldorfer Neonazi Sven Skoda, der im August 2011 seine Meldeadresse nach Bad Neuenahr-Ahrweiler verlegt hatte.

Bedeutung

Unter dem Namen »Aktionsbüro Mittelrhein« ist eher eine lokale Kameradschaftsstruktur zu verstehen und kein Aktionsbüro im klassischen Sinne, also die Vernetzung von Kameradschaften einer Region. Von Anfang an war eine starke Orientierung nach NRW zu beobachten. Seit Frühjahr 2011 tritt das AMR zusammen mit Neonazis aus den Regionen Köln/Leverkusen, Wuppertal, Düsseldorf, Aachen und Bonn unter dem gemeinsamen Label »Rheinland« bei Aufmärschen in Erscheinung. Für die Naziszene im Rheinland stellt das Netzwerk eine wichtige Infrastruktur. Neben der Anmeldung von Aufmärschen und dem Stellen von Ordnern kam der hauseigene VW-Bulli wiederholt als Lautsprecherwagen zum Einsatz. Trotz der klaren Ausrichtung nach NRW ist aber auch eine Anbindung an Nazistrukturen in Rheinland-Pfalz vorhanden. Das zeigt sich vor allem in der Zusammenarbeit mit der NPD. Einige Protagonisten des AMR sind gleichzeitig Mitglieder und Funktionäre der rheinland-pfälzischen NPD. So sprach Sven Lobeck am 10. März 2012, nur wenige Tage vor der Razzia, noch in seiner Funktion als Landesvorstandsmitglied der NPD Rheinland-Pfalz auf einem Naziaufmarsch in Zweibrücken.

Was bleibt?

Dass die Razzia zum jetzigen Zeitpunkt stattfand, dürfte kein Zufall sein. Die Staatsanwaltschaft Koblenz ist bekannt für ihr Vorgehen gegen die Naziszene im nördlichen Rheinland-Pfalz. In den letzten Jahren gab es bei den Prozessen gegen die »Kameradschaft Westerwald« und das »Widerstand-Radio« gleich zwei Verurteilungen, bei denen neonazistische Strukturen als kriminelle Vereinigungen eingestuft wurden. Trotz oder vielleicht auch wegen des Umgangs mit der Neonaziszene im nördlichen Rheinland-Pfalz haben sich Mitglieder des Aktionsbüros öffentlich immer wieder mit der Staatsanwaltschaft Koblenz angelegt. Nachdem antifaschistische Initiativen schon seit Jahren auf das Naziproblem hingewiesen haben, hat auch die regionale Presse angefangen, ausführlich über Neonazis und ihre Aktivitäten zu berichten.

Die zentralen Akteure des AMR und des »Braunen Hauses« sind vorerst aus dem Verkehr gezogen, das Führungspersonal zweier NPD-Kreisverbände sitzt fast vollständig hinter Gittern. Auch in der Lebensplanung einiger Nazis dürften die Ermittlungen für Konsequenzen sorgen. So befinden sich unter den inhaftierten Neonazis auch mehrere Studierende der Fachhochschule Koblenz.

Eine Skinhead-Party als Großevent

»Honour & Pride Deutschland« lädt zu einem internationalen Open-Air nach Sachsen-Anhalt.

von David Janzen



^ Oliver Malina beim »Tag der deutschen Zukunft« am 4. Juni 2011

Nienhagen – ein verschlafenes und beschauliches Örtchen im Harzvorland. Mit dieser Beschaulichkeit dürfte es in der sachsen-anhaltinischen Provinz allerdings bald vorbei sein: Der aus Niedersachsen stammende Oliver Malina, der hier vor einiger Zeit eine neue Heimat gefunden hat, lädt zum Großevent: »This one's for the Skinheads – European Skinhead Party« lautet das Motto eines Open-Air-Konzerts am 26. Mai 2012. Angekündigt sind »Endstufe« (Bremen), »Faustrecht« (Allgäu), »Brassic« (USA), »Les Vilains« (Belgien) und »Legittima Offesa« (Italien).

Der bullige Neonazi, der als Kopf des Rechtsrock-Netzwerks »Honour & Pride« gilt, ist einer der umtriebigsten Konzertveranstalter in Norddeutschland. Während derartige Konzerte meist als private Geburtstagsparty getarnt in abgelegen Kleingartenvereinen, leerstehenden Hallen oder einsamen Dorfgaststätten stattfinden und die Orte bis zuletzt geheim gehalten werden, wird auf diese Konspirativität beim kommenden Großevent verzichtet. Bei den Behörden wurde es ordnungsgemäß angemeldet. Die Internetseite, mit der seit Monaten öffentlich für das Open-Air geworben wird, ist ganz offen auf Malina registriert.

Erwartet werden über tausend BesucherInnen. Auch mit Beteiligung aus dem Ausland rechnen die Veranstalter: »Für alle Flugreisenden schlagen wir folgende Flughäfen vor: Hannover, Berlin oder Leipzig«, heißt es auf der Website. Das weiträumige Gelände in Nienhagen, das von einer Privatperson aus dem Ort zur Verfügung gestellt wird, bietet ausreichend Platz. Schon seit Jahren finden hier Konzerte von »Kategorie C« statt. Im letzten Sommer organisierte Malina und das hinter ihm stehende Netzwerk »Honour & Pride« zum ersten Mal ein legal angemeldetes und offen beworbenes Konzert unter dem Motto »Transatlantik-Linie«, zu dem 1.000 Neonazis nach Nienhagen anreisten (s. drr Nr. 132). Bei Einnahmen von 20.000,- Euro allein durch den Verkauf von Eintrittskarten und vermutlich mehreren Tausend durch Merchandising und den Getränke- und Speisenverkauf, dürfte nach Abzug der Kosten einiges an Gewinn übrig geblieben sein. Ein lohnendes Geschäft für die Organisatoren.

»Honour & Pride«

Die 2004 gegründete Organisation »Honour & Pride« trat zunächst mit Sektionen in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt regional in die Fußstapfen des verbotenen Rechtsrock-Netzwerks »Blood & Honour«. In den letzten Jahren konnten sich Malina und seine Truppe durch Veranstaltung zahlreicher Konzerte in ganz Norddeutschland – meist mit Beteiligung von Bands aus dem »Blood & Honour«-Spektrum – einiges an Achtung in der Szene erwerben. Inzwischen zeigen sie selbstbewusst ihren bundesweiten Anspruch: Auf der Bühne in Nienhagen prangte bereits im letzten Sommer ein großes Banner mit der Aufschrift »Honour & Pride Deutschland«.

Wie groß die Kameradschaft inzwischen tatsächlich ist, liegt allerdings im Verborgenen. Auch über die Einbindung in die internationalen Strukturen von »Blood & Honour« kann nur spekuliert werden. Bekannt ist, dass AktivistInnen immer wieder an Rechtsrockfestivals im europäischen Ausland oder in den USA teilnehmen, die von »Blood & Honour« und nahestehenden Organisationen durchgeführt werden.

Im Herbst 2011 nahm zum Beispiel Benjamin Punthöler von »Honour & Pride Niedersachsen« am »Ritorno a camelot«-Festival der »Veneto Fronte Skinheads« in Italien teil. Aus seiner Verbundenheit mit »Blood & Honour« machte er während seines Italienaufenthaltes keinen Hehl: Ein Foto zeigt ihn im Shirt der in der BRD verbotenen Organisation. Auch Punthöler ist im Rechtsrock-Geschäft aktiv: Von Wolfenbüttel (Niedersachsen) aus betreibt er den Versand und das Label »Old Honour New Hatred Records«. Als erste Produktion veröffentlichte er eine EP der US-Band »Hammerhead«, die ursprünglich beim US-Label »Panzerfaust Records« erscheinen sollte. Dem vor einigen Jahren eingestellten Label sagt man eine Nähe zu den »Hammerskins« nach.

Nicht nur im Rechtsrockgeschäft, sondern auch bei direkt politischen Aktivitäten mischen AktivistInnen von »Honour & Pride« mit: Am 4. Juni 2011 kümmerte sich Malina bei der Kundgebung zum »Tag der deutschen Zukunft« am Braunschweiger Bahnhof um die auftretenden Bands. Für das Open-Air im letzten Jahr warb man mit Unterstützung des »Gedenkbündnis Bad Nenndorf«. Beim dortigen Gedenkmarsch im letzten Sommer trug Benjamin Punthöhler zusammen mit seiner Verlobten und jetzigen Ehefrau ein Transparent des »Hildesheimer Widerstandes«.

Angebot für Altgewordene

Mit dem Motto »Skinhead-Party« und der Verpflichtung von »Endstufe«, der dienstältesten deutschen Rechtsrock-Combo, spricht man insbesondere ein Publikum an, das durch die neonazistische Skinheadszene der 1980/1990er Jahre geprägt wurde. Viele der ehemaligen Naziskins sind allerdings längst der Subkultur entwachsen. Nicht jedeR hat noch Lust, am Wochenende stundenlang mit unbekanntem Ziel durch die Republik zu kurven, immer mit der Gefahr, dass am Ende das Konzert aufgelöst wird. Gerade dieser Klientel bietet ein legal durchgeführtes Konzert die Gelegenheit, für einen Tag den »Skinheadkult« wieder aufleben zu lassen. Ferner spricht die Betonung des »Skinheadkults« auch Teile der vorgeblich unpolitischen Skinheadszene an. Der Flyer für die »Skinhead-Party« wird beispielsweise auch von dem Versand »Skinhead Service« von Jan Greve aus dem niedersächsischen Elbe online gestellt. Das zeigt wieder einmal, dass die Übergänge zwischen unpolitischer Oi-Szene, rechtsoffenem Spektrum und der Rechtsrockszene in der Region zwischen Harz und Heide fließend sind.

»Nationale Gegenkultur«

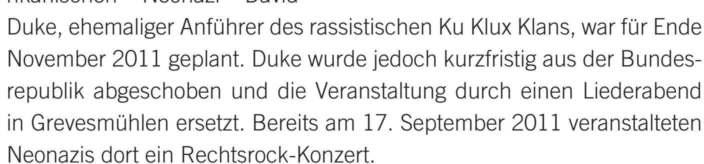
Zum intensiven Aufbau einer »nationalen Gegenkultur« scheinen gerade die neonazistischen Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern bestens geeignet. So fanden im letzten Jahr alle zwei bis drei Wochen einschlägige Musik-, Brauchtums- oder Vortragsveranstaltungen statt.

von Andrea Röpke



^ *Nazi-Konzert im Schweinestall in Viereck*

Seit der Einweihung des zur Festung ausgebauten »Thinghaus« in Grevesmühlen – aufgerüstet mit Wachturm, scharfen Hunden und Stacheldraht – und der Eröffnung des dort ebenfalls ansässigen NPD-Bürgerbüros im April 2010, fanden dort teilweise sogar mehrmals im Monat Veranstaltungen statt. Ein Vortragsabend mit dem US-amerikanischen Neonazi David Duke, ehemaliger Anführer des rassistischen Ku Klux Klans, war für Ende November 2011 geplant. Duke wurde jedoch kurzfristig aus der Bundesrepublik abgeschoben und die Veranstaltung durch einen Liederabend in Grevesmühlen ersetzt. Bereits am 17. September 2011 veranstalteten Neonazis dort ein Rechtsrock-Konzert.



Hammerskins

Immer wieder organisieren auch Anhänger der »Hammerskin Nation« (HSN) um Thinghaus-Eigentümer Sven Krüger aus Jamel dort Konzerte. Hammerskins aus dem gesamten Bundesgebiet sammeln sich im Flächenland an der Ostseeküste allzu gerne. Als Zentren kristallisieren sich dabei der Raum Ostvorpommern und Grevesmühlen im Nordwesten heraus. Das »Thinghaus« scheint eine zentrale Rolle innerhalb der konspirativen Musikszene in Mecklenburg-Vorpommern einzunehmen. Unterstützershirts mit der Aufschrift »Hardcore im Thinghaus« sind heiß begehrt. Zudem gibt es nicht nur rund zehn Szeneläden, sondern auch viele der aktuell aktivsten Rechtsrockbands: Zu ihnen zählen unter anderem »Thrima, Tätervolk, Mythos Nord, Path of Resistance, Painful Awakening, Wiege des Schicksals« oder »Skalinger«. Im Dezember 2011 spielten mehrere Neonazi-Bands vor über 300 Szene-Gästen, zum Teil angereist aus Sachsen, Brandenburg, Berlin und der Schweiz. Vermutlich wurde auch dieses Fest von den Hammerskins organisiert. Als Lockmittel diente vor allem die nur unter einem Kürzel gehandelte Berliner Kultband »X.X.X.«, hinter der sich die Crew von »Deutsch, Stolz, Treue« (DST) verbergen soll. Ende November 2011 hatten rund 120 Beamte Privat- und Lagerräume der Gruppe in Berlin und Brandenburg durchsucht. Bereits mehrfach mussten sich die Bandmitglieder wegen ihrer aggressiv volksverhetzenden Texte vor Gericht verantworten. 2010 wurden die Chemnitzer Räumlichkeiten des einflussreichen Musiklabels »PC-Records« im Zusammenhang mit einem indizierten Tonträger der Berliner Band DST durchsucht. Label und Band gelten als Hammerskin-nah.

Auch der »Kameradschaftsbund Anklam« (KBA) um Detlef Riske und Alexander Wendt aus Salchow, eine wohl aus dem verbotenen Blood & Honour-Netzwerk entstandene Struktur, soll heute den umtriebigen Hammerskins nahe stehen. Zu einer Rechtsrock-Party im Mai 2011 in Salchow reisten auch die Zwillingsbrüder Maik und Andre Eminger, beide ehemalige Mitglieder der »Weißen Bruderschaft Erzgebirge« an. Während Andre Eminger sich als mutmaßlicher Unterstützer des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) seit November 2011 in Haft befindet, zählte sein Bruder Maik zur 2009 verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend« (HDJ) und mittlerweile zu den »Jungen Nationaldemokraten« (JN) in Brandenburg.
Im Herbst trat auch der völkische Liedermacher Frank Rennicke in Karow im Landkreis auf. Zur Jahreswende 2011/2012 gab es dann eine große »Thrima Release Party« auf Rügen. Neonazibands wie »Fight Tonight« aus Sachsen-Anhalt oder »Burning Hate« aus Franken feierten mit der einheimischen Musiktruppe »Thrima« an einem geheimgehaltenen Ort auf der Ostsee-Insel.

Unruhe im inner circle

Sowohl die NPD als auch das Kameradschaftsspektrum sind seit dem gelungenen Wiedereinzug der Partei in den Schweriner Landtag im Herbst 2011 vor allem in den ländlichen Regionen aktiv. Meistens finden die Veranstaltungen konspirativ statt. Immerhin will Fraktionschef Udo Pastörs die »Kampfgemeinschaft der NPD wieder auf klaren Kurs bringen«, wie er es formulierte, nachdem interne Reibereien und der wütende Austritt eines ehemaligen Landtagsabgeordneten im letzten Jahr bekannt geworden waren. Auch die Inhaftierung des einflussreichen ehemaligen Kreistagsmitglieds Sven Krüger aus Jamel sorgte im inner circle für Unruhe. Mit Feiern und Festen scheinen Partei und Freie Kräfte die »Bewegung« stabilisieren zu wollen. So fand am 19. November letzten Jahres in Iven im Landkreis Vorpommern-Greifswald eine sogenannte NPD-Interessentenveranstaltung statt – vermutlich organisiert von einem parteilosen Gemeindevertreter aus Postlow, der Mitglied in der Rechtsrockband »Wiege des Schicksals« ist. Nur knapp einen Monat später trafen sich NPD und KameradschaftsanhängerInnen zu einer Informationsveranstaltung in der NPD-Zentrale von Vorpommern, einem ehemaligen Möbelhaus im Zentrum Anklams.

»volkstreue Faschingsfeier«

Am 17. März 2012 wurde dann der ehemalige Bundesführer der HDJ, Sebastian Räbiger, zum Vortrag über nationale Jugendarbeit nach 1945 ins »Thinghaus« geladen. Die »Einheit Mecklenburg und Pommern« der HDJ war äußerst NPD-nah und galt bundesweit als eine der aktivsten. Am 3. März 2012 gab es dann im »Thinghaus« eine »volkstreue Faschingsfeier« mit rund 200 TeilnehmerInnen. Eine »RAC-Nacht« (Rock against Communism) war für den 31. März in der Nähe von Greifswald geplant. Zu dem Konzert mit den Bands »White Rebel Boys, Motorhate, Helle und Racker« sowie »Wiege des Schicksals« in einem ehemaligen Schweinestall in Viereck hatten der »Kameradschaftsbund Bargischow« und die bislang unbekannte »Gruppe MS 88« aufgerufen.

Nazis im Regen

Zum zweiten Mal mobilisierte der NPD-Kreisverband Eichsfeld um Thorsten Heise am 5. Mai 2012 zum »Eichsfelder Heimattag« nach Leinefelde-Worbis. Geworben hatte er mit einem umfangreichen Nachmittags- und Abendprogramm inklusive Kinderprogramm und Livemusik.

von Silke Heinrich

Die Hüpfburg blieb leer, auf den aufgestellten Bierbänken nahm niemand Platz und die fußballfeldgroße Wiese füllte sich kaum. Stattdessen drängten sich die angereisten Neonazis im strömenden Regen unter den Planen der Verkaufs- und Infostände oder standen unter Regenschirmen dicht vor der Bühne. Das Wetter besserte sich während der gesamten Veranstaltung nicht. Die Polizei sprach bei diesem zweiten »Eichsfelder Heimattag« von 700 TeilnehmerInnen – in einem Neonaziforum heißt es dagegen, es seien knapp 1.000 ‚Kameraden' da gewesen. Tatsächlich dürften kaum mehr als 350 Neonazis gleichzeitig auf dem Platz gewesen sein. Viele versuchten dem schlechten Wetter zu entkommen, indem sie die Zeit im Auto oder in der nächstgelegenen Kneipe verbrachten.

Wem gehört die Heimat?

Im Vorfeld hatte sich der CDU-Landrat des überwiegend katholischen Eichsfeld, Werner Hennig, gegen die Veranstaltung und die Verwendung des Heimatbegriffes durch die NPD gestellt. In einer öffentlichen Erklärung, die sich auch an den Veranstalter Thorsten Heise richtete, warf er der NPD »unter dem Deckmantel des Versammlungsrechtes eine Zerstörung unserer eigenen Kultur« vor und begründete seine Ablehnung der Veranstaltung mit einem spezifischen Eichsfelder Heimatbegriff. Er bezeichnete die Neonazi-Veranstaltung als ein »Sakrileg«, das dem »religiösen Selbstverständnis unserer Menschen« nicht gerecht werde, da es »den in dieser Gebietskörperschaft angesiedelten Normen [...] widerspricht« und deshalb »in nichts zu tolerieren« sei. Heimat sei für ihn Ausdruck einer verbindenden Kultur. »Wer sich in diese einbringt, der ist willkommen [...]. Wer dieses nicht kann und will, bleibt außen vor und wird umso schroffer zurück gewiesen, wenn er versucht, den Heimatbegriff politisch zu missbrauchen und sich - unter Missachtung der Spielregeln – Einlass zu erzwingen.« Mit dieser Begründung scheiterte das Verbotsansinnen des Landrats aber erwartungsgemäß vor dem Oberverwaltungsgericht in Weimar.







Redner, Bands und Stände

Das Nachmittagsprogramm bestritten verschiedene Redner sowie der thüringische Liedermacher Torsten Hering, genannt »Torstein«. Das NPD-Bundesvorstandsmitglied Patrick Wieschke distanzierte sich in seiner Rede vom Heimatbegriff des Landrats als Wirtschaftsstandort sowie »Wohlfühlparadies für anatolische Analphabeten und islamische Terroristen«. Er hetzte gegen die Einbürgerung von »raum- und kulturfremden Ausländern« und bezeichnete Vorurteile als »den gesunden Abwehrmechanismus des deutschen Volkes«. Sowohl Redner Thorsten Heise als auch Matthias Fiedler betonten die enge Zusammenarbeit zwischen NPD und dem sogenannten »Freien Widerstand« im Eichsfeld. Am Abend eroberten zunächst RechtsRock-Bands die Bühne, »Cynic« (Potsdam), »Timebomb« (Schleswig Holstein), »Preußenstolz« (Potsdam) und »Tätervolk« »aus der Reichshauptstadt«. Zwischendurch tummelten sich die Neonazis am Bratwurststand oder an den zahlreichen Informations- und Verkaufsständen. Vertreten waren unter anderem der »Demosanis-Kameradschaftsdienst«, die Initiative »Tag der deutschen Zukunft« und jene Kameradschaft, die alljährlich den »Antikriegstag« in Dortmund organisiert, sowie der »Bund Frankenland«. Außerdem boten »Erik & Sons«, »Ansgar Aryan«, »Hermannsland«, »WB Versand«, »Nordland Verlag« und »Volk in Bewegung« Szenebekleidung und Musik zum Verkauf an.

»Attraktionen«

Als Hauptredner wurde Roland Wuttke aus München angekündigt. Während im Hintergrund die Bühne für die Hauptband umgebaut wurde, verlor der NPD-Mann und Verschwörungstheoretiker zunächst einige Worte über das Wetter und bezeichnete es als eine »Eigenart der nordischen Menschen«, schon seit tausenden von Jahren auch mit schlechtem Wetter zu Recht zu kommen, was sie seiner Meinung nach vom Rest der Weltbevölkerung unterscheide. Danach mutmaßte er unter anderem, wie die Mafia und internationale Geheimdienste den »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) erfanden. Auch die NPD Eichsfeld hatte in einer Ausgabe ihrer Zeitung »Eichsfeld Stimme« einer Umdeutung der rassistischen Morde des NSU viel Platz eingeräumt. Die BRD bezeichnete Wuttke als »Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln gegen die Deutschen« und fabulierte dann von der Überlegenheit der »weißen Rasse«. Die als Hauptband erwartete »Lunikoff-Verschwörung«, die beim ersten Eichsfeldtag 2011 aufgrund von polizeilichen Meldeauflagen ohne ihren Sänger Michael Regener (»Lunikoff«) auftreten musste, folgte schließlich als Höhepunkt des Abends (siehe rechtes Bild).

Mit Gott gegen die NPD

Als Protest gegen die NPD rief Landrat Hennig die Eichsfelderinnen und Eichsfelder zum gemeinsamen Gebet in der Bonifatiuskirche auf. Von einer Gegendemonstration dagegen hielt er nicht viel, da diese »in ihren Möglichkeiten begrenzt« sei und letztlich »keinerlei Einfluss mehr auf die zuvor genehmigte und zum Stein des Anstoßes gewordene Versammlung« habe. Rund 240 Menschen demonstrierten trotzdem gegen die Neonazis. Das verregnete Wetter dürfte den katholischen Landrat allerdings in seinem Glauben an die Wirksamkeit seiner Form des Protestes bestätigt haben.

Hausdurchsuchungen I

Sie kamen wie immer um sechs Uhr in der Früh. Am 2. März 2012 wurden 17 Neonazis aus Hamburg und Niedersachsen unsanft aus dem Schlaf geweckt. Der Hamburger Staatsschutz sowie das Landeskriminalamt Niedersachsen standen mit Hausdurchsuchungsbeschlüssen vor der Tür. Anlass war eine nicht angemeldete Demonstration der neonazistischen »Unsterblichen« am 17. Dezember 2011. Rund 30 Personen waren damals zu später Stunde mit Fackeln, in Marschformation und mit weißen Masken im Gesicht durch Hamburg-Harburg gelaufen. 17 TeilnehmerInnen konnten von der Polizei festgehalten werden, gegen sie wird nun ermittelt. Einige der teilnehmenden Neonazis werden dem »Hamburger Nationalkollektiv/Weisse Wölfe Terrorcrew Sektion Hamburg« (HNK/WWT) zugerechnet. Die für Hamburger Verhältnisse ungewöhnlichen Hausdurchsuchungen scheinen eine Reaktion auf das Ende des NSU zu sein. Die Behörden, allen voran der Verfassungsschutz, wollen offenbar Entschlossenheit »im Kampf gegen Rechtsextremismus« zeigen und ihr schlechtes Image in der Öffentlichkeit aufbessern.

Hausdurchsuchungen II

Es ist noch hell, als die Polizei kurz nach acht Uhr mit einer Einsatzhundertschaft vor dem Haus mit der Nummer 135 in der Rheinischen Straße in Dortmund vorfährt. Die 53 anwesenden Neonazis hatten sich ihr allwöchentliches Kameradschaftstreffen am Abend des 28. März sicherlich anders vorgestellt. Am Wochenende darauf stand die Demonstration zum Erhalt des so genannten »Nationalen Zentrums R135« an. Grund für die Durchsuchung waren drei Neonazis, welche die Polizei in der Nacht zuvor beim Plakatieren von Demonstrationsaufrufen erwischt hatte. Das Haus in der Rheinischen Straße dient der Szene seit 2009 zum einen als Treffpunkt, Veranstaltungsort und Wohnhaus von AktivistInnen. Zum anderen nutzt der »Kopf der Dortmunder Neonazi-Szene«, Dennis Giemsch, das Haus für seinen »Resistore«-Versandhandel. Am Abend der Razzia waren neben Aktivisten der Kameradschaftsszene wie Giemsch, Alexander Deptolla und Siegfried Borchardt auch der Vorsitzende des NPD-Kreisverbands Unna/Hamm, Hans-Jochen Voß, anwesend. Zeitgleich durchsuchte die Polizei auch die Wohnungen mehrerer »Autonomer Nationalisten« in der Tusneldastraße.

Hausdurchsuchungen III

In den letzten beiden Märzwochen dieses Jahres kam es in Berlin zu mehreren Hausdurchsuchungen bei Neonazis. Die erste am 23. März 2012 traf den NPD-Landesvorsitzenden Sebastian Schmidtke. Seine Wohnung und sein Ladengeschäft »Hexogen« in der Brückenstraße wurden durchsucht. Anlass war die Homepage »nw-berlin.net«: Die Tatvorwürfe lauten unter anderem üble Nachrede, Beleidigung, Volksverhetzung und Aufforderung zu Straftaten. Am selben Tag wurden zudem die Wohnungen von zwei weiteren Neonazis durchsucht. Einer der beiden war der Neuköllner NPD-Vorsitzende Sebastian Thom. Die zweite Razzia fand am 29. März gegen vier Tatverdächtige statt. Ihnen wird vorgeworfen, »volksverhetzende Parolen grölend den U-Bahnhof Rudow betreten« sowie zwei 24-jährige Mitarbeiter eines türkischen Imbissladens mit Fäusten und einer Flasche geschlagen zu haben. Einen Tag später traf es dann »rechtsmotivierte Gewalttäter« aus dem Umfeld des »BFC Dynamo«. Diese hatten fünf Tage zuvor nach einem Spiel ihres Vereins einen dunkelhäutigen Briten als «Scheiß Neger« beschimpft und angegriffen.

Hausdurchsuchungen IV

Am Mittwoch, 25. April 2012, kam es in Nordrhein-Westfalen zu umfangreichen Hausdurchsuchungen beim »Freundeskreis Rade«. Im Zuge von Ermittlungen wegen der »Bildung einer kriminellen Vereinigung« wurden 18 Objekte in Radevormwald, Düsseldorf, Essen und Wuppertal durchsucht. Dabei wurden drei Haftbefehle gegen die mutmaßlichen Köpfe des »Freundeskreis« vollstreckt. Dieser wird mit zahlreichen Straftaten in Verbindung gebracht. Das Spektrum reicht von gefährlicher Körperverletzung bis zu Propagandadelikten. Der »Freundeskreis Rade« ist von seinem Auftreten her den »Autonomen Nationalisten« zuzurechnen. Umso überraschender war, dass das lokale Büro von »Pro NRW« ebenfalls von den Durchsuchungen betroffen war. Zwei der Festgenommenen sind Mitglied bei »Pro NRW«. Einer der Beschuldigten sitzt für »Pro NRW« im Rat der Stadt Radevormwald. Trotz aller Abgrenzungsrhetorik von »Pro NRW« gegenüber dem »NS-Narrensaum« gab es laut Staatsanwaltschaft neben personellen Überschneidungen offensichtlich auch logistische und finanzielle Unterstützung durch das Fraktionsbüro.

Hausdurchsuchungen V

Am 3. Mai 2012 durchsuchten 350 PolizistInnen 31 Objekte von 16 Neonazis in München, Krailling, Wolfratshausen, Geretsried und anderen Gemeinden im bayerischen Oberland. Neun von ihnen sollen »Vollmitglieder« der »Jagdstaffel Deutsch Stolz Treu« sein, sieben enge SympathisantInnen (s. S. 8/9). Die Staatsanwaltschaft teilte mit, es habe Hinweise gegeben, dass sich die 20 bis 33 Jahre alten Männer unerlaubt Waffen beschaffen wollten oder diese bereits besäßen. Neben scharfer Munition, Devotionalien aus der NS-Zeit und massenweise Propagandamaterial beschlagnahmte die Polizei 47 erlaubnisfreie Schusswaffen (Softair- oder Gotchawaffen) und 30 Dekorationswaffen. Ihr Kauf und Besitz ist legal, laut Staatsanwaltschaft gebe es aber Hinweise, dass die Verdächtigen die Waffen umbauen und wieder funktionsfähig machen wollten.

Revisionsprozess

Der Prozess gegen 18 mutmaßliche BetreiberInnen des neonazistischen »Widerstand Radio« muss neu aufgerollt werden. Dies hat der Bundesgerichtshof (BGH) am 2. Februar 2012 entschieden (Aktenzeichen 3 StR 335/11). Zwar hatten alle Angeklagten vor Gericht zugegeben, entweder als ModeratorInnen oder AdministratorInnen am Internet-Radio mitgewirkt zu haben, die Beweisführung der Richter habe aber nicht den Mindestanforderungen entsprochen. Jeder Tatvorwurf hätte einzeln den jeweiligen Beschuldigten nachgewiesen werden müssen. Nach dem Beschluss des BGH muss die Sache nun erneut verhandelt werden. Im April 2011 hatte das Landgericht Koblenz die mutmaßlichen MacherInnen des Neonazi-Radios wegen Volksverhetzung sowie »Bildung einer kriminellen Vereinigung« verurteilt (siehe drr Nr. 130). Im Januar 2012 waren elf weitere MitbetreiberInnen ebenfalls verurteilt worden.

Mobilisierungsschlappe

Gleich zweimal marschierten in der Woche vor Ostern Neonazis aus dem Umfeld der Freien Kameradschaften in Stolberg bei Aachen. Anlass war der vierte Todestag des 19-jährigen Kevin P., der im April 2008 von einem 18-Jährigen mit Migrationshintergrund erstochen worden war. Seitdem versuchen örtliche Neonazis, für Kevin P. einen jährlichen »Trauermarsch« zu etablieren. Hatte das Ereignis in den vergangenen Jahren noch zwischen 400 und 800 Rechte auf die Straße gebracht, waren es am Ostersamstag, 7. April 2012, nur rund 250. Auch bei einem Fackelmarsch am Mittwoch zuvor waren mit 45 Teilnehmenden deutlich weniger im Vergleich zu den Vorjahren angetreten. Als Grund für den mageren Mobilisierungserfolg nannte Organisator Ingo Haller, ehemaliger NPD-Kreisvorsitzender in Düren, dass die Polizei wenige Wochen zuvor zwei Dutzend Neonazikader aus der Region verhaftet hatte. Unter den Inhaftierten sind die Funktionäre Axel Reitz und Sven Skoda, die bislang die Mobilisierung nach Stolberg unterstützt hatten. Am Abend des 7. April griffen hundert Rechte auf dem Rückweg von ihrer Demonstration in einem Regionalzug zehn Linke an; die Polizei stoppte in Leverkusen den Zug und überprüfte die Personalien der Angreifer.

NPD-Wahlschlappe I

Im Januar 2012 scheiterte die Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grünen im Saarland. Die NPD erwischte dies kalt. In nur zwei Monaten musste sich die Truppe um den Landesvorsitzenden Frank Franz auf die Neuwahlen im März vorbereiten. In dem Zeitraum gelang es ihr nicht, einen intensiven Wahlkampf wie 2004 und 2009 zu betreiben. Ausschlaggebend dafür war wohl die dünne Personaldecke der Saar-NPD. Die UnterstützerInnentrupps aus anderen Bundesländern konnten den Mangel an saarländischen AktivistInnen nicht ausgleichen. Am Wahltag machten dann 5.606 SaarländerInnen ihr Kreuz bei der NPD. Mit 1,2 Prozent liegt die braune Partei damit gleichauf mit der großen Verliererin dieser Wahl - der ehemaligen Regierungspartei FDP. Trotzdem kein Grund zur Freude für die NPD: Sie fuhr ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl im Saarland seit über zwanzig Jahren ein. Dessen ungeachtet verfügt sie über eine Stammwählerschaft, die für ein westliches Bundesland überdurchschnittlich groß erscheint.

NPD-Wahlschlappe II

Bei der vorgezogenen Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 6. Mai 2012 schnitt die NPD noch miserabler ab als 2009. Sie erhielt 9.821 Stimmen (0,7 Prozent) – drei Jahre zuvor waren es auch nur 0,9 Prozent bei 14.991 Stimmen. Prozentual erzielte sie in Neumünster mit 1,2 Prozent ihr bestes Ergebnis. Auf der Landesliste fanden sich im Übrigen nur Männer wieder: der Landesvorsitzende Jens Lütke, der Kieler Ratsherr Hermann Gutsche, der Abgeordnete im Kreistag Herzogtum-Lauenburg, Kay Oelke, sowie Kai Otzen und Wolfgang Schimmel.

Lederkutte

Die beiden Neonazis Björn Wilhelmsen und Jens M. aus Wilhelmshaven sind seit Anfang dieses Jahres Mitgliedsanwärter bei den »Red Devils«. Seit Jahren wird der Rockerclub, der als Unterstützerclub der »Hells Angels« gilt, immer wieder mit kriminellen Aktivitäten in Verbindung gebracht. Auf Fotos in einem sozialen Netzwerk zeigen sich Wilhelmsen und M. in Rockerkutten mit Abzeichen der »Red Devils«. Der Wilhelmshavener Rockerclub selbst behauptet, die beiden hätten sich von der Szene losgesagt. Björn Wilhelmsen, seines Zeichens Vorsitzender des NPD-Unterbezirks Oldenburg, trat 2005 auf der Landesliste der NPD in Niedersachsen zur Bundestagswahl an. Später engagierte er sich in der neonazistischen Kameradschaft »AG Wiking« und trat zusammen mit Peter Bartels als Liedermacher-Duo »Frei & Stolz« in Erscheinung. Neben Auftritten bei NPD und Kameradschaftsveranstaltungen traten die Musiker auch im »Club 88« in Neumünster auf. 2009 war das Duo auf einer »Schulhof CD« der »AG Wiking« vertreten. Der andere Rocker-Neuling, Jens M., war ebenfalls in der braunen Kameradschaft aktiv. Archivfotos zeigen den einschlägig vorbestraften M. mit der zum Hitlergruß erhobenen Hand. Bundesweit sind mehrere prominente Fälle von Neonazis bekannt, die in Rockergruppen untergekommen sind.

»Lesertreffen«

Vom 30. März bis 1. April 2012 führte der Verlag und Versand »Lesen & Schenken« aus Martensrade in Schleswig-Holstein das diesjährige »Lesertreffen« durch. Offiziell veranstaltet wurde es vom »Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen e. V.«. Dieser sowie »Lesen & Schenken« sind Teil des rechten Verlagsimperiums von Dietmar Munier. Wie schon seit mehr als zehn Jahren fand das Treffen auch dieses Mal im »Schlosshotel Pommersfelden« in Bayern statt. Mehr als 250 BesucherInnen kamen, um beinahe ungestört Vorträge zu hören. Unter anderem von Fabian Rimbach (Bundesvorsitzender »Schlesische Jugend«), Dmitrij Chmelnizki (Autor), Bettina Binsteiner (Heilpraktikerin), Manuel Ochsenreiter (Chefredakteur Zeitschrift »Zuerst!«), Barnabas Bödecs (Vorstandsmitglied der ungarischen Partei »Jobbik«), Johannes Hübner (FPÖ; Sprecher für Außenpolitik, Europa und Entwicklungszusammenarbeit) und Alfred Mechtersheimer. 2013 wird der Veranstaltungsort indes wohl nicht mehr zur Verfügung stehen.

»Jahreskongress«

Vom 18. bis 20. Mai 2012 veranstaltet die »Gesellschaft für freie Publizistik e. V.« (s. drr Nr. 125) zum dritten Mal in Folge im thüringischen Kirchheim ihre alljährliche Jahreshauptversammlung. Für die Veranstaltung unter dem Titel »Das Volk befragen! Der Euro und das Demokratiedefizit« kündigt der Vorsitzende Martin Pfeiffer (Herausgeber der Zeitschrift »Aula« aus Graz, FPÖ) als Redner Alfred Mechtersheimer sowie Hannes Kaschkat (Kreisvorsitzender Würzburg-Stadt der »Union der Vertriebenen«, CSU), Harald Neubauer und Hans Meiser (Publizist) an. Die Anmeldung wickelt wie gewohnt Margret Nickel (»Kloster-Buchhandlung«, Wahlsburg) ab.

Im Wandel – Ungarn

Die Regierung unter Viktor Orbán baut das gesamte politische System des Landes um – und Europa schaut zu.

von Jens Breuer

Drei Tage lang, vom 29. April bis 1. Mai 2012, veranstaltete die Partei »Jobbik Magyarországért Mozgalom« (»Bewegung für ein besseres/rechteres Ungarn«) auf der Insel Hajógyári-Sziget mitten in Budapest, einem äußerst beliebten Ausflugsziel, ein ›nationales Picknick‹ unter dem Motto »Jobbik Nemzeti Majális« (»Jobbik Nationales Maifest«). Wie schon in den Vorjahren kamen auch dieses Mal wieder einige Tausend Menschen, um den Vorträgen der Politiker zu lauschen und wohl vor allem auch, um sich das umfangreiche Kulturprogramm anzuschauen. Neben Auftritten des Rappers »FankaDeli«, der Balladen-Rock-Gruppe »Hungarica«, der Folk-Metal-Band »Karpatia« und einigen anderen gab es Reiter- und Schwertkampfvorführungen, die den ZuschauerInnen die tapfere Geschichte Ungarns vor Augen führen soll.

Jobbik

Die Partei, die mit der NPD vergleichbar ist, mobilisiert vor allem Menschen jenseits des Spektrums, das die Schwesterpartei hierzulande anzieht, als ihre AnhängerInnen. Den Vergleich würde sich der Parteivorsitzende Gábor Vona in der Öffentlichkeit indes verbitten. Jobbik verkauft sich als »national-christliche Partei« und weist von sich, rassistisch oder antisemitisch zu sein – nachzulesen für nicht der ungarischen Sprache Kundige auch auf der englischen Website der Partei.

Die EU ist das Feindbild der Jobbik, die sich außen- und wirtschaftspolitisch als Anti-Globalisierungspartei präsentiert. Im Mittelpunkt stehen die ungarische Nation und die nationale Identität der »Magyaren«, der ›eingeborenen Ungarn‹. Im Alltagssprachgebrauch ist dieser Begriff als Selbstbezeichnung verbreitet, aber nicht gleichzusetzen mit ›Ungarn‹, denn er fungiert auch als Abgrenzung gegenüber Roma und teilweise auch gegen Jüdinnen und Juden. Sein Wesenskern ist völkisch, baut er doch auf einer gemeinsamen Abstammung auf. Seit dem Vertrag von Trianon 1920, als das Königreich Österreich-Ungarn zerschlagen wurde, ist ihrer Vorstellung nach die Nationengrenze nicht mehr identisch mit den Siedlungsgebieten der Magyaren. Die Revision dieser mehr als 90 Jahre alten Grenzziehung ist ihr erklärtes Ziel, um ein neues »Großungarn« zu schaffen.

Bedroht sieht Jobbik das Land nicht nur durch ›Mächte‹ aus dem Ausland, sondern vor allem durch Feinde im Inneren: Roma, die kriminell und asozial seien, Jüdinnen und Juden, die als AgentInnen des Auslands angeblich versuchen, sich des Landes zu bemächtigen, des Weiteren KommunistInnen, die vermeintlich erneut Ungarn unter das Joch einer Diktatur zwingen wollen und schließlich Homosexuelle, die angeblich versuchen, die Anständigen zu pervertieren.

Als Kampforganisation auf der Straße wurde am 25. August 2007 aus der Jobbik heraus die »Magyar Gárda« (»Ungarische Garde«) gegründet, eine paramilitärische Formation, die versucht, Roma einzuschüchtern. Vor allem aber nutzt die Partei die politische Bühne, um sich mit ihren Themen in Szene zu setzen. Während die Jobbik im europäischen Parlament nicht auffällt, machen die 47 Abgeordneten im ungarischen Parlament immer wieder auf sich aufmerksam. Baráth Zsolt beispielsweise ergriff am 3. April 2012 das Wort und forderte die Abgeordneten auf, mit ihm gemeinsam Eszter Solymosis zu gedenken. Vor 130 Jahren war das Mädchen verschwunden, verdächtigt wurden seinerzeit Juden, die einen Ritualmord an ihr begangen haben sollen. Der Prozess ging als »Affäre von Tiszaeszlár« in die Geschichte ein – die Angeklagten wurden freigesprochen. Der 55-jährige Abgeordnete versuchte indes die Legende neu zu beleben und auf das Heute zu übertragen: »Erinnern wir uns an Eszter Solymosi und sprechen wir es aus: Ihre Ermordung war ein Meilenstein in der Geschichte Ungarns. Es war ein Meilenstein, denn da erbebte die Erde unter dem ungarischen Staat und der ungarischen Rechtsprechung. Ein Meilenstein, weil sich seit 1883 bis heute das Phänomen hält, dass die Abstammung, die religiöse Zugehörigkeit der Täter nicht genannt werden kann. Ein Meilenstein, weil von diesem Zeitpunkt an zu beobachten ist, wie die Macht der ›neuen Weltordnung‹ in unserer Heimat immer mehr zur Geltung kommt, beziehungsweise wie die Diener dieser ›neuen Weltordnung‹ ihren Bestrebungen immer unverhüllter nachgehen«, erklärte der ausgebildete Grundschullehrer und Sozialpädagoge – die antisemitischen Chiffren sind offensichtlich (Übersetzung nach pusztaranger.wordpress.com). Alle Parteien – bis auf die Jobbik – distanzierten sich sogleich von der Rede, die auch international mit Bestürzung wahrgenommen und als ›schwärzester Tag‹ des ungarischen Parlaments bezeichnet wurde. Deutliche Worte von Viktor Orbán blieben aus.



Nazis

Anders verhielt sich der Ministerpräsident nach dem Amtsantritt in Bezug auf die alljährliche Veranstaltung zum »Tag der Ehre« am 10. Februar 2012, an der ungarische Neonazis gemeinsam mit ›Kameraden‹ aus dem Ausland der Verteidigung Budapests durch eigene Truppen und die Waffen-SS gegen die angerückte Rote Armee anno 1945 gedachten. Seit den 1990er Jahren fand die Veranstaltung mitten in der Hauptstadt statt – doch 2011 musste sie weichen. Orbán zeigt ›Zähne im Kampf gegen Neonazis‹, so lautete die Botschaft – gleichwohl fand eine vom Fidesz-Bürgermeister des 1. Budapester Bezirks organisierte zentrale Gedenkveranstaltung statt, wo die SS-Verbände als Helden des Widerstands gegen die ›bolschewistischen Horden‹ offiziell gewürdigt wurden.

Dieses Jahr versammelten sich etwas mehr als 150 Neonazis am 11. Februar am Rande der Hauptstadt auf einer Wiese in einem Familienausflugsgebiet – in früheren Zeiten waren es weit mehr als tausend. Organisiert war die Veranstaltung von »Nemzeti Forradalmi Párt« (»Nationale Revolutionäre Partei«, NFP), »Pax Hungarica Mozgalom« (»Bewegung Pax Hungarica«, PHM), »Hatvannégy Vármegye Ifjúsági Mozgalom« (»Jugendbewegung der 64 Burgkomitate«, HVIM), »Betyársereg« (»Betyarenheer«) und der »NS-Front«. An die Anwesenden richteten nicht nur Béla Incze (HVIM), Zsolt Tyirityán (Betyársereg), János Lantos (PHM) und Tamás Szabó (NFP) das Wort, sondern auch Matthias Fischer vom »Freien Netz Süd«, das nach Budapest mobilisiert hatte und mit deutschsprachigen Transparenten vor Ort war. »Was damals von unseren Vätern und Großvätern verteidigt wurde, muss heute erst von uns zurückerobert werden. Die Völker Europas sind nicht frei. Unsere Kultur und Identität wird von denselben fremden Mächten bedroht und bekämpft wie damals«, erklärte der 35-Jährige: »Die Freund-

schaft unserer Völker ist schon lange besiegelt. Deutsches und ungarisches Blut hat dieser Boden hier tausendfach aufgesogen und uns somit für immer vereint. Wir Jungen pflegen dieses Erbe in einer innigen Freundschaft und bezeichnen uns heute noch stolz als Waffenbrüder. Ich selbst bin nun das 14. Jahr hier und festige so die deutsch-ungarische Freundschaft.« In Ungarn gibt es eine Vielzahl neonazistischer beziehungsweise neofaschistischer Gruppen und eine breite RechtsRock-Szene, doch im Vergleich zu jenem Potential, das die Jobbik repräsentiert und mobilisieren kann, sind sie marginal.



Fidesz

Die Regierungspartei Fidesz wurde 1988 gegründet und Viktor Orbán bereits damals zum Vorsitzenden gewählt, was zur Konsequenz hat, dass der heute 48-Jährige zur alten Politikergarde gehört. 1994 vollzog die Partei einen inhaltlichen Rechtsschwenk: weg von liberalen, hin zu rechtskonservativen Positionen. 1998 kommt sie das erste Mal für vier Jahre an die Regierung, Orbán war schon damals Ministerpräsident. Einiges, was die Partei heute mit ihrer Zweidrittelmehrheit versucht umzusetzen, war schon damals Thema. Die Volkstumspolitik ist so ein Beispiel. 2001 verabschiedete die Regierung das »Statusgesetz«, das den ungarischen Minderheiten in den angrenzenden Ländern Vergünstigungen und Leistungen zukommen ließ, wenn sie nach Ungarn reisten. Noch vor der formellen Regierungsübernahme beschloss das ungarische Parlament im Mai 2010, dass diese ›Auslandsungarn‹ die ungarische Staatsangehörigkeit erwerben können. In Kraft trat das Gesetz zum 1. Januar 2011 – binnen zehn Monaten wurden 150.000 Anträge gestellt. Bei der kommenden Parlamentswahl 2014 können diese ›Neuungarn‹ aufgrund einer weiteren Gesetzesänderung nunmehr auch mitwählen. Eine Erhebung unter den 1,1 Millionen wahlberechtigten Ungarn in Rumänien ergab, wie die »Budapester Zeitung« im Januar 2012 vermeldete, dass die Fidesz bei ihnen rund 55,5 Prozent erzielen würde. An den kommenden Wahlen dürften, so schätzt das Blatt, indes ›nur‹ rund zweihundert- bis dreihunderttausend ›Auslandsungarn‹ mitstimmen.

Maßgeblich von Bedeutung für den Aufstieg der Fidesz – und auch der Jobbik – waren die Proteste gegen die sozialistische Regierung im September und Oktober 2006. Die über Wochen anhaltenden Demonstrationen gegen den Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány und die SozialistInnen wurden angeheizt durch extrem rechte Gruppen sowie die Fidesz. Orbán gelang es, die Straße für sich zu gewinnen. Bei den Parlamentswahlen 2010 errang sein Wahlbündnis mit der »Kereszténydemokrata Néppárt« (»Christlich-Demokratische Volkspartei«, KDNP) schließlich 263 der 386 Mandate.

Politisch unterscheidet sich die Fidesz von der Jobbik weniger auf der inhaltlichen Ebene als in der Form der Vermittlung, weswegen sie gemäßigter erscheint. Dabei nutzt die Partei ihre Zweidrittelmehrheit ausgiebig, um die Verfassung und den Staat zu verändern. Orbán baut gezielt seine Macht beziehungsweise die der Fidesz aus. Die Opposition wird systematisch kaltgestellt und KritikerInnen werden mit einem neuen Mediengesetz mundtot gemacht. An allen wichtigen Stellen im Staat platziert die Partei ihre Leute, sobald die vorherigen AmtsinhaberInnen oder Angestellten pensioniert oder entlassen wurden. Demokratie geht anders – Ungarn verwandelt sich in eine Autokratie.



Fidesz & EVP

Die Fidesz ist auf europäischer Ebene Mitglied der »Europäischen Volkspartei« (EVP) – gemeinsam mit der CDU und CSU wie auch der französischen Partei von Nicolas Sarkozy. Nicht dabei ist die britische konservative Partei, die in der nationalkonservativen Fraktion »Europäische Konservative und Reformisten« organisiert ist, gemeinsam mit dem einzigen Abgeordneten der »Magyar Demokrata Fórum« (»Ungarische Demokratische Forum«, MDF) im EU-Parlament. Diese Gruppe gilt explizit als europakritisch, während die EVP die europafreundliche konservative Fraktion ist. Der stete Wandel nach rechtsaußen wird im Übrigen von den EVP-Parteien nicht oder nur sehr verhalten kommentiert. Gleichwohl findet auch die europafeindliche Rhetorik, die Orbán und die Fidesz im Heimatland anschlagen, dort keine oder nur sehr verhaltene Kritik. Einzig der Tonfall zum Systemumbau hat sich seit Amtsantritt verändert, was offensichtlich ist in den Kommentaren von Elmar Brok, der für die CDU im Europaparlament sitzt und Präsident des »Deutsch-Ungarischen Forums« ist. Zeigte er anfänglich nur sacht tadelnde Worte für das neue Mediengesetz, spricht er heute davon, dass manche Ausführungen der neuen Verfassung »nicht kompatibel« mit den europäischen Werten seien. Am 25. April 2012 entschied die EU-Kommission, die ungarische Regierung vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu verklagen, wegen Verletzung der EU-Verträge beziehungsweise wegen Nichtachtung der im »Vertrag über die Europäische Union« konkretisierten Werte – konkret beanstandet wird die fehlende Unabhängigkeit der Justiz und des Datenschutzbeauftragten. Vom Mediengesetz ist keine Rede. Orbán sieht dem Verfahren sicherlich entspannt entgegen, denn die EU hat gleichzeitig den Weg zu Verhandlungen mit dem »Internationalen Währungsfonds« (IWF) über milliardenschwere Finanzhilfen frei gemacht – für das wirtschaftliche Überleben des Landes, aber auch für das politische Überleben Orbáns sind sie dringend notwendig.

^ große Bilder: Heldenverehrung in Ungarn
kleine v. o. n. u.: »Ungarische Garde«; Jobbik für die ganze Familie; Nazis zum Heldengedenktag; Fidesz-Chef Viktor Orbán

Chronik des ungarischen Wandels

1988
30. März: Der »Fiatal Demokraták Szövetsége« (»Bund Junger Demokraten«, Fidesz) wird als liberale Partei gegründet. Vorsitzender wird der 24-jährige Viktor Orbán.

1989
23. Oktober: Am Jahrestag des »Ungarischen Volksaufstands« von 1956 wird die Republik ausgerufen.

1990
8. April: Bei den ersten Parlamentswahlen erringt die Fidesz im zweiten Wahlgang 24 der 386 Mandate. Das nationalkonservative »Magyar Demokrata Fórum« (»Ungarisches Demokratisches Forum«, MDF) wird mit 164 Abgeordneten stärkste Partei im Parlament. Die radikal-konservative »Független Kisgazda-, Földmunkás- és Polgári Párt« (»Unabhängige Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums«, FKgP) erhält 44 Sitze.

1993
5. August: Gründung der extrem rechten »Magyar Igazság és Élet Pártja« (»Ungarische Partei der Wahrheit und des Lebens«, MIEP) durch István Csurka.
4. September: Wiederbestattung von Reichsverweser Miklós Horthy in der ostungarischen Kleinstadt Kenderes im Beisein von 50.000 Menschen. Er hat bis zu seiner Abdankung 1944 mit dem Nationalsozialismus kollaboriert.

1994
29. Mai: Bei den zweiten Parlamentswahlen entfallen nur noch 38 Sitze auf die MDF, 20 auf die Fidesz, 26 auf die FKgP. Die Partei schwenkt von liberalen auf konservative Positionen um.

1995
April: Fidesz benennt sich um in »Fidesz – Ungarische Bürgerliche Partei« (Fiatal Demokraták Szövetsége – Magyar Polgári Párt, Fidesz-MPP).

1998
24. Mai: Nach der zweiten Runde der Parlamentswahlen erhält das Wahlbündnis von Fidesz, MDF und FKgP 55 Prozent der Stimmen und 213 Mandate. Gemeinsam bilden sie eine Regierung unter Viktor Orbán. István Csurka zieht für die MIEP ins Parlament ein.

2000
1. Januar: Überführung der »Stephanskrone« (»Szent Korona«, dt. »Heilige Krone«) ins Parlament. Bei ihr handelt es sich angeblich um die Krone des ungarischen Nationalheiligen Stephan I.. Sie gilt als Symbol der ungarischen Einheit. Zuletzt hatte die Krone dort unter dem Regime der faschistischen »Nyilaskeresztes Párt – Hungarista Mozgalom« (»Pfeilkreuzlerpartei – Hungaristische Bewegung«) ihren Platz. Deren Führer Ferenc Szálasi hatte am 4. November 1944 seinen Eid als »Führer der Nation« auf sie abgelegt.
9. November: Fidesz-MPP wird assoziiertes Mitglied der Europäischen Volkspartei« (EVP). Zuvor war sie aus der »Liberalen Internationale« ausgetreten.

2001
19. Juni: Die Regierung verabschiedet das »Gesetz über die ungarischen Minderheiten im Ausland« (»Statusgesetz«). Es garantiert Auslandsungarn Vergünstigungen. Wer davon profitieren will, muss einen »Ungarnausweis« besitzen, den nur bekommt, wer sich zur ungarischen Nation bekennt und eine Empfehlung einer ungarischen Organisation aus seinem Wohnort vorweist. Unter der Folgeregierung wird das Gesetz europäischem Recht angeglichen.

2002
21. April: Nach der zweiten Runde der Parlamentswahlen erhält das Wahlbündnis von Fidesz und MDF 188 Mandate (164 / 24) und verliert die Macht. Die neue Regierung übernimmt eine Koalition aus der sozialdemokratischen »Magyar Szocialista Párt« (»Ungarische Sozialistische Partei«, MSZP) und dem linksliberalen »Szabad Demokraták Szövetsége« (»Bund Freier Demokraten«, SZDSZ). Als Reaktion auf die Wahlniederlage ruft Fidesz zur Gründung von »polgári körök« (»Bürgerkreise«) auf, als Form lokaler Unterstützung. So gelingt es, eine außerparlamentarische Opposition zu institutionalisieren.

2003
17. Mai: Die Fidesz benennt sich in »Fidesz – Magyar Polgári Szövetség« (Fidesz – Ungarischer Bürgerlicher Bund, Fidesz-MPSZ) um.
24. Oktober: »Jobbik Magyarországért Mozgalom« (»Bewegung für ein besseres Ungarn«, Jobbik) wird als Partei gegründet. Sie existierte seit 2002 unter dem Namen »Jobboldali Ifjúsági Közösség – Jobbik« als Gruppe für katholische und protestantische StudentInnen. Parteivorsitzender ist Gábor Vona.

2004
13. Juni: Bei der Wahl zum Europäischen Parlament (EP) erhält die Fidesz 47,4 Prozent der Stimmen und entsendet 12 Abgeordneten nach Straßburg. Die MDF bekommt 5,3 Prozent und ein Mandat.

2006
23. April: Nach der zweiten Runde der Parlamentswahlen erhält das Wahlbündnis aus Fidesz und der »Kereszténydemokrata Néppárt« (»Christlich-Demokratische Volkspartei«, KDNP) 164 Sitze. Unter dem Namen »MIÉP-Jobbik a Harmadik Út pártszövetség« (»MIÉP-Jobbik, Dritte Weg Allianz«) treten auch die Parteien Jobbik und MIÉP an und scheitern.
26. Mai: Auf einer Fraktionssitzung der Regierungspartei MSZP betont Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány, dass angesichts des Haushaltsdefizits und entgegen den Wahlversprechen gespart werden müsse.
17. September: Teile der Rede vom 26. Mai werden unter dem Schlagwort »Lügenrede« öffentlich. In den folgenden Tagen und Wochen kommt es zu friedlichen und gewalttätigen Protesten aus dem rechten/extrem rechten Lager, an denen sich Fidesz beteiligt.

2007:
25. August: Gründung der »Magyar Gárda« (»Ungarische Garde«) aus der Jobbik heraus auf der Budapester Burg. Dabei werden 56 Männer vor dem Amtssitz des Staatspräsidenten László Sólyom als Gardisten vereidigt. Vorsitzender des Trägervereins ist Gábor Vona. Die »Garde« versucht sich als Schutzmacht von MagyarInnen gegen Roma zu inszenieren.

2008
16. Dezember: Der Trägerverein der »Magyar Gárda« wird vom Budapester Stadtgericht verboten.

2009
7. Juni: Bei der Wahl zum EP erhält die Fidesz-KDNP 56,4 Prozent der Stimmen und erringt 14 Mandate. Jobbik erhält 14,8 Prozent und drei Mandate.

2010
25. April: Nach der zweiten Runde der Parlamentswahlen hat die Fidesz-KDNP 263 der 386 Mandate. Damit hat das Bündnis eine Zweidrittel-

mehrheit im Parlament. Die Jobbik schneidet mit 12,18 Prozent und 47 Mandaten als drittstärkste Kraft ab.
25. Mai: Mit einer Zweidrittelmehrheit verabschiedet das Parlament die erste Verfassungsänderung. Das Parlament hat ab 2014 statt 386 nur noch 199 Sitze.
26. Mai: Das Parlament verabschiedet das Gesetz über die doppelte Staatsangehörigkeit, demnach können ab August 2010 diejenigen die ungarische Staatsangehörigkeit beantragen, die ungarische Vorfahren haben und der Sprache mächtig sind.
31. Mai: Das Parlament erklärt den Tag der Unterzeichnung des Vertrages von Trianon, den 4. Juni 1920, zum Gedenktag, dem »Tag der nationalen Einheit«.
1. Juni: Das Parlament beschließt eine Neuregelung des »Gesetzes über die Rechtsstellung der Regierungsbediensteten«, die nun ohne Begründung ihres Postens enthoben werden können. Die nach Reklamation durch den Staatspräsidenten modifizierte Fassung wird vom Verfassungsgericht am 15. Februar 2011 als verfassungswidrig erklärt. Ausgesprochene Kündigungen werden nicht zurückgenommen. Am 5. April 2011 verabschiedet es ein weiteres unter Orbán beschlossenes Gesetz, wonach Angestellte im öffentlichen Dienst jederzeit entlassen werden konnten.
8. Juni: Das Parlament beschließt eine Ergänzung des Strafgesetzbuchs, so dass neben der Leugnung der NS-Verbrechen auch die Leugnung von Verbrechen im Kommunismus strafbar ist.
8. Juni: Die Regierung stellt ihr Wirtschaftsprogramm vor. Ungarn soll keinen »spekulativen«, sondern einen »produzierenden Kapitalismus« verfolgen. Banken sollen eine Sondersteuer zahlen und die Einkommenssteuer soll auf 16 Prozent gesenkt werden.
14. Juni: Das Parlament beschließt die »Politische Deklaration über Nationale Zusammenarbeit«, die in allen staatlichen Dienststellen ausgehängt werden muss. Darin heißt es: »Die ungarische Nation hat bis zum Frühjahr 2010 ihre Lebenskraft wieder gesammelt und eine Revolution in den Wahlkabinen vollbracht. [...] Das Parlament erklärt, dass bei den Wahlen im April ein neuer Gesellschaftsvertrag zustande gekommen ist, mit dem die Ungarn die Gründung eines neuen Systems, des ›Systems der Nationalen Zusammenarbeit‹ beschlossen haben.«
5. Juli: Das Parlament beschließt eine Änderung des Nominierungsverfahrens von Verfassungsrichtern. Sie erlaubt es, KandidatInnen ohne Zustimmung der Opposition zu benennen.
22. Juli: Die Regierungsbehörden für Rundfunk und Fernsehen sowie für Telekommunikation werden in einer »Nationalen Medien- und Telekommunikationsbehörde« zusammengefasst und unterliegen der Kontrolle der Regierung.
3. Oktober: Bei den Kommunalwahlen gewinnt Fidesz in fast allen Wahlbezirken. Vielerorts wird Jobbik zweitstärkste Partei.
21. Dezember: Mit der Verabschiedung eines neuen Mediengesetzes wird ein »Medienrat« eingerichtet. Dieser kontrolliert unter hoher Strafandrohung, ob eine »ausgewogene« Medienberichterstattung erfolgt und keine »Verletzung der allgemeinen Moral« stattfindet. Grundlegende Prinzipien der Pressefreiheit, zum Beispiel der Schutz von InformantInnen und das Redaktionsgeheimnis, werden abgeschafft.

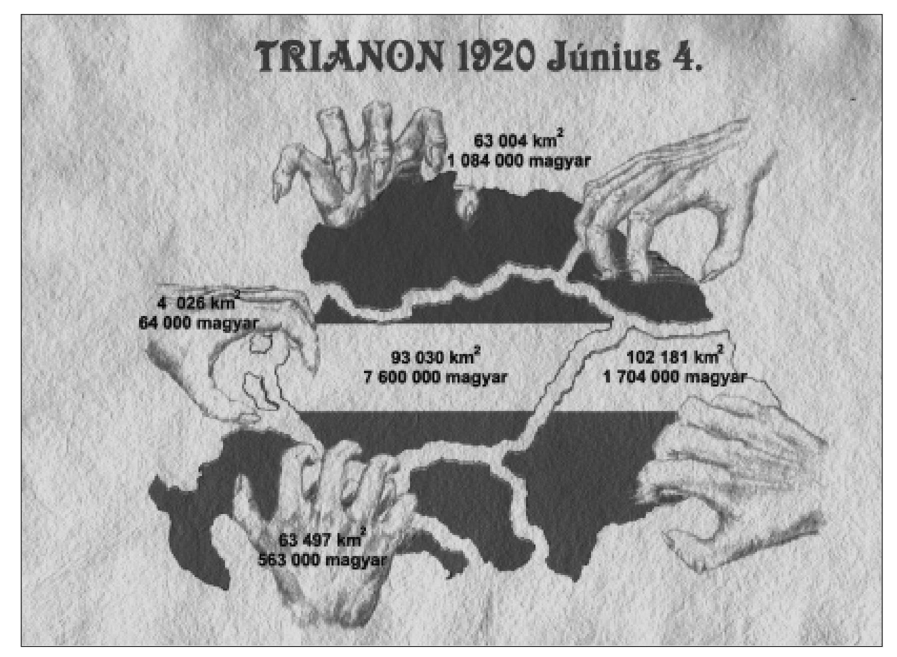
2011
4. April: Um sich die Möglichkeit einer Neubesetzung der RichterInnen und StaatsanwältInnen zu ermöglichen, senkt die Regierung das Pensionsalter auf 62 Jahre, um es anschließend auf 65 zu erhöhen.
18. April: Das Parlament beschließt eine neue Verfassung. Der Begriff der »Republik« wird gestrichen, das Weltbild der »Fidesz« findet Einzug in die Präambel.
6. Juli: In einer ersten Entlassungswelle werden 550 JournalistInnen der öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehanstalten aus dem Dienst entfernt.
11. Juli: Das Parlament beschließt ein neues Kirchengesetz, mit dem Hürden für eine Wieder- oder Neuzulassung religiöser Gemeinschaften angehoben werden. Gleichzeitig werden die anerkannten Religionsgemeinschaften von 358 auf 14 reduziert. Es wird als »3-Klassen-System« klassifiziert und gilt als Kniefall vor dem Klerus.
9. September: Als Reaktion auf die wirtschaftlichen Probleme verabschiedet das Parlament ein »Gesetz über Fremdwährungskredite«. Damit wird die vorzeitige Tilgung solcher Kredite zu einem festgelegten Wechselkurs ermöglicht, der indes deutlich unter dem der internationalen Finanzmärkte liegt. Banken, Finanzexperten und »Europäische Zentralbank« kritisieren dies als Eingriff in geltende Verträge.
16. September: Anhebung der Mehrwertsteuer von 25 auf 27 Prozent – erst 2009 war sie von 20 auf 25 Prozent erhöht worden.
6. Oktober: Der Oberbürgermeister von Budapest, István Tarlós (Fidesz), ernennt den einschlägig als extrem rechts bekannten György Dörner zum Leiter des »Neuen Theaters«; Intendant soll István Csurka werden. Nach Protesten zieht Tarlós seinen Vorschlag zurück.
21. Oktober: Die Regierung beschließt den »Kossuth Lajos«-Platz vor dem Parlament umzugestalten. Dafür sollen unter anderem die die Statuen Attila Józsefs und Mihály Károlyis, die für das linksliberale historische Erbe stehen, entfernt werden. Überall im Land finden ähnliche Aktionen statt.
14. November: 400 JournalistInnen der öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehanstalten werden entlassen.
12. November: Das Parlament beschließt eine Neufassung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten. Unter anderem können Obdachlose mit einem Bußgeld oder Haft bestraft werden, sobald sie innerhalb eines halben Jahres zwei Mal beim Kampieren auf der Straße erwischt werden.
13. Dezember: Das ungarische Parlament verabschiedet ein neues Arbeitsgesetz, das am 1. Juli 2012 in Kraft treten soll. KritikerInnen sehen es als Schritt in Richtung »Untertanenstaat«, der die ArbeitnehmerInnen entrechtet.
19. Dezember: Das Mediengesetz wird vom Verfassungsgericht für teilweise verfassungswidrig erklärt – bis Mai 2012 muss es überarbeitet werden.
30. Dezember: Das Parlament erklärt die oppositionelle MSZP zur Rechtsnachfolgerin der einstigen kommunistischen Partei »Magyar Szocialista Munkáspárt« (»Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei«, USAP).
30. Dezember: Das Parlament beschließt die Reform der »Ungarischen Nationalbank«. KritikerInnen fürchten den Verlust ihrer Unabhängigkeit.

2012
1. Januar: Ungarns neue Verfassung tritt in Kraft.
2. Januar: 100.000 Menschen demonstrieren in Budapest gegen die Regierung.
17. Januar: Die EU-Kommission strengt drei Verfahren wegen Verletzung von EU-Recht gegen Ungarn an. Es geht um die Unabhängigkeit der Zentralbank und der Datenschutzbehörde sowie um die Senkung des Pensionsalters von RichterInnen.
7. März: Die EU-Kommission treibt zwei Vertragsverletzungsverfahren (Unabhängigkeit der Datenschutzbeauftragten, Senkung des Pensionsalters) voran.
15. März: Anlässlich des Nationalfeiertags kommt es in Budapest zu Massendemonstrationen. Zur Unterstützung der Regierung rufen ›national gesinnte‹ Medien zum »Friedensmarsch für Ungarn« auf. Vor dem Parlamentsgebäude versammeln sich etwa 200.000 UnterstützerInnen Orbáns.
17. März: 100 neue Angehörige der verbotenen »Ungarischen Garde« marschieren unter dem Namen »Ungarische Nationale Garde« auf und werden vereidigt.
3. April: Am 130. Jahrestag des berüchtigten Ritualmordprozesses von Tiszaeszlár hält der Abgeordnete Zsolt Baráth (Jobbik) im Parlament eine antisemitische Hetzrede über die damaligen Ereignisse, hinter der er die »Macht der ›Neuen Weltordnung‹« sieht.
10. April: Der Abgeordnete Adám Mirkóczki (Jobbik) bringt einen Gesetzentwurf»Nötige Gesetzesänderungen zur Zurückdrängung gewisser sexueller Verhaltensstörungen« ein, das sich gegen Homosexuelle richtet.
25. April: Die EU-Kommission entscheidet hinsichtlich der beiden zuletzt genannten Punkte, Klage gegen Ungarn vor dem »Europäischen Gerichtshof« zu erheben.

Ungarns Versailles

Der Vertrag von Trianon, der 1920 im Schloss Grand Trianon bei Paris abgeschlossen wurde, regelte nach dem Ersten Weltkrieg die Zukunft Ungarns. Das Land war nun von Österreich abgespalten und schrumpfte auf ein Drittel des bisherigen Staatsgebietes zusammen.

von Barbara Manthe



Guillotinen, die auf das ungarische Reich herabfallen, um es zu zerteilen, gierige Hände, die sich am zerstückelten Ungarn bedienen oder eine ans Kreuz genagelte Nation – die Motive, mit denen in Ungarn an das Abkommen von Trianon erinnert wird, sind ebenso vielfältig wie drastisch anzusehen. Neue und alte Denkmäler, welche die Vertragsunterzeichnung bei Paris und ihre Folgen thematisieren, finden sich an vielen Orten im Land. Der Friedensvertrag von Trianon aus dem Jahr 1920 war einer der Pariser Vorortverträge, welche die europäische Staatenlandschaft nach dem Ersten Weltkrieg regelten. Das Königreich Ungarn, das im Ersten Weltkrieg als Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie auf Seiten Deutschlands gekämpft hatte, musste mehr als zwei Drittel seines Territoriums abtreten, unter anderem an Rumänien und die neu gegründete Tschechoslowakei. Die Anzahl der in Ungarn lebenden Menschen verkleinerte sich mit dem Abkommen von 18,2 auf 7,6 Millionen. Von den knapp zehn Millionen Magyaren und Magyarinnen lebte nun etwa ein Drittel außerhalb Ungarns. Der Vertrag regelte darüber hinaus die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, begrenzte die Armee auf 35.000 Mann und verpflichtete Ungarn zu Wiedergutmachungszahlungen.

»Nem, nem, soha!« – »Nein, nein, niemals!«

Es verwundert nicht, dass diese fundamentalen Änderungen in der Territorial- und Bevölkerungsstruktur Ungarns heftige politische Reaktionen im Land auslösten: Mit dem Tag der Unterzeichnung begann auch die Ablehnung der festgelegten Ergebnisse, was damit vergleichbar ist, wie die deutsche Öffentlichkeit in der Zwischenkriegszeit mit dem Vertrag von Versailles umging. Ähnlich wie unterschiedlichste politische Kräfte in der Weimarer Republik den Versailler Frieden als Symbol für nationale Demütigung und Objekt politischer Agitation nutzten, galt in der ungarischen Gesellschaft der Vertrag von 1920 als nationale Tragödie.

Das autoritäre Regime unter Admiral Miklós Horthy, das von 1920 bis 1944 bestand, produzierte und trug die Forderung der politischen Rechten, die durch Trianon gezogenen Grenzen zu revidieren, wenngleich die Regierung das Abkommen anerkannt hatte. Auch andere politische Strömungen lehnten den Vertrag ab, allerdings mit unterschiedlichen Ansinnen. Die sozialdemokratische und liberale Opposition etwa verlangte, diejenigen Gebiete wieder einzugliedern, in denen eine vornehmlich magyarische Bevölkerung lebte. Vor allem diese ›ethnische‹ Frage sowie die Forderung nach der Rückgewinnung der ehemals magyarischen Gebiete gewannen an Bedeutung, galten sie doch als Garant nationaler Einheit.

»Nem, nem, soha!« (»Nein, nein, niemals!«) – niemals die neue Situation zu akzeptieren, war Motto der revisionistischen Politik, die darauf abzielte, das historische Reich wieder herzustellen. Außenpolitisch stellten solche Parolen die Existenz von Staaten wie der Tschechoslowakei in Frage, deren Legitimation die Pariser Verträge maßgeblich fixiert hatten. Die Forderung nach der Revision der nach 1918 festgelegten europäischen Grenzen war ein Übereinstimmungsmerkmal mit den politischen Zielen der Nationalsozialisten, was eine spätere Annäherung zwischen dem NS-Deutschland und dem Horthy-Regime erleichterte.

Trianon im aktuellen Diskurs

Während das Abkommen in der kommunistischen Ära zwischen 1945 und 1989 keine bedeutsame Rolle spielte, ist es heute wieder Thema in ungarischen Debatten. Für die neue rechtsgerichtete Regierung unter Viktor Orbán stellt Trianon einen relevanten Bezugspunkt dar. Wenige Wochen nach den Parlamentswahlen im Frühjahr 2010 erklärte das neue Parlament das Datum der Unterzeichnung des Vertrags, den 4. Juni, zum »Tag der nationalen Einheit« – exakt 90 Jahre später. Das Gesetz bezeichnet das Abkommen mehrmals als »Diktatfrieden«, eine Formulierung, die auch für den Versailler Vertrag gängig war. Auch die neue ungarische Verfassung, die am 1. Januar 2012 in Kraft trat, enthält Anspielungen auf den Vertrag von Trianon, wenn von der »nationalen Einheit«, der Verantwortung für die außerhalb der Staatsgrenzen lebenden magyarischen Bevölkerung und der »staatlichen Kontinuität Ungarns« die Rede ist.

Der Bezug auf Trianon wirkt bis heute in Ungarn mobilisierend, wenn es um die Verteidigung vermeintlicher nationaler Interessen geht. Als die ungarische Regierung Anfang 2012 wegen der Verletzung demokratischer Grundsätze Konflikte mit der EU-Kommission austrug, gingen 100.000 Menschen in Budapest für die Regierung auf die Straße. Die extrem rechte Wochenzeitung »Magyar Demokrata« (»Die Ungarisch-Demokratische«) titelte zu diesem Anlass »Droht ein neues Trianon?«. Der Friedensvertrag aus dem Jahr 1920 ist in der ungarischen Gesellschaft immer noch ein Symbol für die Einmischung »fremder« Mächte, ein Sinnbild für die Verletzung nationaler ungarischer Interessen, das sich beliebig anwenden lässt, ob für einen geschichtsrevisionistischen Diskurs, EU-feindliche Politik oder für verbales Säbelrasseln gegen die Nachbarstaaten.

Schwacher Kampf für Demokratie

Seit 2010 wird die Orbán-Regierung unter anderem wegen ihrer antidemokratischen Politik kritisiert. Die EU hingegen sorgt sich vor allem um Ökonomisches, Deutschland hält sich zurück.

von Jörg Kronauer

Zsolt Bayer ist kein Mann der leisen Töne. Eine »gehirnamputierte, an Krätze leidende Idiotin« sei Ulrike Lunacek, die außenpolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion im Europaparlament, polterte der Journalist Anfang Februar im ultrarechten ungarischen Privatsender »Echo TV«. Lunacek hatte sich zuvor über die Massendemonstration vom 21. Januar 2012 in Budapest geäußert, mit der Ministerpräsident Viktor Orbán unterstützt wurde. Sie berichtete, dass dort antisemitische Plakate gezeigt worden waren. Das sei eine »stinkende Hurenlüge«, wetterte Bayer, ein langjähriger Freund Orbáns, der sich an der Organisation der Demonstration beteiligt und das Fronttransparent mitgetragen hatte. Und weil er so richtig in Fahrt war, nahm er sich gleich auch noch EU-Kommissarin Neelie Kroes vor. Sie hatte sich zuvor mit Orbáns Regierung angelegt. Kroes sei eine »bemitleidenswerte Idiotin«, sagte Bayer.

Verfassungswidrig

Der Streit um die Politik von Orbán und seiner Partei »Fidesz« schwelt, seitdem Ende 2010 das neue ungarische Mediengesetz europaweit bekannt wurde. KritikerInnen monierten zu Recht, es schränke die Pressefreiheit ein. Linke, linksliberale und sozialdemokratische Medien, Organisationen und PolitikerInnen machten international gegen das Gesetz mobil. Die erste Runde der Auseinandersetzungen ging zu Ende, als die Orbán-Regierung nach einem Anstandsprotest der EU-Kommission mit kosmetischen Gesetzesänderungen einlenkte. Zwar hat das Verfassungsgericht in Budapest mittlerweile festgestellt – peinlich für die EU-Kommission –, dass auch das leicht korrigierte Mediengesetz dem ungarischen Grundgesetz widerspricht. Da es sich aber auf die alte Verfassung bezog und nicht auf die neue, die zum 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist, sind die Konsequenzen gering.

Die neue Verfassung, aber auch weitere Gesetze und Praktiken der Orbán-Regierung, riefen ebenfalls europaweit Ärger hervor. Die EU-Kommission hat mittlerweile drei Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet. Dies betrifft vor allem die Nationalbank, die in EU-Staaten von der nationalen Regierung unabhängig zu sein hat; Budapest muss hier nachbessern. Korrekturen soll es auch auf zwei weiteren Feldern vornehmen: beim Datenschutz und beim Pensionsalter für RichterInnen. Hintergrund ist, dass die eigentümlichen Pensionsregelungen die Entlassung zumindest einiger politisch missliebiger JustizvertreterInnen ermöglichen. Belässt es die ungarische Regierung dabei, will die EU-Kommission beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg klagen. Allerdings reichen die Beschwerden aus Brüssel nicht sonderlich weit. Dabei bedrohe die gesamte Reform Orbáns »die Unabhängigkeit der Justiz«, stellte erst kürzlich ein ExpertInnengremium des Europarats fest – eigentlich wären grundsätzliche Änderungen nötig. Derzeit sieht es allerdings nicht danach aus, dass die EU darauf besteht.

Deutsches Lob

Hintergrund ist nicht zuletzt, dass Budapest ganz offenkundig Rückendeckung aus Berlin erhält. Zwar äußert Außenminister Guido Westerwelle (FDP) offiziell, Ungarn müsse »gegebenenfalls Konformität mit dem europäischen Recht« schaffen. Kritische Erklärungen des Bundestags zur Lage in Ungarn hat die Regierungskoalition jedoch bislang verhindert. »Große Reformen« seien in Budapest angepackt worden, »zum Beispiel der Abbau des Haushaltsdefizits oder die Weiterentwicklung des Rentenversicherungssystems«, erklärte der FDP-Abgeordnete Jens Ackermann lobend. BeobachterInnen weisen darauf hin, dass Deutschland als größter Auslandsinvestor und als größter Handelspartner Ungarns ein spürbares Interesse an gedeihlicher Wirtschaftskooperation hat; das Bedürfnis nach »Investitionsmöglichkeiten« in Ungarn sei unter deutschen Firmen »weiter stark«, bekräftigte vor kurzem der Chef des »Bundesverband der Deutschen Industrie«. Orbán habe praktischerweise einen »Regierungsbeauftragten für ›Audi-Fragen‹« ernannt, überhaupt höre man »von den Großinvestoren auch wenig Klagen«, berichtete im März die deutschsprachige Website »Pester Lloyd«. So hätten sich etwa die deutschen Medienkonzerne, die in Ungarn eine starke Stellung haben, mit dem neuen Mediengesetz bestens arrangiert. Die Bertelsmann-Tochter RTL sei weiterhin Marktführerin.



^ *FDP-Abgeordneter Jens Ackermann*

Das Staatsangehörigkeitsrecht von Deutschland und Ungarn unterscheidet sich nicht sonderlich. In der neuen ungarischen Verfassung wird dieses – wie in Deutschland – per Blut definiert. Auch ist darin vom »Karpatenbecken« die Rede - eine uralte Chiffre dafür, die außerhalb Ungarns ansässigen ungarisch-sprachigen Minderheiten an Budapest anzubinden, zur Zeit sogar noch offensiver als es Deutschland mit den deutschsprachigen Minderheiten in seinen Nachbarstaaten versucht.

Die völkische Orientierung führt nicht nur zu heftigem Streit mit den angrenzenden Ländern, sie radikalisiert sich in der Verfassung auch zu einer mythischen Verehrung der »Heiligen Krone«, wie sie zuletzt vom Horthy-Regime gefördert wurde. All dies – die eigentliche Grundlage für die Gefährdung der Demokratie in Ungarn, aber auch für den grassierenden völkischen Antisemitismus – wird von Brüssel geflissentlich ignoriert. Ausnahmen wie Ulrike Lunacek bestätigen nur die Regel. Und mit Lunacek befasst sich prompt auch Zsolt Bayer. Die Grünen-Politikerin hat ihn inzwischen verklagt. Man darf gespannt sein, was das neue ungarische Mediengesetz dazu sagt.

Ungarn als Vorbild

Fast alle Medien der extremen Rechten in Deutschland loben die ungarische Regierung unter Viktor Orbán. Seine Politik könnte Modell für eine rechtsreformistische Strategie sein.

von Ernst Kovahl



»Ungarn macht Ernst mit der konservativen Revolution«, jubelte das neonazistische Blatt »Zuerst!«. Vor wehenden Fahnen seines Landes grüßte Viktor Orbán vom Cover der Zeitschrift. »Zuerst!«-Chef Manuel Ochsenreiter war extra nach Budapest gefahren, um Land und Regierung ins rechte Licht zu rücken. Interviews mit der Regierungssprecherin Anna Nagy und dem Staatssekretär für Regierungskommunikation Zoltan Kovács sowie ein Besuch bei der neofaschistischen Partei »Jobbik« rundeten das Porträt im April 2011 ab. Mit der neuen Verfassung seien »keine postmodernen Gesellschaftsexperimente« mehr möglich, lobte er: »Für homosexuelle Regenbogenfamilien ist [...] kein Platz.« Ungarn könne Vorbild sein: »Bereits jetzt führen Orbán und seine konservative Partei vor allem die deutschen Christdemokraten [...] ordentlich vor. Denn er zeigt: Sehr wohl kann man auch als Konservativer sein Land wieder umkrempeln, wenn man über eine Mehrheit verfügt. Linksliberale gesellschaftspolitische Experimente lassen sich rückgängig machen.«

Gegen »Fremdbestimmung«

Auch die »Nationalzeitung« (NZ) aus dem Haus des Verlegers Gerhard Frey berichtete nach den Pro-Orbán-Demonstrationen im März 2012 begeistert, »das ungarische Volk [steht] mehrheitlich fest zu seinem Premierminister« (23. März 2012). Ungarns Regierung wehre sich »gegen Fremdbestimmung« durch die »Europäische Union und ausländische Medien«, die Orbán zu einer »Gefahr für die westliche Wertegemeinschaft und deren Errungenschaften« machen würden. Kritik an seiner Politik sei unberechtigt, so die NZ.

Bei der neu-rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) verfolgt man die Entwicklung in Ungarn schon lange mit deutlicher Sympathie. Erst jüngst ergriff hier der österreichische Europaparlamentarier Andreas Mölzer (»Freiheitliche Partei Österreichs«) für die Regierung Partei: »Weil in der politisch korrekten Europäischen Union nicht sein kann, was nicht sein darf, werden nun die unbotmäßigen Ungarn zur Räson gebracht«, kritisierte er das Agieren der EU (16. März 2012). Als Autoren vor Ort hat die JF den Herausgeber der deutschsprachigen »Budapester Zeitung« und der englischsprachigen »Budapest Times« Jan Mainka gewonnen. Mehrfach verteidigte er in der JF die Orbán-Regierung. Zuletzt kritisierte er am 27. Januar 2012 die deutschen Medien, da sie die Pro-Orbán-Demonstrationen nicht gewürdigt hätten: »Meinungspluralismus, objektive Berichterstattung – erneut Fehlanzeige!«, so sein Fazit. Zuvor berichtete er in dramatischem Ton von dem »verzweifelt geführten Kampf der ungarischen Regierung um nationale Unabhängigkeit«, die Regierung durchlebe »die bittersten Stunden ihrer Amtszeit« (13. Januar 2012).

Antikommunismus

»Gegen linksliberalen EU-Zeitgeist« richte sich die neue Verfassung Ungarns, freut sich die JF am 6. Mai 2011. Der JF-Autor Klaus Hornung (CDU) beurteilt die Verfassung positiv: »Dieses Volk und seine Verfassung wird von einem geschichtlichen Selbstbewusstsein geprägt, das sich in schweren geschichtlichen Erfahrungen gebildet hat, von dem Kampf gegen die Türkenherrschaft vor dreihundert Jahren bis hin zur Rebellion gegen das Sowjetimperium. Eine solche Nation kann nur als Gewinn für das heutige Europa verstanden und gewürdigt werden.« Und weiter: »Die nationalkonservative Tradition kommt [...] darin zum Ausdruck, dass die Verfassungspräambel ausdrücklich Familie und Nation als den wichtigsten Rahmen des Zusammenlebens bezeichnet.« Das stoße »natürlich bei weiten Teilen der meinungsbildenden Schichten in Europa« auf Kritik. »Hier, wo man längst Homosexualität, Singletum und Alleinerziehung zum fortschrittlich-demokratischen Wertesystem rechnet«, so ekelt er sich, »ist man natürlich mit dem Vorwurf leicht bei der Hand, die neue ungarische Verfassung sei undemokratisch, wenn nicht gleich reaktionär oder antidemokratisch«. Gerade der harte Antikommunismus Orbáns begeistert deutsche Rechte.

Auch der verschwörungstheoretische »Kopp Verlag« verteidigt Ungarns Regierung. In einem Artikel vom 30. März 2012 (»Kulturrevolution: Warum Ungarn auf der EU-Abschussliste steht«) stellt sich Autor Ralph Studer hinter Orbán. Dessen Umgestaltung des Landes sei richtig und werde von »linken und liberalen Journalisten« absichtlich falsch dargestellt. »Die wahren Gründe für den Angriff auf Ungarns Regierung« lägen im »Kulturkampf auf europäischer Ebene« zwischen den Verteidigern der Nationalstaaten einerseits und »Grünen, Sozialisten, Kommunisten und Liberalen« andererseits. Orbán sei »ein Mann, der gegen das kommunistische Regime kämpfte und seinen Teil für ein demokratisches Ungarn geleistet hat«, lobt Studer. Doch er solle »zu Fall gebracht werden«, bangt er (2. April 2012). Aufgrund seiner »werteorientierten Politik« sei er »zum Angriffsziel nicht nur der EU-Kommission, sondern vor allem auch der politisch korrekten Macht- und Medienelite geworden«.

Rechtsbündnis?

Das Bündnis zwischen extremer Rechter mit demokratischem Anstrich und offen faschistischen Kräften, der Abbau von Demokratie sowie der Aufbau eines autoritären Staates, der gegen Minderheiten vorgeht und völkische Ideologie in Gesetze gießt, ist für die extreme Rechte in Deutschland interessant. Denn eine solche Option zur Erringung der Staatsmacht und für eine rechte Realpolitik ist hier zwischen rechten Kleinstparteien, zersplitterter NS-Szene und Subkultur einerseits sowie der Merkel-CDU andererseits nicht denkbar.

»Freiheit statt Scharia«

Im dänischen Århus fand die erste europäische »Anti-Dschihad«-Kundgebung statt. Diese sollte als der Beginn des gemeinsamen Widerstandes gegen die Islamisierung in die Geschichte eingehen, so der Sprecher der »German Defence League« (GDL), Andre Sachsen.

von Andreas Speit



Sie feiern sich. Nach der ersten europäischen »Anti-Dschihad«-Kundgebung im dänischen Århus haben die deutschen Beteiligten verschiedenste Videos ins Internet gestellt. Die Botschaft des bayrischen Vorsitzenden der »Freiheit«, Michael Stürzenberger, und des Sprechers der »German Defence League« (GDL), Andre Sachsen: »Wir werden nicht aufgeben« – »never surrender«.

Der Star der Kundgebung mitten in der Stadt war an jenem Samstag »Tommy Robinson«, Anführer der »English Defence League« (EDL), der eigentlich Stephen Yaxley-Lennon heißt. »Tommy, Tommy, Tommy«, skandierten die TeilnehmerInnen bei strahlendem Sonnenschein und kaltem Wind im Mollepark. Lässig winkte Robinson, dessen EDL allen elf beteiligten Initiativen als vorbildlich gilt, den Zuspruch ab. »Das ist heute ein historischer Tag. Die Bewegung wächst. Wir sind im Krieg gegen den Islamismus. Wir werden siegen«, erklärte er. Eine große Selbstaufwertung und starke Selbstzuschreibung – trotz der geringen Beteiligung. Rund 200 TeilnehmerInnen, die aus neun Ländern kamen, waren vor Ort.

In dem Park störten sich die selbsternannten FreiheitskämpferInnen aber nicht an der geringen TeilnehmerInnenzahl.

Den Park hatte die Polizei trotz Protests kaum abgeriegelt. Zwischen den TeilnehmerInnen waren so auch ParkbesucherInnen, die zufällig vorbei kamen, Obdachlose, die sich dort trafen, und JournalistInnen, die berichteten. Unermüdlich sagte eine Frau aus München allen, die sie ansprechen konnte: »Wir sind keine Rassisten, der Islam ist aber ein politisches Programm der Weltbeherrschung.« Ein Mann aus Frankfurt am Main ergänzte: »Mit dem Koran haben die eine Rechtfertigung uns zu töten.« Die Frau, elegant gekleidet, mit Yves Saint Laurent–Tasche, stimmte dem Mann, schlicht angezogen, zu. Mit Nazis hätten sie aber nichts gemein. Dass die 2009 von Kevin Carroll initiierte EDL aus dem rechtsaffinen Hooligan-Milieu kommt, löste bei der Gruppe um Stürzenberger keine Berührungsängste aus. Zur EDL meinte ein weiterer Mann aus der Gruppe: »Die haben da eine andere Situation. Halb London ist in der Hand von Islamisten.« Auch Robinson und Carroll wollten sich nicht als »Nazis« einordnen lassen. »EDL hate Nazis & Islamists« prangte auf ihren T-Shirts. Der Look ihrer Begleiter karikierte diese Message. Die Anhänger der »Danish Defence League« (DDL) und der »Norwegischen Defence League« (NDL), in der der antiislamistisch-rechtsradikale Massenmörder Anders Behring Breivik mitgewirkt hatte, verleugneten sich nicht durch ihren Stil und Habitus: Sie traten vermummt auf.

Im Park trübte selbst die schlechte Organisation durch die DDL nicht die Stimmung. Lange musste auf eine Lautsprecheranlage gewartet werden – vielleicht, weil der Verantwortliche der DDL, Kasper Mortensen, nicht erscheinen konnte. Vor wenigen Wochen war er von der Polizei wegen eines bewaffneten Angriffs auf einen Türsteher verhaftet worden. Philipp Trauelsen, der früher bei der Neonazigruppe »Danmarks Nationale Front« auffiel, sprang ein. Ein Redner aus Dänemark kam ebenso aus dem Neonazi-Milieu: Lars Grønbæk Larsen. Er war einst im Umfeld der neonazistischen »Dansk Front« aktiv. Nach über einer Stunde Wartezeit eröffnete Freja Lindgren von der DDL auf einem Abschleppwagen und durch ein Megaphon die Kundgebung. Nach der Rede sagte sie im Interview, Århus sei für alle Beteiligten »am günstigsten« zu erreichen gewesen und führte dann zu den eigenen Beweggründen aus: »Mein Vater war im Widerstand gegen die deutschen Besatzer, ich bin es gegen die neuen Besatzer.« Diese Stadt dürfte die DDL auch ausgewählt haben, da sie hier eine größere AnhängerInnenschaft hat. Große eigene Aktionen veranstaltete die DDL bisher nicht. Umso zufriedener schaute Lindgren, die mit Basecap, Sonnenbrille und etwas abgetragener Pelzjacke erschienen war, auf die TeilnehmerInnen mit Transparenten gegen den Islam sowie Westen mit dem Aufdruck »Freiheit statt Scharia«. Nicht nur sie erfreute Robinsons Ansage: »Wir sind auch hier, um euch zu unterstützen.« Karl-Michael Merkel alias Michael Mannheimer warnte wie alle, die »Islamisten« wollten »uns töten«. Die Aussage kam an, weniger der Auftritt. Denn bevor Lindgren eröffnet hatte, hatte Mannheimer, der für »Politically Incorrect« (PI) schreibt, zu reden begonnen. Die Aussagen der Reden waren immer dieselben. Mit dem Koran in der Hand warnte Stürzenberger vor diesem Werk: »das gefährlichste Buch der Welt«. Bevor er sprach, schwenkte er eine Israelfahne. »Israel steht in der direkten Frontlinie zum Dschihad«, erklärte der Ex-CSUler und schimpfte dann per Megaphon über die »Linksfaschisten« und »Antidemokraten«. »Da hinten stehen sie«, sagte er und zeigte auf die GegendemonstrantInnen.

Eine Stunde vor der antiislamischen Kundgebung hatten sich an die 5.000 DemonstrantInnen unter dem Motto »Vielfalt für Århus« am Rathaus versammelt. Ein breites Bündnis hatte zu der Aktion aufgerufen. Nach einer Demonstration waren viele GegnerInnen in den Park gekommen. Vereinzelt flogen Flaschen und Steine – Anlass für EDL- und DDL-Anhänger, loszustürmen. Beamte in Zivil stoppten sie. Als DemonstrantInnen näher herankamen, schlugen die Islamfeinde auf sie ein. Erneut schritt die Polizei ein, nahm eine Person fest. Am Ende der Kundgebung wollten die letzten »Anti-Dschihad«-TeilnehmerInnen mit einen Bus wegfahren. Steine und Flaschen beschädigten den Bus. An die 80 Personen kamen in Gewahrsam. »Viel Feind, viel Ehr«, hieß es danach auf der GDL-Website.

^ *Michael Stürzenberger*

Die Justiz und politischer Wahnsinn

Bei zwei Anschlägen am 22. Juli 2011 ermordete der Norweger Anders Behring Breivik 77 Menschen, hauptsächlich Kinder und junge SozialdemokratInnen, und verletzte 151 Menschen schwer. Am 16. April 2012 begann in Oslo der Prozess gegen den 33-Jährigen – im Mittelpunkt steht die Frage, ob er zurechnungsfähig ist oder nicht.

von Stein Lillevolden

Ist Breivik ein irrer Phantast mit massiven Wahnvorstellungen von einer »muslimischen Invasion« und der »Islamisierung« des Westens? Oder ist er ein bewusst zynischer und strategisch denkender Rechter mit klaren politischen Zielen, wie er sie in seinem 1.518 Seiten umfassenden Manifest »2083: A European Declaration of Independence« beschrieben hat? Diese Debatte begann direkt nach den Anschlägen im Juli 2011. Der psychiatrische Fokus – anstatt eines politischen – hängt mit der Unfassbarkeit der Tat zusammen, wie ein ›normaler‹ Mensch junge Leute so systematisch hinrichten konnte, um sie wegen ›Landesverrats‹ zu bestrafen und um sie daran zu hindern, die zukünftigen politischen FührerInnen eines »multikulturellen marxistischen« Norwegens zu werden.

Zurechnungsfähigkeit

Dass diese Debatte auch im Kontext des Prozesses von Bedeutung wurde, hängt zum großen Teil mit den Prinzipien der norwegischen Gesetzgebung zusammen und mit der Frage, was »strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit« ist und welche Rolle die Rechtspsychiatrie in schweren Strafsachen spielt. Norwegen ist eines der wenigen Länder in der Welt (womöglich das einzige), wo eine Diagnose auf Psychose im Tataugenblick ausreicht, um für strafunfähig erklärt und in eine psychiatrische Behandlung überstellt zu werden. In den meisten anderen Ländern muss hingegen ein Ursachenzusammenhang zwischen Diagnose und Handlung nachgewiesen werden. Dies bedeutet, dass den psychiatrischen GutachterInnen in der norwegischen Rechtspraxis großer Einfluss eingeräumt wird. Ein Täter, der ›psychotisch‹, ›stark psychisch entwicklungsgestört‹ oder ›stark geistesgestört‹ ist, kann in Norwegen nicht bestraft werden, sondern wird direkt in eine psychiatrische Behandlung überführt.

Die Debatte der Zurechnungsfähigkeit hat in Norwegen eine lange Geschichte. Sie geht bis auf die erste norwegische Strafgesetzgebung nach der Unabhängigkeit von Schweden im Jahr 1905 zurück. Und sie wird angeheizt durch einige umstrittene Urteile. Zum Beispiel wurden bei dem mit Nazi-Deutschland kollaborierenden Schriftsteller Knut Hamsun nach dem Zweiten Weltkrieg »wahrlich geschwächte Seeleneigenschaften« diagnostiziert, um ihn vor einem Urteil wegen Landesverrates und damit vor einem möglichen Todesurteil zu retten. So rettete sich auch der führende Antisemit und Scharfrichter des faschistischen Regimes von Vidkun Quisling, Justizminister Sverre Riisnæs, vor seiner Hinrichtung, indem er während des Prozesses ›geisteskrank‹ spielte. Er wurde in eine psychiatrische Klinik überführt, wo er dann einige Jahre später wieder auf wundersame Weise gesundete. »Geisteskranker Mann zur rechten Zeit« lautet das historische Urteil über seine Krankheitsgeschichte.

Paranoid schizophren

Im Dezember 2011 zog die psychiatrische Kommission den Schluss, Breivik sei paranoid schizophren und nicht zurechnungsfähig – und könne deshalb für seine Tat nicht rechtlich verantwortlich sein. Dies bedeutet prinzipiell, dass er irgendwann in der Zukunft aus der Psychiatrie entlassen werden könnte, wenn er nach einer Behandlung als gesund befunden würde – was insbesondere deshalb zu einer heftigen Debatte führte, weil öffentlich wurde, dass Breivik in dem angewandten bekannten psychiatrischen Test »Global Assessment of Functioning« nur zwei von insgesamt 100 Punkten erhielt. Mit 60 Punkten, heißt es, wäre ein Mensch arbeitsunfähig, mit 40 Punkten weise er einen Mangel an Realitätssinn auf. Und mit unter 20 Punkten wäre der Mensch nicht mehr im Stande, selber zu essen und zu trinken. Ein niedriger Wert wie zwei Punkte bedeutet normalerweise, dass Breivik sich nicht einmal selbst seine Schnürsenkel binden, sondern gerade noch allein aus dem Bett steigen könnte. Doch hatte er über Jahre hinweg eine große Terroraktion geplant und diese schließlich ausgeführt, wofür er eine ziemlich ausgetüftelte Bombe gebaut und über viele Jahre ein Doppelleben gelebt hatte. Darüber hinaus interpretierte die erste psychiatrische Kommission seinen Islamhass und seinen Anschluss an die in der extremen Rechten verbreitete »Eurabia«-Theorie als »bizarre und grandiose Wahnvorstellungen« und verstand nicht, warum diese politischen Ideen überall im Westen gefährlichen Zuspruch erhalten.

»Mad or bad?«

Die heiße Debatte führte dazu, dass eine zweite psychiatrische Untersuchungskommission eingesetzt wurde. Diese legte ihr Gutachten am 10. April 2012 vor – nur eine Woche vor dem Beginn des Prozesses. Sie kam zu einem entgegengesetzten Ergebnis: Der Angeklagte sei zum Zeitpunkt der Tat nicht psychotisch gewesen und daher zurechnungsfähig. Dieses neue Gutachten betont jedoch, es gebe ein hohes Risiko erneuter Gewalthandlungen. Hervorgehoben wird auch, dass Breivik eine narzisstische Persönlichkeitsstörung hat, die normalerweise dazu führt, dass der oder die Angeklagte zu einer psychiatrischen Verwahrung verurteilt wird, die auch über die Maximalstrafe von 21 Jahren hinaus verlängert werden kann, wenn Wiederholungsgefahr besteht.

Die extreme Rechte sieht Wahnsinn am Werk

Nun muss das Gericht zu zwei diametral entgegengesetzten rechtspsychiatrischen Ergebnissen Stellung nehmen. In der Praxis macht dies nur den Unterschied, wo der Verurteilte eingesperrt wird: entweder im Verwahrungsabteil eines Hochsicherheitsgefängnisses oder in einer geschlossenen Abteilung der Psychiatrie. Während die meisten NorwegerInnen mit dem zweiten psychiatrischen Gutachten, das Breivik für zurechnungs- und straffähig erklärt, zufrieden sind, unterstützen einige aus der extremen Rechten das erste Gutachten, weil sie hoffen, dadurch von ihrem politischen Einfluss auf Breivik und von der moralischen »Schuld« freigesprochen zu werden. Doch befinden sie sich in einer paradoxen Situation, wenn sie behaupten, eine Person, die genau dieselben Meinungen vertritt wie sie – und danach handelt – müsse geisteskrank sein.

Eine neue Konspirationstheorie

Einer der international bekanntesten Islamhasser ist »Fjordman« von der Website »Gates of Vienna«. Hinter dem Pseudonym versteckt sich der Norweger Peder Nøstvold Jensen, der am häufigsten zitierte Inspirator in Breiviks Manifest. Tatsächlich hat »Fjordman« mehrfach seine An-



hängerInnen darauf hingewiesen, sie sollten vorbereitet sein auf einen Bürgerkrieg zwischen IslamistInnen und Linken auf der einen Seite und NationalistInnen und AntimuslimInnen auf der siegenden (!) Seite.
Seit dem Doppelanschlag im vergangenen Juli hat »Fjordman« viel Zeit gebraucht und lange Blogs geschrieben, um sich von Breiviks Handlungen – aber nicht von seinen Meinungen – zu distanzieren. Er hat sich die ganze Zeit auf die erste psychiatrische Diagnose »schizophrene Paranoia« berufen, um sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, einen Einfluss auf Breivik ausgeübt zu haben. Die neue Diagnose »narzisstische Persönlichkeitsstörung« ist nun sein letzter Strohhalm, mit dem er sich auf »Gates of Vienna« in eine umfassende Konspirationstheorie verwickelt hat. Er behauptet dort, mit den vielen Zitaten von ihm in Breiviks Manifest, wolle dieser in Wirklichkeit ihm und anderen Antimuslimen schaden. Diese Verschwörungsidee soll offensichtlich die Grundlage für seine Zeugenaussage sein, wenn er im Juni im Osloer Gericht erscheinen muss.

Die unmögliche Verteidigung

Breiviks Verteidiger Geir Lippestad ist sich bewusst, dass er einen schwierigen Prozess vor Gericht zu führen hat. Anfangs vertrat er die Ansicht, Breivik sei psychisch krank. Nun aber ist er von seinem Klienten instruiert worden, auf Zurechnungsfähigkeit zu plädieren. Der Anwalt hat die Öffentlichkeit darauf vorbereitet, dass sein Klient nichts bereuen wird – im Gegenteil: Breivik ist der Meinung, dass er noch mehr und wichtigere Personen hätte töten sollen. Er begehrt, freigesprochen und freigelassen zu werden, da er in »Notwehr« gehandelt habe, um Europa vor dem Islam zu retten.
Für den Prozess hat Breivik eine lange ZeugInnenliste mit bekannten Personen aus der norwegischen Öffentlichkeit erstellt – sie waren jedoch nicht ZeugInnen der grauenhaften Taten. Daraus ist zu schließen, dass er vor allem auf seine politischen Ideen abheben und nicht seine Handlungen und seine Schuld in den Mittelpunkt rücken will. Viele »ZeugInnen« fühlen daher ein starkes Unbehagen, dazu gezwungen zu sein, an einer politischen Vorstellung teilzunehmen, mit der eine Werte- und Ausländerdebatte nach Breiviks Prämisssen geführt werden soll. Doch geladene »ZeugInnen« haben die Pflicht, vor Gericht zu erscheinen. Andernfalls drohen polizeiliche Vorführung und Gefängnis.
Schon jetzt ist es Breivik gelungen, die Regie des Prozesses in Teilen zu übernehmen. Es wird ein Kampf für die Richter werden, zu verhindern, dass der Prozess zu einem extrem rechten Zirkus ausartet. In ihrer ewigen Jagd auf Sensationen spielen norwegische und internationale Medien jetzt schon in Breiviks Inszenierung mit.

Entpolitisierung des Verfahrens

Die größte Gefahr im Prozess gegen Breivik ist nicht die Frage, ob er jemals wieder er auf freien Fuß gesetzt wird – das wird er nie, egal ob er zu einer erzwungenen psychiatrischen Behandlung oder zu einer Verwahrung im Gefängnis verurteilt wird. Das Gefährliche ist vielmehr die Entpolitisierung des Terroranschlags, weil die Rechtspsychiatrie eine wichtige Position in der Urteilssprechung bekommen hat. Die extrem rechte Hintergrund der Tat verblasst, wenn es darum geht, ob Breivik entweder schizophren paranoid ist oder an einer schweren narzisstischen Persönlichkeitsstörung leidet. Alle ZeugInnen werden an der einen oder anderen Diagnose gemessen, selbst wenn ZeugInnen sich über politische Bewegungen innerhalb der extremen Rechten äußern. Die Entpolitisierung und Psychiatrisierung des Strafverfahrens gegen Anders Behring Breivik bedeutet, dass es für die politischen Parteien, die denselben ideologischen MuslimInnenhass nähren und von denen der Terrorist Breivik sein Gesellschaftsverständnis holte, keine politischen Konsequenzen geben wird. In den ersten Monaten nach dem Terroranschlag vom 22. Juli 2011 erlebte die populistische Rechtspartei »Fremskrittspartiet«, in der Breivik in seinen jungen Jahren Mitglied war und einen Vertrauensposten (auf niedrigem Niveau) innehatte, einen bedeutenden Rückgang in den Meinungsumfragen. Aber mit der Entpolitisierung des Verfahrens ist sie nun wieder die drittgrößte Partei Norwegens. Bei den nächsten Parlamentswahlen ist es sogar möglich, dass sie in die Regierung kommt, weil sie mit der konservativen Partei »Høјre« zusammenarbeitet und sich der liberalen Partei »Venstre« nähert – und weil die heutige rotgrüne Regierung nach sieben Regierungsjahren stark verschlissen ist.

Das Erbe der »Fremskrittspartiet«

Es scheint eine Ironie der Geschichte zu sein, dass in den 1980er und frühen 1990er Jahren die Rechtspartei »Fremskrittspartei« eine »Law & Order«-Politik gegen die gesellschaftlichen Outsider formulierte. Sie hatte beispielsweise Erfolg damit, die HausbesetzerInnenbewegung und autonome Gruppen als TerroristInnen darzustellen. Zudem erhielt sie dann noch größeren Zulauf wegen ihrer Hetze gegen MuslimInnen und durch das Schüren von Angst vor muslimischem Terror. Genau diese Partei lieferte dem Mann, der seit 2011 zum schlimmsten Terroristen und Kindermörder Nordeuropas wurde, politische Erklärungsmodelle und politische Positionen. Doch nun, aufgrund der Entpolitisierung des Prozesses, bleiben politische Konsequenzen für diese HetzerInnen aus – ebenso für alle anderen, die in Europa eine »Hexenjagd« auf MuslimInnen betreiben.
Hätte ein »Islamist« Anschläge wie Breivik verübt, würde die Frage des psychischen Gesundheitszustandes des Täters nie gestellt werden. Die Ursache für den Terror würde automatisch im ganzen Islam gefunden werden und die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Terror würde nicht auf den Täter begrenzt sein, sondern würde einen enormen Druck auf alle norwegischen MuslimInnen und die Verfolgung aller islamischen Ausdrucksformen bedeuten. Anders Behring Breivik jedoch ähnelt uns zu sehr, als dass wir daran glauben können, er sei ein Teil eines viel größeren Problems in Europa – ist er doch »wahnsinnig«.

18 Prozent für Marine Le Pen

Die 43-jährige Politikerin führte den »Front National« (FN) bei den Präsidentschaftswahlen zu seinem besten Ergebnis und lässt die Konservativen nach rechts rücken.

von Jean-Yves Camus

»Marine, Marine«, brüllen die AnhängerInnen von Marine Le Pen. 6,4 Millionen WählerInnen stimmten für sie beim ersten Urnengang der französischen Präsidentschaftswahl am 22. April. Mit 17,9 Prozent landete sie damit direkt hinter Nicolas Sarkozy und François Hollande. Es ist das beste Ergebnis der im Oktober 1972 gegründeten Partei – bei einer hohen Wahlbeteiligung von 79 Prozent.



Marine Le Pen hatte bei ihrer Wahl zur Vorsitzenden im Januar 2011 versprochen, den FN auf neuen Kurs zu bringen (s. drr Nr. 129). Dies zeigte sich im Wahlkampf. Stets beklagend, der FN würde von den Medien geächtet, war sie wie alle anderen KandidatInnen auch im Fernsehen und im Radio präsent – sowohl bei öffentlich-rechtlichen als auch privaten Sendern. Deutlich machte sie, dass sie das politische System, das heißt die Wahl zwischen zwei gleichen Kandidaten (Sarkozy versus Hollande beziehungsweise Konservative versus SozialistInnen), ablehne. Stattdessen positionierte sie sich gegen die »Europäische Union« und versprach den Austritt aus dem Euro. Auch zur Todesstrafe wolle sie zurückkehren, sagte sie, und sie wolle die Franzosen bevorzugen: auf dem Beschäftigungssektor, dem Wohnungsmarkt und in der Sozialpolitik. Die Einwanderung solle auf 10.000 Menschen im Jahr begrenzt und doppelte Staatsbürgerschaften sowie die rituelle Schlachtung von Tieren verboten werden. Sie brandmarkte den Islam als eine Religion, die nicht zur französischen Zivilisation passe. 29 Prozent der ›Arbeiterklasse‹ stimmten für dieses Programm, 25 Prozent der Selbstständigen und 21 Prozent der Angestellten. 18 Prozent der WählerInnen waren unter 24 Jahre alt, 24 Prozent zwischen 25 und 34 Jahren, 23 Prozent zwischen 35 und 44 Jahren, 19 Prozent zwischen 45 und 59 Jahren und 13 Prozent RentnerInnen.

Sarkozy und die FN-Wählerschaft

Der konservative Amtsinhaber Sarkozy, der mit 27,18 Prozent auf den zweiten Platz kam, benötigt für die Stichwahl am 6. Mai rechnerisch die Stimmen von annähernd 80 Prozent der FN-WählerInnen, um den sozialistischen Herausforderer François Hollande zu überrunden, der 28,63 Prozent errang. Sarkozy, der im Wahlkampf bereits eine sehr konservative beziehungsweise rechte Agenda von ›law and order‹ verfolgte und damit warb, die nicht europäische Einwanderung zu drosseln, und den Islam zum Sündenbock macht, erhielt indes nicht die Unterstützung von Marine Le Pen. Sie betonte nach dem ersten Wahlgang sogleich, dass die Linke und die Rechte zwei Seiten einer Medaille wären und sprach keine Wahlempfehlung für Sarkozy aus. Vielmehr betonte sie, die WählerInnen der FN sollten bei der Stichwahl wählen, wen immer sie wollten oder sie sollten einfach zu Hause bleiben. Nur 45 Prozent sagten daraufhin, dass sie für den Amtsinhaber votieren wollten, um die Linke zu schwächen. Ein Drittel will zu Hause bleiben und 22 Prozent gaben an, für Hollande zu stimmen, um Sarkozy loszuwerden. Der sagte, er werde die Politik hinter sich lassen, sollte er geschlagen werden.

Le Pens Hoffnung

Eine schwache konservative Rechte ist indes genau das, worauf Marine Le Pen wartet, um bei den französischen Parlamentswahlen am 10. und 17. Juni 2012 die Führung im rechten Lager zu übernehmen. Sie hofft darauf, dass die »Union pour un Mouvement Populaire« (»Union für eine Volksbewegung«, UMP) zerbröckeln und sich spalten wird und der weit rechte Flügel von Sarkozys Partei lokale Arrangements mit dem FN akzeptieren wird. Tatsächlich lag der FN beziehungsweise Marine Le Pen bei den Ergebnissen aus der ersten Runde der Präsidentschaftswahl in einigen Wahlkreisen vor der UMP. Im Département Gard, wo der Anwalt Gilbert Collard unter dem Banner des FN antritt, erhielt Le Pen 35 Prozent. Und ähnlich stark schnitt sie in ihrem Wahlkreis in Hénin-Beaumont (Pas de Calais) ab.

Sarkozys Blindheit

Präsident Sarkozy und die UMP- Führer weigern sich, die wahre Natur der FN-Wählerschaft zu verstehen, die schamlos xenophob, ethnozentristisch und nationalistisch ist. Stattdessen verkünden sie, die Wahlentscheidung sei ein Resultat der ökonomischen Krise – ungeachtet dessen, dass Marine Le Pens Vater Jean-Marie bei den Präsidentschaftswahlen 1988 und 1998 bereits 15 Prozent gewann, und das weit vor der gegenwärtigen Krise. Im verzweifelten Bemühen um die WählerInnen des FN wiederholt Sarkozy seit dem 22. April beständig, eine FN-Stimme sei eine »republikanische Stimme« und die Wünsche dieser WählerInnen sollten gehört und beachtet werden. Er verbürge sich dafür, dass nach seiner Wiederwahl EinwandererInnen erst nach zehn Jahren legalen Aufenthalts in Frankreich ihre Rechte auf Sozialleistungen reklamieren dürften (einschließlich ärztlicher Versorgung). Er entschied sich auch dafür, am 1. Mai eine Demonstration in Paris abzuhalten, um sich und die UMP gegen Veranstaltungen der Gewerkschaft und des FN, wo Marine Le Pen spricht, zu positionieren. Er wolle bei dieser Gelegenheit »die Werte der Arbeit« ehren entgegen jenen, die nur für eine weitere Ausdehnung des Sozialstaats seien. Die extrem rechte Wochenzeitung »Minute«, die bisher den FN unterstützt hatte, sprach sich gegenüber ihren LeserInnen dafür aus, für Sarkozy und gegen die Linke zu stimmen. Eine solche Empfehlung sprach auch Jacques Bompard aus, Bürgermeister von Orange, der unter dem Banner des FN gewählt wurde und nun Führer der »Ligue du Sud« (»Liga des Südens«) ist, einer Partei aus der so genannten identitären Bewegung (s. drr 127). Doch all dies hat nichts genützt. Doch all das hat nichts genützt. Sarkozy unterlag bei der Stichwahl am 6. Mai dem Sozialisten Hollande.

Rechtsruck?

18 Prozent für Marine Le Pen, Geert Wilders lässt die Regierung platzen, Victor Orbáns rechtskonservative Fidesz baut den Staat um und Umfragen legen nahe, dass die FPÖ 2013 wieder Regierungspartner wird. Vor diesem Hintergrund sprach Horst Zimmer für »der rechte rand« mit Roger Griffin, Professor für Zeitgeschichte an der Oxford Brookes University, England. Er ist unter anderem beratender Herausgeber von »Fascism. Journal of Comparative Fascist Studies«. Sein neues Buch »Terrorist‘s Creed: Fanatical Violence and the Search for Meaning« wird im Sommer erscheinen.



drr: Herr Griffin, würden Sie sagen, dass die extreme Rechte in Europa derzeit ein Comeback erlebt?

RG: Als der Boxer Rocky im Kino Comeback nach Comeback hinlegte, war es immer derselbe Darsteller, Sylvester Stallone – nur älter und in einem anderen Hollywoodplot. Doch ›die extreme Rechte‹ ist nicht ein einzelner politischer Akteur, der geht und wiederkehrt. Sie ist heterogen, nicht nur auf europäischer, sondern auch auf nationaler Ebene. Und, ja, nach einigen Erfolgen in den späten 1990er Jahren gelangen rechtspopulistische Parteien in manchen Ländern erneut zu Stärke und Einfluss – aber nicht auf einem einheitlichen oder zusammenhängenden Weg. Tatsächlich ist der radikale Rechtspopulismus sehr heterogen und eine unkoordinierte Kraft in der europäischen Politik.

Auf internationaler Ebene hat sich die extreme Rechte aufgrund ihres Nationalismus oft selbst ein Bein gestellt. Könnte das Thema Anti-Islam denn nun zu einem Bindeglied werden?

Ich denke, dass Anti-Islam zu einem gemeinsamen Thema rechter Attacken auf den Status quo wird, egal ob von Neonazis, der europäischen Neuen Rechten oder den radikalen rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen. Dennoch liegt es in der Natur der extremen Rechten in unterschiedlichen nationalen Kontexten zu agieren und das ist auch der Grund, warum alle Zwischenkriegs- und Nachkriegsversuche, eine paneuropäische faschistische Bewegung zu schaffen, gescheitert sind. Ich kann Anti-Islam nicht als die Basis für irgendeine Form effektiver Vernetzung zwischen weit rechts stehenden Gruppen (wie es Breivik hoffte) sehen, außer in ihrer Rhetorik. Und Breiviks Idee einer europäischen Äquivalenz von al-Quaida, um die Muslime zurückzudrängen, ist psychotischer Fantasy entsprungen. Nichtsdestotrotz wird es viele utopische Verlautbarungen dazu geben, denn darin ist die extreme Rechte gut.

Sie haben versucht, Faschismus auf eine kurze Formel zu bringen – was ist Ihres Erachtens sein Kern und worin unterscheidet er sich beispielsweise von Rechtspopulismus?

Ich definierte in »The Nature of Fascism« (1991) das ›faschistische Minimum‹ als eine Ideologie, deren inspirierende Kernkomponente die Wiedergeburt der Nation in einer autoritären neuen Ordnung war. Dieser Faschismus war revolutionär. Begeistert nahm er die Dynamik der Moderne auf, basierte jedoch gleichwohl auf einer hochgradig mystifizierten historischen Vergangenheit und Tradition. Radikaler Rechtspopulismus unterscheidet sich von Faschismus. Ihm ist nicht daran gelegen, die Demokratie zu überwinden, um eine neue Ordnung mit nur einer Partei und einem charismatischen Führer zu installieren, sondern er will die, die Nation repräsentierende, repräsentative Demokratie von dem bereinigen, was als ›fremd‹ betrachtet wird, was die nationale Kultur kontaminiere, den sozialen Zusammenhalt aushöhle und die historisch begründete kulturelle Identität zerstöre. Verbunden ist dies mit einer Frontstellung gegenüber (Massen-)einwanderung, wobei vor allem die Integrierbarkeit bestimmter ethnischer oder religiöser Gruppen in Abrede gestellt wird. Gleichfalls stellen Rechtspopulisten das etablierte politische Parteiensystem als die Ursache der ›Probleme‹ unter einen Generalverdacht.

Es gibt Stimmen, die Anzeichen dafür sehen, Ungarn unter Orbán tendiere zum Faschismus. Die Restauration des nationalen Mythos werde vorangetrieben, die Regierung dulde die faschistischen Ausfälle der Jobbik. Wie kann solch ein System, das sich im Wandel befindet, beurteilt werden?

Vor dem Hintergrund meiner Definition würde ich sagen, dass derzeit nichts daraufhin hindeutet, dass es Bestrebungen gibt, ein autoritäres Ein-Parteiensystem zu schaffen, das der Wiedergeburt Ungarns als erdachte organische Nation Vorschub leistet. Das gegenwärtige Ungarn ist nicht bedroht von Faschismus, das würde nämlich heißen, das repräsentative System von Wahlen und politischem Pluralismus abzuschaffen. Aber es besteht die reale Gefahr, dass Ungarn der erste europäische demokratische Staat wird, der von radikalem Rechtspopulismus bis zu jenem Punkt dominiert wird, wo die liberale Demokratie außer Kraft gesetzt ist – und stattdessen zu einer demokratischen Ethnokratie wird, wobei der Staat indes mehr gemein hätte mit Südafrika unter der Apartheid als mit dem Dritten Reich. Wenn sich dieser Prozess in Ungarn fortsetzt, wird er politischen Beobachtern eine bessere Vorstellung davon geben, wie die praktische Umsetzung der politischen Ziele radikaler Rechtspopulisten wie Marine Le Pen, Geert Wilders, Pia Kjærsgaard und des ›neuen‹ Nick Griffin aussehen. Während die politisch pluralistischen demokratischen Institutionen (Parlament, Wahlen) in Ungarn nicht in Gefahr sind, ist es aber der zivile Liberalismus. Und sowohl die ›nicht-magyarischen‹ Minderheiten wie Roma, Juden, Muslime als auch ›echte‹ Liberale, Christen etc. könnten sich als Objekte offizieller Sanktionierung oder geförderter Diskriminierung und Verfolgung wiederfinden.

Vielen Dank für das Gespräch.

Ehrung für die Waffen-SS

2.000 UltranationalistInnen und Neonazis marschierten am »Tag der Legionäre« durch Riga.

von Christoph Schulze

Glocken läuteten. Aus dem Rigaer Dom traten nach und nach mehrere hundert Menschen, die sich zu einem Zug zum »Freiheitsdenkmal« in der Mitte des Stadtzentrums formierten – unter ihnen 50 SS-Veteranen. Für sie und ihre gefallenen Kameraden wurde am 16. März 2012 ein Gottesdienst abgehalten und es fanden sich schließlich rund 2.000 Menschen in der lettischen Hauptstadt zusammen. Der »Tag der Legionäre« erinnert an das erste gemeinsame Gefecht der beiden lettischen Einheiten der Waffen-SS 1944. Auf den letzten Metern der »Prozession« war der Weg von beiden Seiten durch ein Band von Fahnenträgern umsäumt, die lettische Flaggen über die Köpfe der Marschteilnehmer hielten. Am Denkmal wurden Blumen und Kränze abgelegt.

Nur etwa 50 Menschen protestierten am Rande gegen diese Ehrung der SS. Einige waren in KZ-Häftlingsuniformen gekleidet und hielten den Marschierenden Fotos von Nazi-Kriegsverbrechen entgegen. Unter den Augen der Polizei kam es zu massiven antisemitischen Tiraden von Seiten der MarschteilnehmerInnen. Ein Protestschild mit einem Hinweis auf die fast völlige Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Lettland während der deutschen Besetzung verleitete einen jüngeren Marschteilnehmer zum aggressiven Schimpfen: »Lettische Juden hat es nie gegeben! Entweder man ist Jude oder man ist Lette!« Am Umzug nahmen viele Neonazis und auch Uldis Freimanis mit seiner Gefolgschaft teil. Im Vorjahr hatte der fanatische Antisemit im lettischen Fernsehen Juden als »Affen« bezeichnet und ihre Erschießung gefordert. Die internationale Beteiligung war relativ gering, es gab kleine Abordnungen aus den anderen baltischen Ländern, Skandinavien, Russland und der Ukraine.

Seinen Ausklang fand das Gedenken für die jüngeren TeilnehmerInnen im Rahmen eines Konzertes unter dem Motto »Par Latvij!«. Vor rund 600 Gästen trat die lettische Pagan-Metal-Band »Skyforger« als Hauptattraktion auf. Viele Gäste trugen Hakenkreuze und ähnliche Symbole auf ihrer Kleidung. In den Pausen zwischen der Livemusik wurde Filmmaterial der lettischen Waffen-SS neben die Bühne projiziert. Mit von der Partie war auch die litauische Naziband »Diktatūra«, zu deren Repertoire in der Vergangenheit auch Titel wie »Juden raus« zählten.

Rückblick

140.000 Letten kämpften während des Zweiten Weltkriegs auf der Seite Nazideutschlands in der Waffen-SS. Viele Mitglieder der beiden lettischen Legionärs-Divisionen waren zuvor als Mitglieder von SD-Polizei-Bataillonen oder im berüchtigten »Arjas Kommando« an Kriegsverbrechen beteiligt. Die beiden Divisionen wurden von der SS als Freiwilligenverbände geführt, teilweise kam es jedoch auch zu Zwangsrekrutierungen. Etwa 50.000 Letten, die auf der Seite Deutschlands gekämpft hatten, kamen im Krieg um. In der Wahrnehmung vieler MarschteilnehmerInnen und von Teilen der lettischen Öffentlichkeit kämpften die lettischen SS-Legionäre nicht auf der Seite der Besatzungsmacht Deutschland, sondern gegen eine drohende sowjetische Besatzung und somit »für ein unabhängiges und freies Lettland«.

Rückhalt

Einer Umfrage zufolge lehnt lediglich knapp die Hälfte der lettischen Bevölkerung den Marsch ab. Der lettische Präsident Andris Berzins hatte wenige Tage vor dem Marsch im Fernsehen erklärt, SS-Legionäre verdienten »Respekt«: »Sie hatten das Ideal, Lettland zu verteidigen. Die lettischen Legionäre waren keine Kriegsverbrecher.« Immerhin: Premierminister Valdis Dombrovski ermahnte seine Minister öffentlich, sie sollten von einer Marschteilnahme absehen. Der Vizesprecher des lettischen Parlaments, Andrey Klementyev, nannte den Marsch im Vorfeld eine »Schande für Lettland«. Auf den Regierungsbänken des EU-Mitglieds Lettland sind wohl weniger inhaltliche Bedenken als viel mehr der internationale Druck der entscheidende Faktor, der solche distanzierenden Statements hervorruft. Zuletzt hatte im Februar die »Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz« Lettland aufgefordert, sich gegen den Marsch zu stellen und ihn zu verbieten. In lettischen Medien wird Unverständnis über die tatsächlich in ihrem Umfang sehr überschaubare internationale Empörung artikuliert. Ein Bericht in der englischsprachigen »Baltic Times« macht die »russische Propagandamaschine« für die vermeintlich ungerechtfertigte Aufregung um das Kriegstotengedenken verantwortlich. Dass es sich bei den Toten um Waffen-SS-Angehörige handelt, wird nicht erwähnt.







^ *Bilder vom diesjährigem Aufmarsch in Riga. Um die alten Waffen-SS-Mitglieder zu ehren, kommen Jungen und Mädchen mit Blumen.*

Etablierung

Der diesjährige Gedenktag am 16. März fiel auf denselben Tag wie der »Heldengedenktag« im Nationalsozialismus. Der »Tag der Legionäre« wurde als Gedenktag von der noch heute existierenden Ehemaligen-Organisation »Daugavas Vanagi« (»Falken des Düno-Flusses«) bereits 1952 etabliert. Als »lettischer Fürsorgeverein« sind die »Daugavas Vanagi« auch in Deutschland präsent, sie betreiben ein »Versehrtenheim« in Freiburg (Breisgau).

Der erste Gedenkmarsch zum 16. März fand 1989 statt. 1998 und 1999 war der Tag offizieller Feiertag in Lettland. Erst auf internationalen Druck hin wurde das rückgängig gemacht. Heute gehört die sich selbst als nationalkonservativ bezeichnende »Nacionalas apvienibas Visu Latvijai!« (»Nationale Vereinigung Alles für Lettland!«) zu den maßgeblichen UnterstützerInnen des jährlichen Marschs. Bei den Parlamentswahlen im September 2011 erhielt diese Partei knapp 14 Prozent der Stimmen, sie stellt zwei Minister in der aktuell regierenden Dreiparteienkoalition. Am Marsch nahmen wie in den Vorjahren lettische Parlamentsabgeordnete teil.

»Los von Rom!«

Beim »Freiheitsmarsch« in Bolzano/Bozen am 14. April 2012 demonstrierten rund 4.000 Südtiroler Schützen gegen den italienischen Staat.

von Robert Andreasch

Es klang wie beim Aufstand gegen eine Diktatur: »Tyrol must be free – Südtirol muss frei sein«, »Wir wollen die Freiheit!« und »Mut zur Tat!«. Zum dritten Mal nach 1946 und 1957 hatte der »Südtiroler Schützenbund« (SSB) einen Großaufmarsch für »eine Zukunft ohne Rom« organisiert. Der Veranstaltungsort sollte die Provokation noch verstärken, ist Bolzano/Bozen doch diejenige Stadt in Südtirol/Alto Adige, in der die meisten italienischsprechenden Menschen leben. Fast 4.000 uniformierte Mitglieder aus den »Kompanien« des SSB formierten sich in der Abenddämmerung und marschierten mit Fackeln und Transparenten (»Los von Rom!«) in die Innenstadt. TrommlerInnen gaben auf Landsknechtstrommeln den Rhythmus für den militärischen Gleichschritt vor.
Nach wenigen hundert Metern steuerten die überwiegend geschlechtergetrennt marschierenden »Schützen« und »Marketenderinnen« ihr erstes Ziel an: den Palast des italienischen Regierungskommissars Fulvio Testi, dem sie ein völkisches »Unabhängigkeitsmanifest« (»Ohne Rom in die Zukunft«) übergeben wollten. Die Autonomie Südtirols sei nur eine »Zwischenlösung« heißt es darin, »das Selbstbestimmungsrecht aber ist und bleibt ein Grundrecht eines jeden Volkes. Wir fordern deshalb die Unabhängigkeit und Freiheit und den Südtiroler Landtag dazu auf, alles Notwendige in die Wege zu leiten«. Testi machte nicht einmal das Tor auf.



»Volk ohne Raum«?
Der Marsch, der kaum ZuschauerInnen fand, führte schlussendlich auf den Landhausplatz vor dem Südtiroler Landtag. SSB-Geschäftsführer Günther Ploner sprach vom »Lebensraum« für »unser Volk« und appellierte an die »gewählten Volksvertreter«: »Tut, was in eurer Macht steht, für ein Land ohne Bevormundung, für ein freies Land!«. SSB-Landeskommandant Elmar Thaler erinnerte an den jahrzehntelangen »selbstlosen Einsatz der Freiheitskämpfer« und forderte ein Ende der Abhängigkeit von einem »fremden Staat«: »Wir haben es satt, an einen Staat, der mit unserer Heimat nichts zu tun hat, gebunden zu sein.« In einigen Beiträgen dominierten antiitalienische Ressentiments und ein kulturalistischer Rassismus. Rudolf Lanz von den »Wipptaler Schützen« griff extrem rechte Ideologiefragmente auf: »Unser Land hat aufgrund seiner jahrtausendalten Geschichte, seiner tief verwurzelten Traditionen und seiner Sprachen einen völlig anderen kulturellen Hintergrund als Italien. [...] Und letztendlich wären wir dann vor solchen Bedrohungen sicher, dass unsere Kinder in den Schulen die italienische Hymne lernen und singen müssen.« Außerhalb des veröffentlichten Manuskripts fügte er unter Applaus hinzu, die italienische Hymne sei »ja schwer beleidigend für unser Vaterland«. Jürgen Werth von den »Unterlandler Schützen« drohte klipp und klar: »Von wegen, man kann heutzutage im Vereinten Europa keine Grenzen mehr verschieben [...] Schützen Heil!«.
Über ihre theatralische »Verabschiedung aus Italien« hinaus verfügen die Trachtengruppen der »Schützen« jedoch über kein politisches Konzept. Zahlen sie zukünftig keine Steuern mehr? Wollen sie zum bewaffneten Arm einer politischen Bewegung werden? Die Truppen des verhassten italienischen Staates jedenfalls bekriegten am Samstagabend nicht die separatistischen SchützInnen, sondern sperrten für sie die Straßen ab und regelten den Verkehr.

Reaktionen
Die Provokation von Elmar Thaler & Co. wurde in der Politik unterschiedlich aufgenommen. Die verhaltenen Reaktionen der deutschnationalen Rechten zum »Freiheitsmarsch« lösten wiederum erbitterte Vorwürfe und Streit aus. Die »Südtiroler Volkspartei« (SVP), die eine »Vollautonomie« Südtirols anstrebt, lehnte den Fackelmarsch von Anfang an ab. Man löse »mit Marschieren keine Probleme«, sagte der Parteivorsitzende Richard Theiner. Auch die Südtiroler »Freiheitlichen« distanzierten sich. Sie würden stattdessen, betonte Parteiobfrau Ulli Mair in der »Neuen Südtiroler Tageszeitung«, in ihrem Konzept hin zu einem »Freistaat Südtirol« auf eine »sensible« Einbindung der »Italiener im Lande« setzen. Werner Neubauer, der Südtirol-Beauftragte der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), nahm dagegen am Marsch teil. Seine Partei strebt eine Wiedervereinigung Südtirols mit Österreich an. Vor Ort war die FPÖ dennoch unten durch: Das Anbandeln des FPÖ-Politikers Andreas Mölzer mit den Faschisten des »Movimento Sociale Italiano« (MSI, »Soziale italienische Bewegung«) im Europaparlament hat hier niemand vergessen. Außer den bekannten rechten Südtirol-AktivistInnen Eva Klotz, Sven Knoll und Andreas Pöder nahmen keine bekannten PolitikerInnen am »Freiheitsmarsch« teil, das Trio wurde dementsprechend hofiert und präsentierte schließlich auch das »Freiheitsmanifest« für die PressefotografInnen. Klotz und Knoll von der rechten Partei »Süd-Tiroler Freiheit« wollen, dass Südtirol/Alto Adige zu Österreich zurückkehrt. Pöder (»Union für Südtirol«) setzt auf eine »Wiedervereinigung Tirols« im Rahmen einer »Europaregion«.
In Deutschland hatten Neonazis des »Freien Netz Süd« und das »Thiazi-Forum« erfolglos für den »Freiheitsmarsch« mobilisiert. Letztlich reiste nur eine Handvoll österreichischer ›Kameraden‹ nach Bozen/Bolzano. Auch in Kreisen der Burschenschaften stieß die Demonstration nur auf ein geringes Echo. Zu den Mitmarschierenden gehörten jedoch »Alte Herren« der »Danubia München« sowie der Münchener Rechtsanwalt Klaus Goebel, Unterstützer der »Burschenschaftlichen Gemeinschaft« (BG) und einst Aktivist der NS-Täterorganisation »Stille Hilfe«.

Neue Töne aus Wien

Neben der britischen NeoFolk-Band »Death in June« hat wohl kaum eine andere Band wie die Wiener Formation »Der Blutharsch« seit Ende der 1990er Jahre das martialische und ästhetisch proto-faschistische Auftreten des Genres geprägt – nun hat sie sich gewandelt.

von Jens Breuer



Die Scheinwerfer tauchen die Bühne in buntes Licht. Am Schlagzeug gibt ›Bain Wolfkind‹ einen langsamen, etwas monotonen Takt vor. Begleitend setzen zwei Gitarristen ein. Im Mittelpunkt steht indes der Sound des Korg Synthesizer und der Hammond Orgel. Hinter dem einen lächelt eine junge Frau in Jeans und ausgewaschenem schwarzen Hemd zufrieden zu ihrem Begleiter hinüber, der aus seiner Versunkenheit kurz hoch schaut und ihren Blick erwidert. Schon schließen sich seine Augen wieder und er gibt sich den psychedelisch anmutenden Klängen seiner Orgel hin. Dann beginnt sie zu singen: Erst zaghaft, schließlich findet sie in ihre Rolle hinein. Dann, beim zweiten Lied, verschränkt sie die Arme hinter ihrem Rücken, reckt das Kinn nach vorn und ihr Blick richtet sich starr auf einen fixen Punkt über den Köpfen des Publikums. Die Pose ist bekannt. Für einen kurzen Augenblick blitzen Erinnerungen an frühere Auftritte der Wiener Band »Der Blutharsch« auf: Marthyana, so heißt die junge Frau, inszenierte seinerzeit noch in Uniform aus schwarzem Hemd und wehrmachtsgrauem Rock, in starrer Pose das martialische Set mit ihrem ebenso uniformierten Begleiter und Kopf der Band, Albin Julius. Doch jetzt, auf der Europatournee im Frühjahr 2012 huscht ein Lächeln über ihr Gesicht, als sie sich wieder dem Synthesizer zuwendet. Spätestens hier wird klar, dass die einstige Vorzeigeband martialischen NeoFolks sich nachhaltig gewandelt hat.

Rückblick

»Neonazi-Band« dürfte die Wiener Band geschimpft werden. So hielt es das Landgericht Frankenthal 2007 im Rechtsstreit des Sängers gegen die Wochenzeitung »Jungle World«, die dessen Formation aufgrund ihres Auftretens derart bezeichnet hatte, fest. Martialisch war ihre Bühnenpräsenz; als Bandsymbol fungierte zunächst eine Sig-Rune – später dann ein »Eisernes Kreuz«. Nicht nur das führte seinerzeit dazu, die Band rechts einzusortieren. Die Cover des CD-Debüt »Der Sieg des Lichtes ist des Lebens Heil!« (1998) wie auch des Nachfolgers »The Pleasures Received In Pain« (1999) zeigten Ausschnitte aus Gemälden von NS-Malern. Derweil griffen die Texte zum Teil tief in die Kiste deutsch-nationalen Liedguts, wie zum Beispiel mit der Neuvertonung von »Wacht am Rhein«. Auch veröffentlichte die Gruppe je eine Split-Single mit den italienischen RechtsRock-Bands »Zetazeroalfa« (2003) und »Sotto Fascia Semplice« (2008) – auf dem eigenen Label WKN (»Wir Kapitulieren Niemals«). Und auf dessen Sublabel »Hau Ruck« verlegte Albin Julius 2003 nicht nur eine Split-Single von »Zetazeroalfa« mit der italienischen RechtsRock-Band »S.P.Q.R.«, sondern zuvor auch eine solche kleine Platte mit historischen Liedern beziehungsweise Aufnahmen des italienischen Faschismus (s. drr Nr. 86).

Dann, am Ende des vergangenen Jahrzehnts setzte plötzlich ein Wandel der Band ein – musikalisch sowie in der Selbstdarstellung und bei ihren Performances. Heute schließlich zeigt sich Albin Julius auf einem Foto auf der Bandwebsite mit Schnauzer, langen Haaren, Strohhut und buntkariertem Hemd inmitten eines Hanffeldes – wie es sich für einen Psychedelic-Rocker gehört. Und »Der Blutharsch« heißt heute »Der Blutharsch and the infinite church of the leading hand«.



^ *Marthyana (oben), Albin Julius (unten)*

Auf in neue Gefilde …

Das »Eiserne Kreuz« als Logo hat sich die Band erhalten, nun indes umrandet von Blumen, die die militärische Aura des 1813 geschaffenen deutschen Ordens bändigen. Sicherlich, der Backkatalog, die alten Veröffentlichungen, sind noch erhältlich – auch auf dieser Tour. Gespielt werden sie nicht. Kritisch ließe sich einwenden, dass die Band 2011 zur Neuauflage eines ihr gewidmeten Tribut-Albums der beiden rechten Black-Metal-Bands »Altar Of Perversion« (Italien) und »Mordaehoth« (Niederlande; s. drr Nr. 129) – zuerst 2005 erschienen – einige Songs beisteuerte. Beide Male erschien die Platte auf dem Label »New Era Productions« von Jasper Velzel, ehemaliger Schlagzeuger der niederländischen RechtsRock-Band »Brigade M«. Doch selbst als Albin Julius zum Ende des Konzertes seine Handsirene zur Hand nimmt und unter dem Heulton von der Bühne geht, kommt kein Hauch des einstigen martialischen deutsch-nationalen Habitus auf – die einstigen Fans der Band haben das schon länger registriert. Viele sind auf Distanz zur Band gegangen und huldigen lieber weiter den ›Vertretern reiner Lehre‹. »Der Blutharsch« scheint sich indes auf eine andere Reise begeben zu haben …

Osteuropa

von Jens Breuer

Die Entwicklung der (extremen) Rechten in Ungarn in den letzten Jahren hat ein breites mediales Echo gefunden. Doch wer sich darüber hinaus informieren möchte, wird schwerlich gebündelte Informationen finden.
Abhilfe schafft nun ein Themenheft der Zeitschrift »Osteuropa« mit dem Titel »Quo vadis, Hungaria?«. Der aufgeworfenen Frage, wohin sich das Land derzeit unter Viktor Orbán entwickle, nähert sich zunächst ein voraussetzungsvoller, aber interessanter Aufsatz über die Geschichte des Landes im ersten Abschnitt »Politik und Recht«. Der Autor Joachim von Puttkamer von der Universität Jena beschreibt, wie gespalten sich Ungarn in Bezug auf seine Geschichte zeigt. Im Folgenden widmet sich der Band aber vor allem jenen Themen, die auch in der öffentlichen Debatte Widerhall fanden: der Umgestaltung der Medienlandschaft und der Verfassung. Erfreulich ist dabei, dass die neue Verfassung beispielsweise in deutscher Übersetzung abgedruckt und auch analysiert wird, was es auch Personen, die des Ungarischen nicht mächtig sind, ermöglicht, einen Einblick in die Veränderungen zu bekommen. Eine umfassende Chronologie, die den Staatsumbau unter Orbán seit April 2010 auf sechs Seiten skizziert, lässt auf einen schnellen Blick erfassen, wie grundlegend dieser ist. Besonders gilt es aber, in diesem Zusammenhang den Aufsatz von Krisztine Koenen hervorzuheben, die die Weltsicht von Orbán anhand von dessen Reden und Publikationen darstellt und analysiert: »Feinde, überall Feinde«.
In zwei weiteren Abschnitten unter den Überschriften »Wirtschaft und Gesellschaft« und »Erinnerung und Kultur« geht es vor allem um die nationale ungarische Identitätskonstruktion, um ihren Umgang mit den Roma als größte Minderheit im Lande – einschließlich einer Chronik zum »Terror gegen Roma« in den Jahren 2008 bis 2011 – und die erinnerungspolitischen Diskurse im Land.
Sicherlich, wer gezielt Informationen über neo-nationalsozialistische Gruppen in Ungarn sucht, wird hier nicht fündig. Wer sich aber für die Entwicklung der Politik, des Landes und den offensichtlichen Rechtsdrall interessiert, ist hier goldrichtig.
Im Übrigen lohnt sich für alle, die sich für die Entwicklungen in Osteuropa interessieren, generell ein steter Blick in die monatlich erscheinende Zeitschrift. Immer wieder veröffentlichte »Osteuropa« interessante Aufsätze und Einschätzungen zur (extremen) Rechten in den Ländern östlich und südöstlich Deutschlands.

Manfred Sapper, Volker Weichsel (Hg.): Quo vadis, Hungaria? Kritik der ungarischen Vernunft. Osteuropa Heft 12/2011. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 2011, 432 Seiten, 24,- Euro.

Extreme Rechte in Europa

von Lara Schultz

Die zunehmende Bedeutung des Blicks über den eigenen Tellerrand bezeugt nicht nur die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift der rechte rand, sondern auch eine Reihe 2011 erschienener Veröffentlichungen zur extremen Rechten in Europa. Der Sammelband »Jenseits der Epoche. Zur Aktualität faschistischer Bewegungen in Europa« versucht eine Brücke zwischen früherem und heutigem Faschismus zu schlagen – letzteren möchten die Herausgeber gleichgesetzt wissen mit »Rechtsradikalismus« beziehungsweise »-extremismus« und Antisemitismus – verzichtet dabei aber leider auf eine spezifische Faschismusdefinition. Eingangs gibt Wolfgang Wippermann einen historisch-ideengeschichtlichen Überblick, an den anknüpfend sich Thomas Hecken mit der widersprüchlichen Beziehung zwischen italienischen Futuristen und dem Mussolini-Faschismus auseinandersetzt. Eine Bezugnahme auf die deutsche Perspektive fehlt leider an dieser Stelle – erst eine gewisse Offenheit, dann Mitte der 1930er Jahre der Bruch mit der modernen Kunst. Im Anschluss skizziert Carsta Langer die Situation im heutigen Ungarn entlang der Schlagworte Fidesz, »Jobbik«, Antiziganismus, Antisemitismus und der weitgehenden Duldung der »Ungarischen Garde«. Thomas Schmidinger beschreibt sodann am Beispiel der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), wie entgegen dem »klassischen Faschismus« nicht formaldemokratische Strukturen abgeschafft, sondern die Demokratie ausgehöhlt werden soll. Schließlich wendet sich Andreas Umland dem Neoeurasismus Aleksandr Dugins zu und umreißt dessen faschistisches und nazistisches Weltbild. Im letzten Abschnitt des Bandes zeichnet Christian Dietrich internationale Kooperationsversuche der extremen Rechten und deren Scheitern nach und Matthew Feldman zeigt die Verbindungen der britischen »Aryan Strike Force« nach Nordamerika auf. All diese Beiträge gehen zurück auf eine interdisziplinäre Vortragsreihe zu faschistischen Gruppierungen in Europa. Doch obwohl sie teilweise sehr profunde Informationen bieten, gelingt das ambitionierte Vorhaben, den Faschismus als zeitlich und räumlich nicht eingrenzbares Phänomen darzustellen und Kontinuitäten aufzuzeigen, in der vorgelegten Kürze kaum. Doch wie gefährlich wären die »alte[n] und neue[n] Faschisten erst, wenn sie in bürgerlichem Gewand daherkommen« würden? – dieses Zitat aus der Einleitung des Sammelbandes könnte als Frage aufgeworfen werden, zu deren Beantwortung die Publikationen von Heribert Schiedel und Bernhard Schmid ansetzen.
»Europa rückt nach rechts«, konstatiert Schiedel in seiner kleinen Veröffentlichung »Extreme Rechte in Europa« und zeigt dies am Beispiel jener Parteien und Gruppen aus Mittel- und Osteuropa, die Kontakt zur FPÖ pflegen. Dabei zeichnet er ein düster-realistisches Bild, skizziert aber auch Ansätze für Gegenstrategien. Schmid dagegen wendet sich vor allem der extremen Rechten in Westeuropa zu. Er zeigt, welchem Weltbild der norwegische Massenmörder Breivik anhängt und verwirft die These des »verwirrten Einzeltäters«. Im Mittelpunkt steht dabei der Umgang der Rechten mit dem Massenmord, aus deren ideologischem Arsenal sich Breivik zuvor bedient hatte: »Distanzieren, leugnen, drohen.«
Beide Bücher beleuchten so das Feld zwischen antimuslimischem Rechtspopulismus und gewalttätigem Neonazismus und machen deutlich, dass die Anschläge als eine Zäsur für die Beurteilung der extremen Rechten in Europa zu gelten haben – ein knappes halbes Jahr bevor durch Entdeckung der NSU-Mordserie erneut Fragen bezüglich der Beurteilung von und dem Umgang mit extrem rechter Gewalt gestellt werden müssen.
Sowohl Schiedel als auch Schmid bieten neben Momentaufnahmen auch fundierte Analysen. Bei letztgenanntem werden jedoch die Abstriche zugunsten einer zeitnahen Veröffentlichung deutlich.

Christian Dietrich, Michael Schüßler (Hg.): Jenseits der Epoche. Zur Aktualität faschistischer Bewegungen in Europa. Münster: Unrast, 2011, 101 Seiten, 14,- Euro.

Heribert Schiedel: Extreme Rechte in Europa. Wien: Edition Steinbauer, 2011, 118 Seiten, 22,50 Euro.

Bernhard Schmid: Distanzieren Leugnen Drohen. Die europäische extreme Rechte nach Oslo. Münster: Edition Assemblage 2011, 128 Seiten, 12,80 Euro.

Opfermythos

von Annelies Senf

Am 4. und 7. April 2012 kamen Neonazis von NPD und Freien Kräften zu einem »Trauermarsch« in Stolberg bei Aachen zusammen. Dieses alljährliche Spektakel wiederholte sich zum fünften Mal.

Zum diesjährigen Aufmarsch erschien der Sammelband »Mythos Stolberg. Zur Instrumentalisierung einer Gewalttat durch Neonazis«, herausgegeben von Dominik Clemens. AutorInnen aus dem journalistischen und wissenschaftlichen Bereich beschreiben in ihren Beiträgen die Geschichte des »Mythos Stolberg« sowie die Geschichte und Gegenwart der regionalen Neonaziszene.

Am 4. April 2008 wurde in einer tätlichen Auseinandersetzung ein 19-jähriger Berufsschüler von einem 18-jährigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund erstochen. Die Neonazis reagierten sofort, indem sie aus dem Berufsschüler einen Helden machten, der angeblich ein Kamerad gewesen sei, und verklärten die Tat propagandistisch zu einem Mord aus »Deutschfeindlichkeit«. Mit diesem Opfermythos versucht nun die regionale Neonaziszene einen zentralen Aufmarschschwerpunkt für die Szene in NRW und den angrenzenden Bundesländern zu schaffen. Inzwischen zählt ihr »Trauermarsch« neben dem »Antikriegstag« (seit 2005) in Dortmund zu den zentralen Aufmärschen in NRW.

Die AutorInnen machen in ihren Beiträgen deutlich, dass die alljährlichen Aufmärsche eine besondere Funktion für die regionale und überregionale Neonaziszene haben und daher nicht als regionales Problem Stolbergs zu verstehen sind. Mit diesem Sammelband wollen sie ein größeres Publikum erreichen, um es für diesen »Einzelfall« zu sensibilisieren. Sie zeigen, dass es kein Einzelfall bleiben muss, sondern in jeder anderen Region stattfinden könnte. Fabian Virchow ordnet den »Trauermarsch« von Stolberg in den Kontext der Funktion von Aufmärschen der Neonaziszene als Instrument ein, um sowohl szeneintern als auch nach außen zu wirken. Infolge von Verboten wie denen des Heß-Gedenkmarsches in Wunsiedel oder des Heldengedenkmarsches in Halbe suchte die Neonaziszene neue Themen und Orte, um ihre Demonstrationspolitik weiter zu verfolgen. Diese thematische Leerstelle füllen nun zunehmend »Trauermärsche« wie in Stolberg.

Thomas Müller erklärt den Standortvorteil von Stolberg, indem er aufzeigt, dass eine über Jahre gewachsene Neonaziszene heute in der Lage ist, diesen »Event« durchzuführen.

Abgerundet wird der Sammelband durch Beiträge, in denen Strategien gegen diese Aufmärsche erörtert werden.

Dominik Clemens (Hg.): Mythos Stolberg. Zur Instrumentalisierung einer Gewalttat durch Neonazis, Paperback, Norderstedt: Books and Demand GmbH, 2012, 124 Seiten, 11, 90 Euro.
Portofrei zu bestellen unter mythos-stolberg@gmx.de

Maschas Metamorphose

von Gaston Kirsche

In Hollywood entstand 1942 der Film »Auch Henker sterben« (»Hangmen Also Die«) von Fritz Lang und Bertolt Brecht. Er ist ein Melodram über den Widerstand in der von Deutschland besetzten Tschechoslowakei. Jetzt ist »Hangmen Also Die« in der Filmedition Suhrkamp auf DVD erschienen.

Erzählt wird die Geschichte um das Attentat auf Reinhard Heydrich, SS-Obergruppenführer, Leiter des Reichssicherheitshauptamts und Reichsprotektor von Böhmen und Mähren. Heydrich war als Henker verhasst, weil er die Unterwerfung und Ausbeutung der besetzten Tschechoslowakei mit aller Brutalität forcierte.

Im Film steht das Attentat auf Heydrich am Anfang. Ein gut gekleideter Mann flüchtet durch die Altstadt von Prag. Wenig später folgen deutsche Soldaten. Vor einem Gemüseladen steht die junge Mascha Novotny. Sie schickt die Deutschen in die falsche Richtung. Der Flüchtende sieht dies. Überall Kontrollen, der Mann weicht vor den Razzien in ein Kino aus. Im Saal macht flüsternd eine Nachricht die Runde: Sie haben Heydrich erschossen. Beifall brandet auf, während auf der Leinwand eine Blume zu sehen ist. Der Verfolgte kann weiter fliehen. Er erinnert sich an Mascha, klingelt bei ihr. Sie lässt ihn in eine großzügige Wohnung. Die großbürgerliche Familie Novotny lässt ihn bei sich übernachten, wegen der Sperrstunde. Am nächsten Morgen wird Professor Novotny verhaftet – er ist eine der 400 Geiseln, welche die Deutschen in dem Film nehmen und in Baracken inhaftieren, um die Herausgabe der Attentäter durch die Bevölkerung zu erzwingen. Mascha findet die wahre Identität des Attentäters heraus und will zur Gestapo, um ihn zu denunzieren – im Glauben, dadurch ihren Vater retten zu können.

Die zentrale Aussage von »Hangmen Also Die« ist, dass für den Widerstandskampf persönliche Interessen zurückgestellt werden müssen. Doch bei genauerem Hinsehen ist die deutsch-nationale Einstellung des Regisseurs Fritz Lang erkennbar: Nach seinem Weggang aus Deutschland 1933 konnte er sich einen Anti-Nazi-Film nur als Widerstand eines unterdrückten Volkes gegen ausländische Invasoren vorstellen. Inhaltlich propagiert der Film eine rechte Variante von Volksfrontpolitik: ein bürgerlicher Antifaschismus, der sich mit dem NS nicht weiter beschäftigt und ihn nur als brutale Besatzungspolitik gegen ein heldenhaftes Volk kritisiert. Bertolt Brecht, der später als Lang in die USA gekommen war, konnte sich gegen diese nationalistische Logik nicht durchsetzen – er war von Lang als Drehbuchautor angestellt worden, hatte aber bei der endgültigen Fassung selbst kein Mitspracherecht. Das Volk ist in Langs Film widerspruchsfrei, nahezu ein mystifizierter Volkskörper, der sich der Eindringlinge wie ein Mann erwehrt.

Der Film wurde in der BRD 1958 erstveröffentlicht. Leider fehlen auf der DVD von »Hangmen Also Die« ergänzende Filmdokumente zur Politik der Nazis. So hätte es sich angeboten, über das Heydrich-Attentat die seinerzeitige Berichterstattung der »Deutschen Wochenschau« aufzunehmen und eine Dokumentation über Heydrich anzufügen.

Hangmen Also Die, Auch Henker sterben, USA 1943, Regie: Fritz Lang, Drehbuch: Bertolt Brecht und John Wexley, sw, 130 min, DVD (Absolut/ Filmedition Suhrkamp). Deutsche Fassung, englische Originalfassung, ausführliches Booklet. 19,90 Euro.



Photos

in dieser Ausgabe:

a.i.d.a. (Seite 8)
Archiv Robert Andreasch (Seite 6, 9, 31)
ART Dresden (Seite 6)
drr Bildarchiv (Titelbild; Seite 4, 11, 28)
Kombinat Fortschritt (Seite 7)
Lara Schultz (Seite 18, 19)
Otto Belina (Seite 14, 25)
Peter Juelich (Seite 12)

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Herausgeber: DBP e.V.

Postanschrift und Aboverwaltung:
Magazin der rechte Rand
Postfach 304180, 20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: Interdruck Berger und
Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben
nicht immer die Meinung der Redaktion
wieder.


der rechte rand
magazin von und für antifaschistInnen